

Forum Pazifismus



10. Jahrgang | 3+4. Quartal 2013 | Heft-Nr. 39/40 | 10 Euro

Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit

- 3 In eigener Sache
Zur Zukunft des Forum Pazifismus
- 4 Wolfram Wette
Kriegsverhütung, damals und heute
Was hat uns der Basler Friedenskongress 1912 heute noch zu sagen?
- 12 Rudi Friedrich
20 Jahre Connection e.V.
Seit zwei Jahrzehnten internationale Arbeit
für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure
- 18 Wolfgang Sternstein
Pazifisten = Illusionisten?
Grundsätzliche Gedanken über das »Frieden machen«
- 22 Helmut Kramer
Landesverrat, Justiz und Medienmacht
Notwendige Anmerkungen zur Affäre
um den Whistle-Blower Edward Snowden
- 24 Ulrich Finckh
Mafia und Militär
Die frappierende Ähnlichkeit von Militär und kriminellen Banden
- 25 Werner Glenewinkel
Zwischenruf
Zur »Politik. Parteien. Pazifismus?«-Debatte im FP-Heft 38
- 26 Theodor Ebert
»I have a dream«
Das Erbe Martin Luther Kings
- 33 Gegen Kindersoldaten bei der Bundeswehr
Offener Brief an die Bundeskanzlerin
zur Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention
- 34 Theodor Ziegler
»Das Licht der Welt sein, nicht das Rücklicht!«
Den Militärausstieg im Blick –
Die Evangelische Landeskirche in Baden auf dem Weg des Friedens
- 37 Theodor Ebert
Friedenserziehung im expansiven Industriesystem
Zur Bedeutung der Friedenspädagogik in Schule und Jugendarbeit
- 44 Rezensionen
- 58 Reinhard Gaier
Trauerrede auf Helmut Simon



Foto: Ulrike Dandinger

Liebe Leserin, lieber Leser,

zum Jahresende gibt es – krankheitsbedingt – wieder ein Doppelheft für das dritte und vierte Quartal 2013.

Das nächste Jahr wird insofern ein besonderes, als sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal, und der des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal jährt. Die Friedensbewegung bereitet seit einiger Zeit unter dem Motto *Wir bleiben dabei: Frieden schaffen ohne Waffen* Materialien, Aktionen, Treffen und Veranstaltungen etc. vor (www.1914-2014.eu), damit der Rückblick auf den Ersten Weltkrieg kritisch ausfällt und nicht die Europäische Union als große Friedensmacht von den Regierenden gefeiert wird und dabei vergessen wird, dass Europa nach außen mit Gewalt und Krieg agiert. Wichtig ist aber auch, danach zu fragen, wie es zum Ersten Weltkrieg, der in seinen Folgen das ganze Jahrhundert bestimmt hat, kommen konnte bzw. warum er nicht verhindert wurde. Wolfram Wette geht in seinem Beitrag zum Friedenskongress 1912 in Basel, veranstaltet von der II. Sozialistischen Internationalen unter dem Motto *Krieg dem Kriege*, diesen Fragen nach.

Daneben veröffentlichen wir eine Reihe von Beiträgen, die sich mit grundsätzliche Fragen beschäftigen, aber auch solche, die aktuelle Themen aufgreifen. Lektüre, die vielleicht gerade in den etwas ruhigeren Tagen um die Jahreswende als interessante Lektüre geeignet sind.

Sehr ausführlich ist dieses Mal der Teil mit den Buchbesprechungen. Hinweisen möchte ich dabei vor allem auf die beiden Rezensionen des Buches von Ian Morris *Krieg. Wozu er gut ist*. Ein für PazifistInnen mindestens provokativer Titel. Auch wenn ich nach der Lektüre ganz und gar nicht der Ansicht bin, Morris hätte überzeugend argumentiert, dass Krieg »gut« sein könnte, wirft er dennoch im Blick auf die Darstellung der Menschheitsgeschichte, die eben auch eine von Gewalt und Krieg ist, eine Reihe von Fragen auf, denen wir uns als PazifistInnen stellen sollten. Die Lektüre lohnt sich allemal, und wenn das Buch durch unsere beiden Besprechungen dabei eine kritische Einordnung und Unterstützung bietet, umso besser.

Und schließlich: Ich bitte um besondere Beachtung des nebenstehenden Textes zur Zukunft dieser Zeitschrift. ... bitte abonnieren!

Stefan Philipp

IMPRESSUM

Forum Pazifismus
– Zeitschrift für Theorie und
Praxis der Gewaltfreiheit

wird gemeinsam herausgegeben vom Internationalen Versöhnungsbund - deutscher Zweig, der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) mit der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, dem Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und der Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung PAX AN.

Verleger: Versöhnungsbund e.V., Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

Redaktion: Ute Finckh, Bernhard Nolz, Michael Schmid, Stefan K. Philipp (Leitung; v.i.S.d.P.)

Bestellanschrift und Aboverwaltung:
Forum Pazifismus,

Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim

Anzeigenverwaltung: SPS-Graphics, Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim, Telefon: 07824/662 19 20; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1.5.2004 gültig

Druck: UWS-Druck, Libanonstr. 72a, 70184 Stuttgart

Versand: Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstr. 35, 70329 Stuttgart

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder der Herausgeber. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht, muss aber mit der Redaktion vereinbart werden.

Erscheinungsweise: in der Regel vierteljährlich in der zweiten Quartalshälfte

Bezugsbedingungen: Forum Pazifismus kann nur im Abonnement bezogen werden. Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt 20.- Euro zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30. November schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Für Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes - deutscher Zweig ist der Bezug von Forum Pazifismus im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten.

Mitglieder der DFG-VK und des BSV können Forum Pazifismus zum ermäßigten Jahrespreis von 18.- Euro (zzgl. 2.- Euro für Verpackung und Versand) abonnieren.

Der Preis für das Förderabo I beträgt 30.- Euro, für das Förderabo II 40.- Euro; das Förderabo III zum Preis von 50.- Euro beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende (jeweils zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung).

ISSN 1613-90708

Redaktionsschluss war der 12. Dezember.

Die nächste Ausgabe erscheint im März 2014,

Redaktionsschluss ist der 28. Februar 2014.

Forum Pazifismus

Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim

Fon 07824-6640487 Fax 03212-1028255

eMail: Redaktion@Forum-Pazifismus.de

Internet: www.forum-pazifismus.de

In eigener Sache

Zur Zukunft des Forum Pazifismus

Forum Pazifismus erscheint im 10. Jahrgang, im Mai 2004 haben der Versöhnungsbund gemeinsam mit der DFG-VK und der Bertha-von-Suttner-Stiftung das erste Heft veröffentlicht. Entstanden war dieses Zeitschriftenprojekt so:

Auch wenn es dann noch einige Jahre dauern sollte, war das Ende der Wehrpflicht zu Beginn des letzten Jahrzehnts doch absehbar. Deshalb und weil die Kriegsdienstverweigerung nach Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz längst zum Normalfall geworden war und die meisten Probleme beim KDV-Anerkennungsverfahren gelöst waren, stellte sich die Frage nach dem Sinn und der Notwendigkeit sowie dem weiteren Bedarf für eine spezielle KDV-Zeitschrift. Eine solche hatte die DFG-VK mit der *4/3-Fachzeitschrift zu Kriegsdienstverweigerung, Wehrdienst und Zivildienst* seit 1983 vierteljährlich herausgegeben, ich war seit 1993 dafür verantwortlich. Die *4/3* wurde vor allem von KDV-BeraterInnen und spezialisierten RechtsanwältInnen gelesen. Deren Zahl war über die Jahre zurückgegangen, entsprechend auch die Abo-Zahl gesunken. Gleichzeitig hatte sich das Themenspektrum der Zeitschrift nicht mehr lediglich auf das KDV-Thema im engeren Sinne begrenzt, sondern zunehmend Fragestellungen im größeren Zusammenhang von Krieg und deutscher Kriegsbeteiligung und dem Widerstand dagegen aufgegriffen. Die Zeitschrift war damit schon ansatzweise zu einer „pazifistischen (Fach-) Zeitschrift“ geworden.

Gleichzeitig gab es im Versöhnungsbund Überlegungen zur Zeitschrift *gewaltfreie aktion*, die in seinem Auftrag als *Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit* seit 1969 erschienen war und die jedes Mitglied erhielt. Diese war so wenig wie die *4/3-Fachzeitschrift* ein kommerzielles Projekt, sondern nur möglich durch ehrenamtliches Engagement ... mit allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, was zum Beispiel das verlässliche regelmäßige Erscheinen angeht.

Beide Organisationen, Versöhnungsbund und DFG-VK, entschlossen sich Anfang 2004, zusammenzuarbeiten und gemeinsam eine Zeitschrift zu veröffentlichen, die Raum bieten sollte für die vertiefte Thematisierung von pazifistischen Fragestellungen und der Entwicklung von Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit. Während dieses neue **Forum Pazifismus** die *4/3-Fachzeitschrift* ersetzte und die meisten AbonnentInnen mitnehmen konnte, erhielt nunmehr jedes Mitglied des Versöhnungsbundes die neue Zeitschrift geliefert. Der Versöhnungsbund bezahlte dafür eine jährliche Pauschale von 4.000 Euro, womit die

Herstellungs- und Versandkosten annähernd gedeckt werden konnten.

Nun hat sich der Versöhnungsbund entschlossen, das *Forum Pazifismus* ab dem Jahr 2014 seinen Mitgliedern nicht mehr automatisch zuzusenden zu lassen und die Finanzierung zu beenden.

Das bisherige „Geschäftsmodell“ ist damit zu Ende. Als Mitglied der DFG-VK und des Versöhnungsbundes bedauere ich das zwar, freue mich aber, dass es 11 Jahre lang diese Kooperation – auch mit dem Bund für Soziale Verteidigung, der Bertha-von-Suttner-Stiftung und der Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung PAX AN – gab. Als PazifistInnen sind wir in der Gesellschaft eine Minderheit, deshalb sind alle Formen der Zusammenarbeit, der gemeinsamen Diskussion und der Propagierung und Weiterentwicklung unserer Überzeugungen, Analysen und Lösungsansätze sinnvoll.

Wenn dies weiterhin geschehen soll, dann brauchen wir AbonnentInnen. Meine herzliche Bitte geht deshalb an alle Mitglieder des Versöhnungsbundes: Abonnieren Sie das Forum Pazifismus. Nutzt bitte die Abo-Karte auf der Rückseite oder abonnieren Sie online: www.forum-pazifismus.de/aboseite.html. Aber auch alle anderen LeserInnen bitte ich: Machen Sie Werbung für das Forum Pazifismus, werben Sie neue AbonnentInnen. Kostenlose Werbeexemplare können Sie online über den DFG-VK-Webshop anfordern: www.dfg-vk.de/shop/zeitschriften

Daneben gibt es Gespräche mit verschiedenen pazifistischen Organisationen über eine Erweiterung der Herausgeberschaft. Vielleicht wird es also ab dem Frühjahr 2014 ein breiteres Bündnis geben, das das **Forum Pazifismus** gemeinsam herausgibt. Aber ohne eine deutliche Erhöhung der AbonnentInnenzahl wird das nicht möglich sein – Satz und Layout, Druck und Versand kosten echtes Geld, da nützt alles so wichtigere Engagement nichts...

In diesem Sinne hoffe ich darauf, Sie und Euch und viele neue LeserInnen im Frühjahr 2014 begrüßen zu dürfen.

Stefan Philipp

P.S. Unabhängig davon, ob das **Forum Pazifismus** weiterhin erscheinen wird, bleiben die Inhalte der zehn Jahrgänge 2004 bis 2013 online gesichert und verfügbar. Ab Anfang Januar 2014 sind im Internet alle Hefte als solche und alle Artikel einzeln als PDF im neu erstellten Archiv abrufbar unter: www.forum-pazifismus.de

Bitte abonnieren

Wolfram Wette

Kriegsverhütung, damals und heute

Was hat uns der Basler Friedenskongress 1912 heute noch zu sagen?

Die Veranstalter des internationalen wissenschaftlichen Gedankenaustauschs über den Basler Friedenskongress 1912 und die Frage des Friedens, der im November 2012 an der Universität Basel stattfand, konfrontierten mich mit der ganz praktisch gemeinten Frage: Was hat uns dieser Kongress der II. Sozialistischen Internationale, der ganz im Zeichen der Kriegsverhütung stand, heute noch zu sagen?¹⁾ Was auf den ersten Blick eher unproblematisch klingt, erweist sich bei genauerem Hinsehen als eine komplexe Angelegenheit: Gefragt ist nicht weniger als ein systematischer Vergleich der Kriegsverhütungspolitik damals und heute. Es geht um Politiker und ihre Vorstellungen von Souveränität, Machtstaat, Militär, Rüstung und Krieg, es geht um strukturelle Rahmenbedingungen und aktuelle Konfliktslagen, es geht um den Kampf der europäischen Sozialdemokratie gegen den Krieg, um Chancen und Illusionen, es geht um Völkerrecht und Feindbilder – und schließlich auch um die Rolle der Frauen in diesem existenziellen Politikfeld. So gesehen, stehen die Jahresdaten 1912 und 2012 symbolisch für die Aufgabe, ein ganzes Jahrhundert vergleichend in den Blick zu nehmen. Das ist eine große Herausforderung, wo doch, um mit dem Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler zu sprechen, »die vergleichende Problemanalyse zu den schwierigsten Künsten des Historikers gehört.«²⁾ Denn der Vergleichende muss sich im Umfeld des Jahres 1912 idealiter ebenso gut auskennen wie im Umfeld des Jahres 2012, also unserer nicht weniger komplizierten Gegenwart. Und diese wiederum ist ohne die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nicht zu begreifen. Ich habe mich dazu entschlossen, Ihnen das Ergebnis meines vergleichenden Nachdenkens in der Gestalt von 10 Thesen vorzutragen, die ich jeweils mit einer Erläuterung versee.

1. These

Der Basler Friedenskongress von 1912, veranstaltet von der II. Sozialistischen Interna-

- 1) Plenarvortrag von Wolfram Wette am 24.11.2012 auf dem Wissenschaftlichen Kongress „Krieg und Frieden. 100 Jahre Außerordentlicher Kongress *Gegen den Krieg* der Sozialistischen Internationale von 1912 in Basel und die Frage des Friedens heute“, veranstaltet von der Universität Basel, Departement Geschichte, 22.-24.11.2012, in Basel. Vgl. auch meinen publizistischen Beitrag zum gleichen Thema unter dem Titel „Letzter Appell an Europa. Krieg dem Krieg! Guerre à la guerre!“ In: *Die Zeit* Nr. 48, 22.11.2012, S. 24: Geschichte
- 2) Hans-Ulrich Wehler: *Entsorgung der deutschen Vergangenheit*. München 1988, S. 167

tionale, stellte den historischen Gegenentwurf zur dominanten Strömung der kriegerischen Machtpolitik der europäischen Nationalstaaten jener Zeit dar, die zum Ersten Weltkrieg führte. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit demonstrierte der Kongress den unbedingten Friedenswillen der europäischen Arbeiterschaft. Allerdings idealisierte er diesen Friedenswillen, überschätzte die Bereitschaft der sozialdemokratisch denkenden Arbeiterschaft zu internationaler Solidarität und unterschätzte ihre nationalen Bindungen.

Die in Basel versammelten Vertreter der europäischen Sozialdemokratie präsentierten sich der internationalen Öffentlichkeit als die einzige machtpolitisch ernst zu nehmende Alternative zur vorherrschenden Politik des Wettrüstens, der Kriegsvorbereitung und des Spiels mit dem Feuer.³⁾ Sie wollten, ebenso wie die kleine, einflussarme Gruppe der bürgerlichen Pazifisten, einen drohenden Krieg verhindern.⁴⁾ Sie standen in Opposition zu den Regierungen der europäischen Nationalstaaten und den sie stützenden Eliten – den Generalstäben, Meinungsmachern und Rüstungsschmieden, für die der Krieg ein selbstverständliches und legitimes Mittel der Politik war. Allerdings war es primär das deutsche Kaiserreich, das nicht mehr auf Verhandlungen und Interessenausgleich setzte und sich anschickte, das bis dahin auf dem Status quo beruhende Mächtegefüge zu sprengen. Insofern war der Erste Weltkrieg vor allem und eigentlich nur in dem Land wirklich zu verhindern, von dem er ausging, in Kauf genommen oder angestrebt wurde. Festzuhalten ist: Nicht die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Pazifisten haben diesen Krieg zu verantworten, sondern in erster Linie ihre sehr viel mächtigeren politischen Gegenspieler, nämlich die traditionellen Eliten des wilhelminischen Reiches.

- 3) Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 26. November 1912 [Protokoll]. Berlin 1912 [fortan zit.: *Basel 1912 Protokoll*]. Vgl. auch die Darstellung von Bernard Degen: *Krieg dem Krieg! Der Basler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale von 1912*. Basel 1990; und den Sammelband von Bernard Degen/Heiko Haumann/Ueli Mäder/Sandrine Mayoraz/Laura Pollexe/Frithjof Benjamin Schenk (Hrsg.): *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*. Basel 2012.
- 4) Vgl. das Lexikon von Helmut Donat/Karl Holl (Hrsg.): *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Düsseldorf 1983.

Die Arbeiter in den europäischen Ländern kämpften seinerzeit primär um eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse und um die Möglichkeit demokratischer Partizipation. Über Außenpolitik waren sie in der Regel nur wenig informiert, und sie hatten wohl auch nur eine vage Vorstellung davon, wie ihre Arbeitswelt mit der internationalen Welt zusammenhing. Gleichwohl kann angenommen werden, dass die arbeitenden Menschen, die von den Delegierten des Basler Kongresses vertreten wurden, ebenso für den Erhalt des Friedens waren wie ihre in Basel tagenden Repräsentanten.⁵⁾ Sie hatten kein Interesse am Krieg. Damit unterschieden sie sich von den nationalistisch eingestellten Bürgerlichen, die 1914 mit Begeisterung in den Krieg zogen.

Zur Zeit des deutschen Kaiserreichs konkurrierten in den Köpfen und Gefühlen der organisierten Arbeiterschaft nationale Prägungen und das Ideal der internationalen Solidarität miteinander. In Deutschland glaubten nicht wenige jener Arbeiter, die Veteranen des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 waren und sich hernach Kriegervereinen mit ihrer nach Millionen zählenden Mitgliedern angeschlossen hatten, zugleich an Bismarck und an Bebel.⁶⁾ In der gesamten Zeit des Deutschen Kaiserreiches gab es so etwas wie einen »Militarismus des kleinen Mannes«. Diesem war die Idee der Landesverteidigung keineswegs fremd.⁷⁾ August Bebel, der über die Landesgrenzen hinaus geachtete Parteivorsitzende der SPD, unterstützte den allgemeinen Friedensappell des Basler Kongresses, fürchtete aber zugleich die absehbare Propagandabehauptung der innenpolitischen Gegner, die SPD sei antinational, und er hatte sich – ausweislich seiner Reichstagsreden – gleichzeitig längst der Idee der nationalen Landesverteidigung angenähert.⁸⁾

2. These

Das Eintreten des Kongresses für eine Politik der Kriegsverhütung im Kapitalismus

- 5) Der Sozialdemokrat und Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, Herrmann Blocher, sah den Kongress als „das Schauspiel einer Arbeiterschaft, die den Krieg aus innerster Überzeugung verabscheut und von ihren Vertrauensmännern erwartet, dass sie die gesammelte Macht der europäischen Arbeiterklassen jenen Mächten gegenüberstellen, die es versuchen sollten, aus frivoler Machtgier einen europäischen Krieg zu entfesseln“. Rede Blochers in: Basel 1912 Protokoll (wie Anm. 3), S.10-12, Zitat S. 11.
- 6) Thomas Rohkrämer: Der Militarismus der "kleinen Leute". Die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1891-1914. München 1990. Dazu meine Besprechung: Gesinnungsmilitarismus. Wie Kriege vorbereitet werden: 1914 und 1939 liefern uns immer noch reiches Anschauungsmaterial. In: DIE ZEIT Nr. 5, 25.1.1991, S. 40.
- 7) Siehe dazu Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Frankfurt/M. 2008, S. 72-75, und die dort zitierten Ausführungen über den Jenaer SPD-Parteitag von August Siemsen: Preußen ñ Die Gefahr Europas [1937]. Berlin 1981, Kapitel „Die Sozialdemokratie“, S. 79-85.
- 8) Siehe die Rede von August Bebel im Deutschen Reichstag am 24.4.1907. In: Verhandlungen Reichstag, Bd. 228, S. 1058-1068, zit. nach Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf 2. Aufl. 1967, S. 68-74.

war das Ergebnis eines Umdenkens in den sozialistischen Parteien Europas seit den 1890er Jahren. Hatten sie zuvor die politische Strategie »Frieden durch Revolution« verfolgt, so vertraten sie nunmehr die revisionistische Vorstellung, dass das erreichte Gewicht der Sozialdemokraten in den Parlamenten ein allmähliches Hineinwachsen in die sozialistische Zukunftsgesellschaft mit sich bringen werde. Gleichzeitig vollzog sich auch ein Gesinnungswandel in Sachen Kriegsverhütung. Informationen über das enorme Zerstörungspotenzial eines industrialisierten Zukunftskrieges wirkten in die gleiche Richtung.

Der Außerordentliche Kongress in Basel 1912 mit seinem Motto »Krieg dem Kriege« fügte sich in die Tradition dieser »friedlichen Wendung« ein.⁹⁾ Angesichts der vorhersehbaren Zerstörungen eines Zukunftskrieges – wie sie etwa von Friedrich Engels, dem Russen Ivan Bloch und der Österreicherin Bertha von Suttner beschrieben wurden – nahmen die Sozialisten von der Vorstellung Abstand, dass der Krieg auch sein Gutes haben könnte, indem er die Revolution beschleunigte. Jetzt betrieben sie eine Politik der Kriegsverhütung auf dem Boden des Gegenwartsstaats.¹⁰⁾ Von ihm verlangte man – anders als bislang und trotz seiner kapitalistischen Wirtschaftsstruktur ñ, einen kriegerischen Konfliktaustrag unbedingt zu vermeiden. Die Revolutionierung der Verhältnisse sollte fortan auf evolutionärem Wege erfolgen. Statt »Frieden durch Revolution« galt nun die Devise »Frieden ohne Revolution«¹¹⁾.

Zwei Jahre vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges, also im Jahre 1912, als der Basler Kongress tagte, veröffentlichte der Hamburger Lehrer Wilhelm Lamszus eine wirklichkeitsnahe Vorausschau auf den industrialisierten Zukunftskrieg. Der provozierende Titel seines Romans lautete: »Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg.«¹²⁾ Das Buch wurde sowohl zum Skandal als auch ein Bestseller. In wenigen Monaten erreichte es 70 Auflagen mit über 100.000 verkauften Exemplaren. Eine englische Ausgabe war ebenso erfolgreich.¹³⁾ Das bedeutet: Wer wissen wollte, wie der Zukunftskrieg voraussichtlich aussehen würde, der konnte es wissen.

9) Basel 1912 Protokoll (wie Anm. 3), Anhang.

10) Vgl. Friedrich Engels: Kann Europa abrüsten? Nürnberg 1895.

11) Friedhelm Boll: Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918. Bonn 1980.

12) Wilhelm Lamszus: Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg. Hamburg, Berlin 1912. Siehe auch die Kurzbiographie von W. Emmerich über Lamszus in: Donat/Holl, Friedensbewegung (wie Anm. 3), S. 246 f.

13) Andreas Pehnke: Grauen fällt uns an. Gespenstische Prophezeiung: Wilhelm Lamszus' Bestseller „Das Menschenschlachthaus“ nahm bereits 1912 die Schrecken des Ersten Weltkrieges vorweg. In: DIE ZEIT, 2.8.2012, S. 18.

3. These

Das martialische Motto des Basler Kongresses von 1912 »Krieg dem Kriege« verdeckte den Sachverhalt, dass der Sozialistischen Internationale keine Machtmittel zur Verfügung standen, auf die man sich hätte einigen können und die gegebenenfalls geeignet gewesen wären, ihrer Politik der Kriegsverhütung zum Erfolg zu verhelfen. Nicht wenige Delegierte wussten um die als schmerzlich empfundene Wahrheit, dass sich die Kampfparole »Krieg dem Kriege« letztlich in einem Appell an die Regierungen erschöpfte. Nur eine Minderheit glaubte an die Kriegsverhinderung durch einen Generalstreik.

Wer damals die im Münster zu Basel gehaltenen Reden hörte oder wer das Protokoll dieser großen Friedensdemonstration heute nachliest, ist beeindruckt vom Selbstbewusstsein und vom Optimismus der Redner. Vollmundig erklärte etwa der Sprecher der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Regierungsrat Wüllschläger, die Internationale sei »heute eine große, reelle und ideale Macht«, die sich Gehör zu verschaffen wisse.¹⁴⁾ Der deutsche Politiker Hugo Haase und Ko-Parteivorsitzende bezeichnete die internationale Sozialdemokratie »als Träger und Verkörperung der Friedensidee«, bemerkte aber auch skeptisch: »Wir verkennen die Grenzen unserer Macht nicht.«¹⁵⁾

Der Londoner Labour-Politiker Keir Hardie, Verfechter einer Strategie des Massenstreiks gegen den Krieg, erklärte, der Kongress sei »eine gewaltige Macht zum Schutze des europäischen Friedens«, da er 15 Millionen sozialdemokratischer Wähler vertrete. Wenn die Diplomatie sich als unfähig erweisen sollte, den Kriegsausbruch zu verhindern, so werde sich die Arbeiterklasse nicht scheuen, vom Kampfmittel des »internationalen revolutionären Gegenkriegsstreiks« Gebrauch zu machen.¹⁶⁾ Hermann Greulich aus Zürich, der für die Parteileitung der schweizerischen Sozialdemokraten sprach, verwies besonders auf »die 4 ein Viertel Millionen sozialdemokratische Stimmen im Zentralstaat des europäischen Militarismus, in Deutschland«. Das sei »eine herrliche Garantie für den Völkerfrieden.«¹⁷⁾

Der Kongress verabschiedete schließlich einstimmig eine wachsweiße Resolution, in welcher die Mitgliedsparteien der SI in einer allgemein gehaltenen Formulierung aufgefordert wurden, »alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern« und,

falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, »für dessen rasche Beendigung einzutreten.«¹⁸⁾

Die Frage, ob der Generalstreik ein geeignetes Mittel zur Kriegsverhütung sein könne, hatte die II. Sozialistische Internationale auf ihren Kongressen zwischen 1889 und 1912 immer wieder beschäftigt.¹⁹⁾ In diesen Debatten hatte unter anderem der deutsche Parteivorsitzende August Bebel zu erkennen gegeben, dass die Führer der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften keine Sympathie für die Idee eines Massenstreiks gegen den Krieg hegten. Die SPD-Führer befürchteten, dass die um ihre Herrschaft kämpfende Staatsmacht in einem solchen Falle mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, auch denen des Belagerungszustandes und des Militäreinsatzes, gegen die Streikenden vorgehen werde. Es bestand die Gefahr, dass der große und empfindliche Partei- und Gewerkschaftsapparat zerschlagen würde. Ähnlich dachte man auch in einigen Schwesterparteien anderer Länder. Schon auf dem Stuttgarter Kongress 1907 hatte Bebel resigniert erklärt: »Wir können nichts tun als aufklären, Licht in die Köpfe bringen, agitieren und organisieren.«²⁰⁾ Aus diesem Grund kam der Militärstreik in der Resolution des Basler Kongresses 1912 nicht vor.

Aber welche anderen Mittel der Kriegsverhütung standen den Parteien der II. SI zur Verfügung? Im Wesentlichen reduzierten sie sich auf Appelle an die eigenen Anhänger, »mit allen Kräften« gegen das Wettrüsten zu kämpfen, die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus zu erziehen, sich für die Abschaffung der Stehenden Heere, für die Schiedsgerichtsbarkeit und eine Außenpolitik der Verständigung einzusetzen.

Als sich die Kriegsgefahr zuspitzte, organisierten die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland wie in Frankreich große Friedensdemonstrationen, an denen Hunderttausende von Menschen teilnahmen. Aber die mit Kriegsplanungen beschäftigten Regierungen und ihre Generalstäbe ließen sich von alledem nicht beeindrucken. In Deutschland kalkulierte die Regierung, dass von den Sozialdemokraten letztlich nichts zu befürchten sei, wenn es ihr im richtigen Moment gelang, in der Öffentlichkeit das eigene Land als das angegriffene hinzustellen. Das würde die vorhersehbaren nationalen Reflexe auslösen, die mit der – als legitim betrachteten – Landesverteidigung verknüpft waren.

14) Rede Wüllschlägers in: Basel 1912 Protokoll (wie Anm. 3), S. 3-4, Zitate S. 5.

15) Ebda., Rede von Hugo Haase, Berlin, S. 12-13, Zitate S. 13.

16) Ebda., Rede von Keir Hardie, London, S. 13 f.

17) Ebda., Rede von Hermann Greulich, Zürich, S. 14 f.

18) Text der Resolution, im Protokoll als »Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage« bezeichnet, in: ebda., S. 23. Die Resolution wurde eingebracht und begründet von Jean Jaurès.

19) Siehe Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Bd. 1. 3. Auf. Berlin, Bonn 1978, S. 291-309, auch zum Folgenden.

20) Zit. nach Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 1, S. 343.

4. These

Zur Zeit des Basler Kongresses waren die Köpfe vieler Menschen in Deutschland beherrscht von dem Glauben an die Naturnotwendigkeit, die Gottgewolltheit oder die historische Unabänderlichkeit des Krieges. Solche Kriegsmetaphysik führte zu Fatalismus und lähmte den Willen zur Kriegsverhütung. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich die Deutschen von diesem Denken befreit. Sie erkannten, dass Kriege Menschenwerk sind, dass sie sowohl gemacht als auch verhindert werden können.

Das Diktum des preußischen Generalstabschefs Helmut von Moltke d.Ä., dass »der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung« sei²¹⁾ wurde im kaiserlichen Deutschland tausendfach nachgebetet. Die Menschen sollten glauben, »der Krieg« sei ein Naturereignis, er breche aus wie ein Vulkan und könne von Menschen eben nicht gebändigt werden.²²⁾ Die christlichen Kirchen segneten die Waffen und sprachen vom Krieg als »Gottesgericht«. In dem reichhaltigen Arsenal der Kriegsrechtfertigungen hat diese Kriegsmetaphysik jahrhundertlang eine große Rolle gespielt. Wer an sie glaubte, mochte den jeweiligen Zukunftskrieg fürchten, ihn aber zugleich als unvermeidbar ansehen und ihm kompensatorisch den Charakter einer heroischen Bewährungsprobe abgewinnen.

Frei von solchem Fatalismus war der französische Parteiführer und Pazifist Jean Jaurès. Schon auf dem Kongress seiner Partei in Limoges 1906 hatte er erklärt: »Wie die Wolke das Gewitter, so trägt der Kapitalismus den Krieg in sich. Aber Kriege entladen sich nicht wie Gewitter aus den Spannungen elementarer Kräfte; sie entspringen einem menschlichen Willensakt und sind daher nicht unabwendbar. Sie können verhütet werden, wenn dem Willensakt der herrschenden Klasse ein Willensakt der Arbeiterklasse entgegengesetzt wird.«²³⁾ Ähnlich sprach er in Basel.

Aber es bedurfte vor allem in Deutschland noch zweier Weltkriege mit mindestens 72 Millionen Toten²⁴⁾, bis sich die Überlebenden dieses »Zeitalters der Extreme« (Erich Hobsbawm) in der

21) Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen Helmut v. Moltke. Berlin 1892/93, Bd. III, S. 154.

22) Vgl. dazu die Analyse von Niklaus Meier: Warum Krieg? Die Bedeutung des Krieges in der deutschen Militärelite 1871-1945. Paderborn u.a. 2012.

23) Jean Jaurès auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs in Limoges 1906. Zit. nach Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 1, S. 340. Zu Jaurès vgl. auch Ulrike Brummert (Hrsg.): Jean Jaurès. Frankreich, Deutschland und die Zweite Internationale am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Tübingen 1989.

24) Geschätzt werden 17 Millionen Kriegstote des Ersten Weltkrieges plus 20 Millionen Verwundete, siehe Ziff. 5 von: http://de.wikipedia.org/wiki/Erster_Weltkrieg. Geschätzt werden bis 56 Millionen Kriegstote des Zweiten Weltkrieges, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Kriegstote_des_Zweiten_Weltkrieges.

zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu der Einsicht durchdrangen, dass besagte Kriegsmetaphysik ein Trugbild ist, dass Kriege von Menschen gemacht werden und daher auch verhindert werden können, dass Kriegsverhinderung also prinzipiell möglich ist. Allerdings muss noch immer damit gerechnet werden, dass jene Regierungen und Politiker, die Kriege gar nicht verhindern wollen oder die unfähig sind, sie zu verhüten, sich die tradierten Erscheinungsformen der Kriegsmetaphysik zu Propagandazwecken zunutze machen.

In der Zeit des Kalten Krieges mit seiner ständigen Gefahr eines alles zerstörenden Atomkrieges sollte die Kriegsverhütung zur *Conditio sine qua non* jeder Politik der beiden Machtblöcke werden. 1971 ermittelte eine Forschergruppe um den deutschen Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker, dass in einem Atomkrieg in Mitteleuropa alles zerstört würde, was hätte verteidigt werden sollen, und dass angesichts dieser Kriegsfolgen nur noch eine Politik der Kriegsverhinderung verantwortlich war.²⁵⁾ Diese Erkenntnisse wurden nun, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von einer großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung geteilt. Die Massenaktionen der Friedensbewegung von 1980-84, 1991 und 2003 haben dies gleich mehrfach unter Beweis gestellt.

5. These

Feindbilder und Kriegslügen waren vor dem Ersten Weltkrieg, während seines Verlaufs und in der Nachkriegszeit ein fester Bestandteil kriegerischer Machtpolitik der Nationalstaaten. Als Manipulationsinstrumente werden Feindbilder und Kriegslügen bis zum heutigen Tage benutzt, und zwar in Demokratien und Diktaturen gleichermaßen. Die Erkenntnis, dass im Kriege die Wahrheit das erste Opfer ist, gilt systemübergreifend.

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg waren in Deutschland antifranzösische, antibritische und antirussische Feindbilder verbreitet. Sie wurden gebündelt in dem Propaganda-Schlagwort »Feinde ringsum!« Unter dem Eindruck solcher Bedrohungsvorstellungen wurden in der deutschen Sozialdemokratie schon lange vor dem Ersten Weltkrieg die Fragen debattiert: Kann man in einem Konfliktfall überhaupt unterscheiden, ob es sich um einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg handelt? Oder muss das entscheidende Kriterium zur Bewertung eines Konflikts das proletarische Interesse sein?

Wie bekannt, verbreitete Theobald von Bethmann Hollweg, Reichskanzler unter Kaiser Wilhelm II., in der Julikrise von 1914 durch geschickte Regie den Eindruck, Deutschland bleibe nichts

25) Carl Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.): Kriegsfolgen und Kriegsverhütung. München 2. Aufl. 1971.

anderes übrig, als auf die russische Generalmobilmachung zu reagieren und sich zu verteidigen. Mit dieser Manipulation drängte er die zögernde Sozialdemokratie, die noch kurz zuvor Friedensdemonstrationen organisiert hatte, dazu, eine Verteidigungssituation anzunehmen, in der sie sich nicht verweigern wollte. Die SPD-Reichstagsfraktion bewilligte daraufhin die ersten Kriegskredite und schloss einen so genannten Burgfrieden mit dem Kaiser und seiner Regierung. Der Chef des Marinekabinetts, Admiral Georg von Müller, freute sich über den gelungenen Coup. Er notierte: »Stimmung glänzend. Die Regierung hat eine glückliche Hand gehabt, uns als die Angegriffenen hinzustellen.«²⁶⁾

Das System der Kriegslügen hat die kriegerischen Auseinandersetzungen des 20. und 21. Jahrhunderts begleitet.²⁷⁾ Obwohl die modernen Massenkommunikationsmittel eine rasche und umfassende Information über Ereignisse auf dem gesamten Globus ermöglichen, hat sich hinsichtlich des Einsatzes von Kriegslügen zur Vorbereitung und Rechtfertigung kriegerischer Handlungen sowie zur Vertuschung der Kriegsrealität seit 1912 nichts Grundlegendes geändert. Auch zukünftig werden wir den regierungsamtlichen Kriegslügen in hohem Maße ausgeliefert sein. Misstrauen ist hier grundsätzlich angesagt.

6. These

Nur wenige Delegierte des Basler Kongresses waren Frauen, nämlich 18 von 555. In dem seit 1912 verflossenen Jahrhundert hat sich die Rolle der Frauen in der Politik und in der Wirtschaft nur graduell geändert. Seit 1918 haben die Frauen in Deutschland das passive und aktive Wahlrecht. Seit 1949 ist die Gleichheit der Geschlechter in der deutschen Verfassung festgeschrieben. Aber die gesellschaftliche Praxis ist von der Gleichberechtigung noch immer weit entfernt. In Führungspositionen von Politik und Wirtschaft dominieren nach wie vor die Männer. Die angestrebte Steigerung des weiblichen Einflusses in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gibt der Hoffnung Raum, dass das zur Kriegsverhütung tendierende Führungspersonal zukünftig allmählich stärkeren Einfluss gewinnt.

Um 1912 besetzten Männer sämtliche politischen und militärischen Positionen. Sie trafen die Entscheidungen über Krieg oder Frieden, schlossen

26) Notiz Admiral v. Müllers vom 1.8.1914, zit. nach Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1973, S. 672.

27) Vgl. Wolfram Wette: 1939 bis 2009. Lügen im Dienste des Krieges. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 54. Jg., Heft 9/2009, S. 83-94.

Waffenstillstandsabkommen, handelten Friedensschlüsse aus und unterzeichneten Staatsverträge. Männer hielten auch Friedenskundgebungen wie den Basler Kongress von 1912 ab.

Hundert Jahre später zeichnet sich ab, dass künftig immer mehr Frauen in die Politik gehen werden, aber auch in die Vorstandsetagen der großen Unternehmen. Ob dieser Megatrend zu einer friedlicheren Welt führt, ist zu hoffen, aber keineswegs ausgemacht. Der Zukunftsforscher Matthias Horx gibt zu bedenken: »Frauen sind anders. Sie üben Gewalt aus anderen Gründen als Männer aus. Wenn Frauen in den Krieg ziehen, wollen sie in der Regel etwas verhindern. Zum Beispiel, das Männer sich gegenseitig (und Frauen und Kinder) umbringen. Frauen werde eher aus Sorge aggressiv.« Sie führen keine Kriege zur Territorialerweiterung, sondern »Sorgenkriege«.²⁸⁾

In der internationalen Friedens- und Konfliktforschung spricht man ebenfalls von einem »relativen Pazifismus von Frauen«, der ihrer unterschiedlichen Sozialisation geschuldet sei. Daraus wird die Vermutung abgeleitet, »dass es bei einer stärkeren Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungen weniger militärische Konflikte geben sollte.«²⁹⁾ Die zwar empirisch nicht bewiesene, aber durchaus plausible These lautet: Die Welt könnte also friedlicher werden, »wenn mehr Frauen an die Macht gelangten«.³⁰⁾

7. These

Die Politik der Kriegsverhütung durch den Ausbau des Völkerrechts hat in den letzten 100 Jahren bemerkenswerte Erfolge vorzuweisen. Zur Zeit des Basler Friedenskongresses galt in den Beziehungen der souveränen Nationalstaaten noch das ungezügelte Recht zur kriegerischen Durchsetzung von Machtinteressen. Der Briand-Kellogg-Stresemann-Pakt von 1928 brachte lediglich ein verbindliches Verbot des Angriffskrieges. Seit der Verabschiedung der Charta der Vereinten Nationen im Jahre 1945 besteht ein allgemeines völkerrechtliches Kriegsverbot. Seitdem kann nur noch eine Politik der Kriegsverhütung als völkerrechtskonform gelten, ausgenommen die Selbstverteidigung und eine UN-mandatierte Gewaltausübung.

Während der beiden Haager Konferenzen von 1899 und 1907 wurde über Probleme einer Stabilisierung des Friedens zumindest nachgedacht.³¹⁾

28) Ebda., S. 109 u. 276 f.

29) Einen Überblick über die zumeist angelsächsischen Forschungen zur Frage der Friedfertigkeit von Frauen bietet Margit Bussmann: Quantitative Studien zu Geschlechtergleichheit und Frieden. In: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 1/2912, S. 141-154, Zitate S. 141 f.

30) Ebda., S. 150.

31) Jost Dülffer: Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 in der internationalen Politik. Berlin,

Es zeigte sich jedoch, dass insbesondere die deutsche Regierung nicht willens war, ihre Souveränität und ihr Recht zum kriegerischen Konfliktaustrag zu beschränken. Damit war jeder Ansatz zu einer Politik der Vertrauensbildung zum Scheitern verurteilt. Was von diesen Konferenzen im Hinblick auf die Politik der Kriegsverhütung blieb, war die Einführung einer Schiedsgerichtsbarkeit, die allerdings nicht obligatorisch und nicht mit Sanktionen bewehrt war, sodass sie letztlich wirkungslos bleiben musste.³²⁾ Einigen konnte man sich immerhin auf Regeln im Krieg. Sie gelten seitdem als verbindliches Kriegsvölkerrecht. Dagegen fanden die Beratungen über Abrüstung und Rüstungssteuerung keine Zustimmung. Insbesondere die deutsche Seite wollte sich alle Optionen offenhalten.

Als die Sozialistische Internationale 1912 in Basel tagte, befand sich das internationale System demnach – in völkerrechtlicher Hinsicht – im Zustand der Anarchie. Jeder Staat konnte das Recht auf Krieg für sich reklamieren. Der Monarch entschied allein über Krieg und Frieden, und die Spitzenmilitärs waren nur ihm verpflichtet, nicht der Regierung und schon gar nicht dem Reichstag. Die oppositionellen Sozialdemokraten verfügten über keinen institutionalisierten Einfluss auf die Entscheidungsträger.

Unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges wurde noch im Jahre 1945 die Charta der Vereinten Nationen verabschiedet, die ein allgemeines Kriegsverbot enthält.³³⁾ Auch die Androhung von Gewalt war jetzt völkerrechtlich verboten. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das »Grundgesetz«, 1949 verabschiedet und bis zum heutigen Tage auch im vereinigten Deutschland gültig, atmet denselben Geist der Kriegsverhütung und des Friedens.³⁴⁾ In der Präambel der 2007

verabschiedeten Charta der Grundrechte der Europäischen Union heißt es: »Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.«³⁵⁾

Die reale weltgeschichtliche Entwicklung hat sich an die Vorgaben der UN-Charta ebenso wenig gehalten wie die deutsche Politik an das Grundgesetz. In der Zeit des Ost-West-Konfliktes wurde eine Strategie der Kriegsverhütung durch Stärke verfolgt, indem die Kontrahenten sich gegenseitig einen alles vernichtenden Atomkrieg androhten. Im Gegenzug zu dieser Drohpolitik entwickelte die oppositionelle deutsche Sozialdemokratie, die 1969 in Regierungsverantwortung gelangte und mit Willy Brandt den Kanzler stellte, eine andere, präventive Kriegsverhütungspolitik. Sie setzte eher auf vertrauensbildende Maßnahmen, Abrüstung und Rüstungsbeschränkung, und sie war von der Idee einer »Gemeinsamen Sicherheit der Konfliktpartner« in einem Klima der Entspannung geprägt.³⁶⁾ Man kann diese Politik in der Traditionslinie des Basler Kongresses von 1912 sehen. Insgesamt lässt sich im Rückblick auf das Jahrhundert seit 1912 jedenfalls feststellen, dass sich die völkerrechtlichen Voraussetzungen für eine Politik der Kriegsverhütung grundlegend zum Positiven hin verändert haben.

8. These

Das Wettrüsten in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg stellte eine wesentliche Voraussetzung für das Projekt einer aktiven Kriegspolitik dar. In Deutschland entfaltete die Aufrüstung insoweit auch eine Eigendynamik, als sie die Entscheidungsträger dazu veranlasste, den Zeitpunkt zum kriegerischen »Griff nach der Weltmacht« (Fritz Fischer) von der eigenen Rüstungsüberlegenheit abhängig zu machen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gibt es zwar kein Wettrüsten der antagonistischen Feindlager in der nördlichen Hemisphäre mehr. Aber die Rüstungsproduktion geht gleichwohl ungebremst weiter. Nach wie vor stellen die Atomwaffen eine ständige Gefahr für den Weltfrieden dar, die im Alltag der Menschen allzu oft verdrängt wird. Ebenso wie vor 1914 können auch heute Rüstung, Waffenhandel und stets einsatzbereite Streitkräfte eine Ei-

Frankfurt/M., Wien 1981, wertet die Konferenzen insgesamt als einen „Fehlschlag“, siehe S. 336.

32) Siehe ebda., Kap. „Die Anfänge des Haager Schiedshofs“, S. 205-226.

33) Texte der wichtigsten Verträge zu Kriegsverbot und Gewaltverbot in Jost Delbrück (Hrsg.): Friedensdokumente aus fünf Jahrhunderten. Abrüstung, Kriegsverhütung, Rüstungskontrolle. Erster Teilband. Kehl, Straßburg, Arlington 1984, Dokumente 1-22, S. 48-72, Auszug aus der Satzung der Vereinten Nationen (26.6.1945) ebda., Dok. 9, S. 58-61, mit dem einschlägigen Gewaltverbot in Artikel 12, Absatz 4: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielsetzungen der vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

34) Siehe dazu Dieter S. Lutz/Volker Rittberger: Abrüstungspolitik und Grundgesetz. Eine verfassungsrechtlich-friedenswissenschaftliche Untersuchung. Baden-Baden 1976, besonders Abschnitt 5: Das Friedensgebot des Grundgesetzes, S. 83-110. In der Präambel wird erklärt, das deutsche Volk sei von dem Willen beiseit, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Artikel 25 bestimmt, dass die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, also auch die Charta der Vereinten Nationen, Bestandteil des Bundesrechtes sind. Nach Artikel 26 sind Handlungen verfassungswidrig, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, „insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“. In dem später eingefügten Artikel 87 a wird im Hinblick auf das Militär unmissverständlich und eingrenzend erklärt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Alle Zitate nach: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe. Stand: Januar 2007. Hrg. vom Deutschen Bundestag. Berlin 2007.

35) Charta der Grundrechte der Europäischen Union in der Fassung vom 14.12.2007 in: Amtsblatt der Europäischen Union C 303/2 vom 14.12.2007. Siehe: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:303:0001:0016:DE:PDF>. Die Charta ist seit 29. 10.2004 Teil der Verfassung der Europäischen Union. Siehe dazu die Abhandlung von Thomas Schmitz vom November 2004 „Die Verfassung der Europäischen Union“:

http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/tschmitz/Downloads/Schulze_Grundrechtscharta_in_EU-Verfassung.pdf.

36) Siehe die entsprechenden Abschnitte in: Delbrück, Friedensdokumente.

gendynamik entfalten und die Anstrengungen zur Kriegsverhütung und gewaltfreien Konfliktbearbeitung konterkarieren.

Das internationale Wettrüsten vor 1914 wurde durch die selbstinduzierte deutsche Rüstungspolitik erst ausgelöst. Im deutschen Generalstab herrschte die Vorstellung, dass es nur ein schmales Zeitfenster gebe, in dem die eigene Rüstungsüberlegenheit für einen kurzen und siegreichen Krieg genutzt werden konnte.³⁷⁾

Und die Rüstungspolitik heute? Das Ende des Ost-West-Konflikts hat bei den Ländern der nördlichen Erdhälfte nicht zu einem Verzicht auf Militär und Rüstung geführt, sondern zu einer groß angelegten Umrüstung für weltweite »Krisenreaktionen«. Das Modell einer »Armee im Einsatz«, das in Deutschland seit einigen Jahren propagiert und praktiziert wird, nährt neuerlich die Vorstellung, Konflikte seien nicht mit politischen Mitteln zu lösen, sondern nur mit Gewalt. Militärische Gewaltausübung wird zur »Neuen Normalität« erklärt, was den Historiker an das Denken und Verhalten der deutschen Führungsschichten um 1914 erinnert. Jedenfalls steht diese Vorstellung in Widerspruch zu einer konsequenten Politik der Kriegsverhütung.

Der heutige internationale Waffenhandel, an dem Deutschland, Großbritannien und Frankreich maßgeblich beteiligt sind, macht die Welt eher unsicher als dass er die Kriegsverhütung erleichterte. Denn die legalen und illegalen Waffenexporte machen Kriege und Bürgerkriege in vielen Teilen der Welt überhaupt erst möglich. Die »Geschäfte mit dem Tod« werden nicht selten mit nationalen Sicherheitsinteressen bemäntelt. Aus ethischer Sicht stellen sie einen permanenten Skandal dar.

9. These

Im Zeitalter des Imperialismus lag die Idee eines Zusammenschlusses der europäischen Nationalstaaten außerhalb des Denkhorizonts der Regierungen. Erst nach zwei Weltkriegen konnte das – von den Sozialisten schon früh unterstützte – politische Projekt eines geeinten Europa als Friedensraum schrittweise realisiert werden. Heute versteht sich Europa als eine Friedensmacht, in welche Kriegsverhütung nach innen als ein Strukturprinzip eingewoben ist. Begleitet und garantiert wird die Pazifizierung Europas durch einen Mentalitätswandel der Menschen, die heute Frieden als zentralen Wert akzeptieren.

37) Zur illusionären Vorstellung von einem kurzen Krieg siehe Stig Förster: Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871–1914. Metakritik eines Mythos. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 54 (1995), S. 61–95.

Nach den zwei zerstörerischen Weltkriegen und nach der Ausschaltung des Kriegsfaktors Deutschland konnten die europäischen Nationen daran gehen, dieser Art des Konfliktaustrags für alle Zukunft eine Absage zu erteilen und sich auf den friedenspolitischen Wert der Zusammenarbeit zu besinnen. Zum Zwecke der dauerhaften Friedenssicherung schufen sie in mehreren Etappen einen Staatenbund, der voraussichtlich eines Tages die Form eines Bundestaates annehmen wird. Innerhalb der Europäischen Union (EU) sind die Nationalstaaten auf den Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens so eng miteinander verflochten, dass man von einem – nach innen hin – strukturell abgesicherten Friedensbündnis sprechen kann. Die Nationen Europas wollen keine Kriege mehr gegeneinander führen; sie können es wegen der vielfältigen Verflechtungen vermutlich auch gar nicht mehr.

In der Außensicht ist Europa daher, anders als die USA, »postheroisch«; damit ist gemeint, dass die Bevölkerungen der europäischen Länder, insbesondere die allermeisten Deutschen, keine militärischen Helden mehr sein wollen und daher kaum für einen kriegerischen Konfliktaustrag mobilisiert werden können.³⁸⁾ Das große Thema des Internationalen Sozialistenkongresses von 1912 lautete, wie der Krieg zwischen den konkurrierenden europäischen Nationen verhindert werden könnte. Im Europa von 2012 stellt sich diese Frage nicht mehr. Im Jahrhundertvergleich kommt dieser fundamentale Unterschied gebührend in den Blick.

10. These

Das idealisierte Modell »Friedensmacht Europa« ist mit der Praxis allerdings nur teilweise in Einklang zu bringen. Denn das im Innenverhältnis realisierte Friedensversprechen gilt nicht für die Außenbeziehungen. In Deutschland lässt sich seit dem Ende des Kalten Krieges eine Militarisierung der Außenpolitik beobachten. Der Befund ist also ambivalent: Einerseits gibt es in der deutschen Regierung Ansätze, die Politik der Kriegsverhütung unter der Bezeichnung »zivile Krisenprävention« zu institutionalisieren. Andererseits wird in den außereuropäischen Beziehungen erneut eine militärisch gestützte Außenpolitik betrieben. Man muss daher feststellen: In einer mit Waffen vollgepumpten Welt ist die Politik Kriegsverhütung

38) Siehe James Sheehan: Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden. Aus dem Englischen von Martin Richter. München 2008, und Wolfram Wette: Eine stille Revolution. Deutschlands Weg vom Militarismus zur zivilen Gesellschaft. In: Manfred Budzinski (Hrsg.), Das Maß des Friedens ist der Frieden selbst. Konstruktiver Pazifismus im 21. Jahrhundert. Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll 27. bis 29. Juni 2008. Bad Boll: Evangelische Akademie 2008, S. 14–38.

tung keineswegs schon realisiert, sondern stellt nach wie vor eine zentrale Aufgabe der deutschen und der europäischen Politik dar.

Die innere Pazifizierung des europäischen Kontinents wird heute im politischen und im wissenschaftlichen Sprachgebrauch mit wohlklingenden Begriffen wie »Friedensmacht Europa« oder »Zivilmacht Europa« gekennzeichnet.³⁹⁾ Allerdings ist es fraglich, ob diese Begriffe ihren Gegenstand angemessen einfangen können. Mit der militärisch instrumentierten Außenpolitik wurde das im Grundgesetz von 1949 festgeschriebene allgemeine Friedensgebot durchlöchert, ja tendenziell preisgegeben.⁴⁰⁾

Die europäischen Staaten haben es bislang nur ansatzweise zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gebracht. In der Praxis agieren sie noch immer als Nationalstaaten. So besteht heute wie vor 100 Jahren das primäre Element der Kriegsverhütung im politischen Willen der Regierung, einen gewaltsamen Konfliktaustrag zu verhindern und ihn durch andere Mittel zu ersetzen. Der vormalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros-Ghali gab im Jahre 1992 mit seiner »Agenda für den Frieden«⁴¹⁾ eine zeitgemäße Orientierung. Als Mittel der Kriegsverhütung favorisierte er vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung durch Verhandlungen und Kooperation, Friedenssicherung durch Blauhelme sowie die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit.

Die Idee einer »zivilen Konfliktbearbeitung« fand zur Zeit der rot-grünen Bundesregierung (1998-2005) Eingang in die deutsche Regierungspolitik. 2004 wurde ein ambitionierter Aktionsplan mit dem Titel »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« verabschiedet.⁴²⁾ Auch wurde ein interministerieller »Ressortkreis zivile Krisenprävention« gegründet, der allerdings keine öffentliche Aufmerksamkeit erregen konnte.⁴³⁾ So ist die zivile Krisenpräventi-

on und Konfliktbearbeitung bis heute ein »unscheinbares Nischenprojekt deutscher Außenpolitik« geblieben.⁴⁴⁾ Wie es aussieht, befinden sich die Verfechter einer »zivilen Konfliktbearbeitung« heute in einer kaum gewinnbaren Konkurrenz zu den traditionellen Praktiken der Außenpolitik.

In der Summe lässt sich konstatieren, dass die innere Befriedung des europäischen Kontinents nach dem Ende der nuklearen Blockkonfrontation erfolgreich voran geschritten ist. In den Außenbeziehungen Europas wird die Kriegsvermeidung seit 1990 allerdings nicht mehr als die zentrale Aufgabe der Politik angesehen. So befindet sich Deutschland heute in dem Zwitterzustand zwischen Friedensmacht und traditioneller Machtpolitik. Das bedeutet: Die politische Aufgabe der Kriegsverhütung stellt sich heute zwar nicht mehr in der gleichen, nämlich europazentrischen Weise wie im Vorfeld des Ersten Weltkrieges. Die internationale Mächtekonstellation ist heute eine völlig andere als 1912, zwei Jahre vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges. Aber es wäre ein Trugschluss, zu meinen, die Welt von 2012 sei rundum friedlicher geworden.⁴⁵⁾ Noch immer leben wir in einer hoch gerüsteten Welt, die – aktuell vor allem im Nahen Osten – durch einen Funken entzündet werden kann.

Um zum Abschluss noch einmal die leitende Frage aufzugreifen: Was hat uns der Basler Friedenskongress von 1912 heute noch zu sagen? Wir können in Deutschland und in Europa hinsichtlich der politischen Träger der Kriegsverhütungspolitik einen Fortschritt erkennen. Anders als 1912 wird Kriegsverhütung heute nicht mehr als eine spezifische Aufgabe der – noch immer existierenden, aber nur noch selten politisch hervortretenden – Sozialistischen Internationale betrachtet. Vielmehr hat sich der Gedanke, dass Kriege verhütet werden müssen – zumindest in Europa –, auch im politisch konservativen Spektrum weitgehend durchgesetzt. Kriegsverhütung im europäischen Innenverhältnis wird heute als die Aufgabe aller politischen Kräfte angesehen. Im Außenverhältnis dagegen hat sich die Ansicht, dass Krieg als ein normales Mittel der Politik zu betrachten sei, trotz aller historischen Erfahrungen längst wieder in den Köpfen vieler Politiker breit gemacht. Die Botschaft, die von der gescheiterten Kriegsverhütung von 1912 für die Gegenwart und Zukunft ausgeht, muss daher lauten: Die Politik der Krisenprävention kann nur erfolgreich sein,

39) Vgl. Peter Schlotter (Hrsg.): Europa ñ Macht ñ Frieden? Zur Politik der »Zivilmacht« Europa (= AFK-Friedensschriften Bd. 31). Baden-Baden 2003.

40) Vgl. Sabine Jaberg: Abschied von der Friedensnorm? Urteile des Bundesverfassungsgerichts, verteidigungspolitische Grundsatzdokumente und friedenspolitische Substanz des Grundgesetzes. In: Peter Schlotter/Wilhelm Nolte/Renate Grasse (Hrsg.): Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation ñ Zivile Impulse ñ Europäische Einbindung (AFK-Friedensschriften Bd. 34). Baden-Baden 2008, S. 83-106.

41) Boutros Boutros-Ghali: Agenda für den Frieden. Vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung und Friedenssicherung. Bonn 1992.

42) Siehe die Homepage des Auswärtigen Amtes: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/Grundlagen/Aktionsplan_node.html. Siehe auch die zusammenfassende Information in: http://de.wikipedia.org/wiki/Aktionsplan_%E2%80%9EZivile_Krisenpr%C3%A4vention%E2%80%9C. Vgl. auch den Beitrag »Stillschweigender Abschied vom Aktionsplan« (2010): http://www.dgyn.de/uploads/media/Stillschweigender_Abschied_vom_Aktionsplan_Zivile_Krisenpr%C3%A4sentation_-_Stellungnahme.pdf.

43) Christoph Weller: Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Politische Herausforderungen und der Aktionsplan der

Bundesregierung. In: Schlotter/Nolte/Grasse, Berliner Friedenspolitik (wie Anm. 39), S. 109-136, hier: S. 118 f.; sowie, aus der Sicht eines beteiligten Politikers, Gernot Erler: Mission Weltfrieden. Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik. Mit einem Vorwort von Frank-Walter Steinmeier. Freiburg, Basel, Wien 2009, S. 74-78.

44) Weller, Krisenprävention (wie Anm. 43), S. 121.

45) Vgl. u.a. den Band: Krieg im Absichts. »Vergessene Kriege« zwischen Schatten und Licht oder das Duell im Morgengrauen um Ö.konomie, Medien und Politik. Hrsg. vom Ö.sterrreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung unter der Projektleitung von Thomas Roithner. Wien 2011.

wo der politische Wille zum Frieden existiert, wo das Recht geachtet wird, wo strukturelle Nichtangriffsfähigkeit organisiert wird und wo die Mentalität der Menschen auf Frieden hin orientiert ist.

Prof. Dr. Wolfram Wette ist (Militär-)Historiker und DFG-VK-Mitglied. Den hier veröffentlichten

Vortrag hat er am 24. November 2012 auf dem wissenschaftlichen Kongress »Krieg und Frieden. 100 Jahre Außerordentlicher Kongress »Gegen den Krieg« der Sozialistischen Internationale von 1912 in Basel und die Frage des Friedens heute«, veranstaltet von der Universität Basel, in Basel gehalten.



Rudi Friedrich

20 Jahre *Connection e.V.*

Seit zwei Jahrzehnten internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

(Red.) Vor zwanzig Jahren gründeten in Offenbach/Main Aktive aus der Friedensbewegung Connection e.V. und konsolidierten damit eine Arbeit, die ihren Schwerpunkt in der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus Kriegsgebieten sieht. Rudi Friedrich, Mitbegründer des Vereins, beschreibt die Arbeit sowie das politische Anliegen und sieht auf Erfolge und Misserfolge zurück.

Vor wenigen Tagen, im September 2013, wurde das Asylverfahren des US-Deserteurs André Shepherd an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verwiesen. Damit wird nun ein Präzedenzfall über die Frage, wann ein Deserteur Schutz erwarten darf, vor dem höchsten europäischen Gericht verhandelt werden. Gemeinsam mit anderen Organisationen hatte *Connection e.V.* dieses Verfahren vorangetrieben. Ganz entscheidend dabei ist: Es geht nicht nur um die juristische Auseinandersetzung, es geht in der Arbeit von *Connection e.V.* immer um konkrete Personen, um Männer und Frauen, die sich in einer Kriegssituation dem Dienst verweigern oder desertieren.

Dieses Spannungsfeld umschreibt relativ gut den Ansatz. Für *Connection e.V.* ist die Entscheidung, sich in einem Kriegsfall zu verweigern, zu desertieren oder abzuhausen, mutig, angesichts drohender Konsequenzen. Dieser Schritt ist aber noch mehr geht aber noch weiter, gerade auch gegenüber den jeweiligen Gesellschaften, die am Krieg beteiligt sind. Kriegsdienstverweigerer und Deserteure geben ein Beispiel für Handlungsmöglichkeiten außerhalb der Kriegslogik, die nur Verbündete und Feinde, nur die militärische Auseinandersetzung, den Kampf sieht. Sie zeigen auf,

dass es zwar einen Zwang gibt, zum Militär zu gehen und dort zu bleiben, ihre Entscheidung sich aber nicht diesem Zwang unterordnet. Das Befehls- und Gehorsamsprinzip, ohne das das Militär mit seinen hierarchischen Strukturen nicht funktionieren würde, wird in Frage gestellt. Es ist ein Schritt der Emanzipation, bis hin zur Idee, den Krieg zu beenden. Auch wenn es nur wenige Fälle gab, bei denen allein die Zahl der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer zumindest eine Ursache dafür war, den Krieg wirklich zu beenden, so wirkt ihr Beispiel doch in die Gesellschaften hinein.

Darüber hinaus ist ein solcher Schritt für viele auch die einzig mögliche Alternative, sich nicht an den Verbrechen eines Krieges zu beteiligen oder nicht auf die eigenen Nachbarn schießen zu müssen. Die Motive sind vielfältig und entsprechen nur selten denen, die hier in Deutschland als Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen verstanden werden, also einer generellen Ablehnung jeden Kriegseinsatzes. Die Motive von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern beziehen sich viel stärker auf die konkrete Situation, den jeweils stattfindenden Krieg. Sie achten dabei nicht auf internationale Konventionen, sondern nur auf ihr eigenes Gewissen.

Schutzbedürfnis

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das in Deutschland, wenn auch in eingeschränkter Form, Eingang in die Verfassung fand, ist ein wesentliches Rechtsgut, das einzelne Personen zumindest vor dem Einsatz im Militär schützt. Seit Jahrzehnten wird durch verschiedene Organisationen dafür gestritten, dass dies auf internationaler Ebene auch als Menschenrecht anerkannt wird. Und über die beiden letzten Jahrzehnte wur-

de das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auch durch eine ganze Reihe von Ländern anerkannt, so in einigen lateinamerikanischen Ländern und vor allem in Osteuropa. Die Kriegsdienstverweigerer sehen sich allerdings immer dem Vorwurf ausgesetzt, sich vor der gesellschaftlichen Verantwortung zu drücken. Sie werden denunziert und aufgrund ihrer Entscheidung diffamiert und teilweise auch kriminalisiert, so z.B. ganz aktuell in Griechenland¹⁾, das vor einigen Jahren nach internationalem Druck ein äußerst restriktives Kriegsdienstverweigerungsgesetz verabschiedete.

Einige Länder, wie Armenien, Aserbajdschan und die Türkei, sehen hingegen nach wie vor keinen Handlungsbedarf zur Legalisierung der Kriegsdienstverweigerung. Sie ignorieren damit Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, der 2011 in einem Grundsatzurteil feststellte, dass die Kriegsdienstverweigerung als Ausfluss des Artikels 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention zu verstehen ist und daher ein Menschenrecht darstellt.²⁾

Häufig unbeachtet bleibt, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nur Personen zugestanden wird, die nicht im Militär sind. Anders gesagt: SoldatInnen haben in den meisten Ländern kein Recht, ihre Kriegsdienstverweigerung zu erklären. Andreas Speck von der War Resisters' International schrieb dazu: »In vielen EU-Ländern, in denen die Wehrpflicht ausgesetzt oder abgeschafft wurde, wurde zugleich das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aufgehoben. Wie EBCO³⁾ darstellt, gibt es gesetzliche Regelungen für die Kriegsdienstverweigerung von Berufssoldaten nur in den Niederlanden und Deutschland. In Großbritannien gibt es Regelungen im Militär, die eine Entlassung aufgrund einer Kriegsdienstverweigerung möglich machen.«⁴⁾ Im Fall des britischen Kriegsdienstverweigerers Michael Lyons zeigt sich jedoch, dass diese völlig unzureichend sind. Er wurde am Ende des Verfahrens zu sieben Monaten Haft verurteilt.⁵⁾

Gerade in einem Kriegsfall, also gerade dann, wenn eine Gewissensentscheidung gegen einen Kriegseinsatz unbedingten Schutz benötigt, wird von Militärs und Regierungen das Recht eingeschränkt, den VerweigerInnen Steine in den Weg gelegt oder sie werden, wenn sie ihre Verweigerung erklärt haben, ins Kriegsgebiet entsandt. Das ist ein unhaltbarer Zustand, denn jede Person hat selbstverständlich das Recht, andere Entschei-

dungen zu treffen. Eine Gewissensentscheidung ist eben nicht eine nur rationale Abwägung wie die Wahl einer Arbeitsstelle, sondern resultiert sehr stark auch aus den jeweiligen Zusammenhängen und Erfahrungen heraus. Angesichts der Gräueltaten, die SoldatInnen in einem Krieg sehen und erleben, ist die Entscheidung, dort nicht mehr mitmachen zu wollen und zu können, nur zu begrüßen.

■ Kriegsdienstverweigerung und Asyl

Etwa 300.000 sind in den 1990er Jahren allein im ehemaligen Jugoslawien desertiert. Zehntausende von ihnen kamen nach Deutschland. Im Krieg zwischen Armenien und Aserbajdschan Anfang der 1990er Jahre sind in Teilen von Armenien über 90 Prozent der Rekruten nicht zum Militär gegangen. Tausende US-SoldatInnen entziehen sich jährlich dem Militär und sind damit unerlaubt abwesend. Tausende EritreerInnen verlassen jedes Jahr das Land, um der Rekrutierung zum Militär zu entgehen. Viele dieser DeserteurInnen suchen aufgrund der Verfolgung im Herkunftsland Schutz und Asyl. Nur wenige von ihnen schaffen es aufgrund der Grenzsicherungen einer Festung Europa und einer Asylpolitik, die über die Abkommen von Dublin die Verantwortung für Flüchtlinge von sich weist, nach Deutschland. Wer dennoch die Grenzen überwindet, hofft hier auf Schutz, muss sich aber mit hohen Hürden für eine Anerkennung auseinandersetzen.

Die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern gilt in der Regel nicht als Asylgrund. Deutsche Behörden und Gerichte billigen allen Staaten das Recht zu, die Wehrpflicht durchzusetzen, auch wenn es dort kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt oder wenn ihnen der Einsatz im Krieg droht. Das führt dazu, dass immer wieder VerweigerInnen abgeschoben und somit dem Militär in anderen Ländern ausgeliefert werden.

Erst seit 2008 wird durch eine Richtlinie der Europäischen Union die Verfolgung von Verweigerern, die sich völkerrechtswidrigen Handlungen oder Kriegen entziehen, als asylrechtlich relevant angesehen. Das ist neu und müsste bedeuten, dass zumindest ein Teil der Verweigerer, wie z.B. der US-Deserteur André Shepherd, solch einen Schutz erhält. Aber immer noch ist offen, wie die deutschen Behörden mit dieser Situation tatsächlich umgehen. Die nun vom Verwaltungsgericht an den Europäischen Gerichtshof erfolgte Anfrage zum Fall Shepherd wird voraussichtlich die Grundlagen dafür klären.

Aufgrund verschiedener Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte⁶⁾ gilt

1) siehe Rundbrief »KDV im Krieg« 4/2013. www.Connection-ev.org/article-1863

2) Einige dieser Urteile sind zu finden über www.connection-ev.org/s.php?s=Internationale%20Resolutionen

3) Europäisches Büro für Kriegsdienstverweigerung

4) Andreas Speck: Kriegsdienstverweigerung nach der Wehrpflicht. Aus: Rundbrief »KDV im Krieg« 2/2013. www.connection-ev.org/article-1812

5) WRI: Kriegsdienstverweigerer Michael Lyons zu sieben Monaten Haft verurteilt. Aus: Rundbrief »KDV im Krieg« 5/2011. www.connection-ev.org/article-1405

6) z.B. Bayatyan v. Armenia, Urteil vom 7. Juli 2011, Antrag Nr. 23459/03; Ercep v. Turkey, Urteil vom 22. November 2011, Antrag Nr. 43965/04. In Auszügen dokumentiert in Connection e.V.: Kriegsdienstverweigerung in der Türkei, Offenbach 2012

die Kriegsdienstverweigerung im Gebiet des Europarates als Ausfluss der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit nach Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Das bedeutet auch, dass sich Asylsuchende mit Verweis auf diese Urteile bei fehlender Gesetzgebung zur Kriegsdienstverweigerung darauf berufen können, da die Strafverfolgung eine Verletzung der Konvention darstellen würde. Sie hätten damit die Chance, zumindest einen Abschiebeschutz nach § 60 Abs. 5 AufenthG⁷⁾ zu erhalten. Die Behörden werden allerdings im Asylverfahren in jedem Einzelfall prüfen, ob solch eine Verfolgung tatsächlich in Betracht kommt. Deshalb muss davon ausgegangen werden, dass das Bundesamt für Migration und mit einem Asylantrag befasste Gerichte prüfen werden, ob eine glaubwürdige Kriegsdienstverweigerung vorliegt. Letztlich läuft das auf eine Gewissensprüfung hinaus, die wir gemeinsam mit vielen anderen Verbänden in den vergangenen Jahrzehnten bei deutschen Kriegsdienstverweigerern vehement bekämpft haben.

Auch wenn es inzwischen Regelungen gibt, die für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer einen asylrechtlichen Schutz oder zumindest ein Abschiebehindernis vorsehen: Das Asylverfahren ist unsicher und bietet nach wie vor keine Garantie dafür, nicht gegen seine Gewissensentscheidung erneut in den Kriegseinsatz geschickt zu werden. Das gilt umso mehr, da viele Deserteure und Kriegsdienstverweigerer keineswegs eine Entscheidung entlang der international gültigen Definitionen getroffen haben, sondern aus einer jeweils konkreten Situation heraus.

■ Praktische Umsetzung

Es ist im Kern eine Arbeit gegen Krieg, die sich die Aktiven von *Connection e.V.* vorgenommen haben. Aber wie wird dies in praktisches Handeln umgesetzt? Und wie kann dies unterstützt werden? Dazu an dieser Stelle eine Beschreibung verschiedener Arbeitsbereiche:

● Information

Eine der wichtigsten Grundlagen der Arbeit von *Connection e.V.* ist es, zu verschiedenen Ländern und deren Gesetzgebung und Praxis gegenüber Kriegsdienstverweigerern auf dem Laufenden zu bleiben. Dankenswerterweise gibt es von anderen Organisationen, wie dem Europäischen Büro zur Kriegsdienstverweigerung, der War Resisters' International oder dem Quaker UN Office immer wieder Zusammenstellungen zu einer Reihe von Ländern. Dies wird von uns ergänzt insbesondere durch Berichte, Interviews, Beiträge und

Artikel aus den Ländern selbst. All diese Informationen münden nicht nur im Rundbrief »KDV im Krieg«, der fünf Mal im Jahr erscheint, sondern auch in Schwerpunktheften und in der ständig aktualisierten Website www.Connection-eV.org.

Natürlich ist dieser Fundus an Informationen nur so gut, wie er uns zugänglich und bekannt ist. Ein wichtiger Baustein unserer Arbeit ist es daher, in ständigem Kontakt mit Initiativen in anderen Ländern zu stehen, die gegen Wehrpflicht und Krieg arbeiten und sich für die Belange der Kriegsdienstverweigerer einsetzen. Falls dies nicht möglich ist, können wir in einigen Fällen auch auf Exilorganisationen zurückgreifen.

Dennoch sind wir immer wieder auf Hinweise und Recherchen angewiesen. Gerne nehmen wir hier Anregungen auf oder veröffentlichen Beiträge, die uns zugesandt oder auf die wir hingewiesen werden.

● Beratung

Flüchtlinge werden im Asylverfahren auf die unterschiedlichsten Orte im Bundesgebiet verteilt. Soweit es uns möglich ist, bieten wir für sie Beratung und Unterstützung im Asylverfahren an. Neben grundlegenden Informationen können wir gemeinsam mit den Flüchtlingen ihre Schwerpunkte herausarbeiten und dokumentieren. Wir versuchen, Gruppen vor Ort zu finden, die den Betroffenen konkreter helfen können. Und wir vermitteln RechtsanwältInnen, damit Flüchtlinge im Asylverfahren die notwendige juristische Unterstützung erhalten.

Da wir von Offenbach/Main aus arbeiten, sind wir immer dankbar, wenn es Menschen und Gruppen in anderen Orten gibt, die gemeinsam mit uns Flüchtlinge unterstützen wollen.

● Dokumentation

über die Situation im Herkunftsland

Sehr oft werden die Schilderungen der Flüchtlinge über die Situation im Herkunftsland von deutschen Behörden in Frage gestellt, womit den Betroffenen eine Ablehnung im Asylverfahren droht. Dies war auch bei Eritrea der Fall. Wir nutzten die Möglichkeit, mit mehreren der DeserteurInnen längere Interviews zu führen und nach einer erneuten Prüfung gemeinsam zu veröffentlichen. Wir ergänzten die persönlichen Schilderungen mit offiziellen Stellungnahmen von Amnesty International, Human Rights Watch, UNHCR und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe.

Damit lag für die Asylverfahren eine Dokumentation vor, die klar aufzeigte, welcher Bedrohung die Betroffenen bei einer Rückkehr oder Abschiebung ausgesetzt sind. So gelang es gegenüber den deutschen Behörden, deutlich zu machen, dass die Schilderungen der Flüchtlinge sehr wohl glaubhaft sind. Alle Interviewten erhielten kurze Zeit später einen asylrechtlichen Schutz.

7) »Ein Ausländer darf nicht abgeschoben werden, soweit sich aus der Anwendung der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten ergibt, dass die Abschiebung unzulässig ist.«

Und darüber hinaus stiegen auch die Anerkennungszahlen zu Eritrea deutlich.

Es ist eine wichtige Erfahrung – sowohl für die Flüchtlinge, als auch für die Asylverfahren: Es lohnt sich, die Situation im Herkunftsland und die Fluchtgeschichte ausführlich zu dokumentieren. Viele der Flüchtlinge sind dankbar, wenn sie zum ersten Mal wirklich frei Auskunft geben können, was ihnen passiert ist. Yohannes Kidane aus Eritrea machte dies in seinem Interview deutlich: »Bei uns kann man noch nicht einmal darüber sprechen. Es gibt keine Möglichkeit, Widerstand zu leisten, nur abzuweichen. Hier habe ich erfahren, dass Widerstand möglich ist, dass es Leute gibt, die gegen die Regierung organisiert vorgehen. Das tut mir sehr gut.«

● *Stärkung der Selbstorganisation*

Zu einigen Ländern gelang es uns, Gruppen von Flüchtlingen zu finden, die sich selbst organisierten und gemeinsam für ihre Belange eintraten. Es waren Kriegsdienstverweigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Russland, aus Griechenland, den USA, Angola, Eritrea oder der Türkei. Es sind sehr oft Gruppen, deren vorrangiges Ziel die gegenseitige Unterstützung ist, um nicht zum Militär gehen zu müssen und/oder um einen Aufenthaltsstatus in Deutschland zu erringen. Neben den Schwierigkeiten, denen sich asylsuchende KriegsdienstverweigererInnen gegenübersehen, betrifft dies noch eine zweite große Gruppe: Viele Migranten, die mit einem ausländischen Pass auf Dauer in Deutschland leben, sind in ihrem Herkunftsland wehrpflichtig. Können sie sich der Wehrpflicht entziehen? Gibt es dort das Recht zur Kriegsdienstverweigerung? Kriegsdienstverweigerer, die diese Fragen nicht klären können und keine befriedigende Antwort finden, sehen sich in einer ausweglosen Lage: Das Konsulat wird die Ausstellung eines neuen Passes verweigern – oder auch die Verlängerung. Ohne Ausweispapiere erlischt die Aufenthaltsberechtigung in Deutschland. Es droht die Abschiebung.

An all diesen Stellen ist Unterstützung und gegenseitige Solidarität nötig. Aufgrund der je nach Herkunftsstaat unterschiedlichen rechtlichen Situation und der Erfahrung, dass deutsche Behörden ihr Anliegen ablehnen, ist die gegenseitige Beratung eine der wichtigsten Schwerpunkte der Arbeit von selbstorganisierten Gruppen. Hier können sie in ihrer Sprache komprimiert erfahren, was nur schwer zugänglich ist. Hier können Erfahrungen ausgetauscht werden. Hier können informelle Zusammenhänge entstehen, die auch in prekärer Situation noch Schutz und Hilfe bieten können.

Darüber hinaus hatten sich die Gruppen immer dann zusammengefunden, wenn sie gemeinsam ein politisches Ziel nach außen tragen wollten. Sie wenden sich gegen den Krieg in ihrem

Herkunftsland, sie wollen die dort möglicherweise aktiven Gruppen unterstützen, sie organisieren Aktionen, um auf die prekäre Situation im Herkunftsland hinzuweisen und die dortige Praxis anzuprangern, sie fordern gemeinsam Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure.

Neben all diesen politischen Aktivitäten hat ihr Zusammenschluss aber auch eine andere wichtige Bedeutung. DeserteurInnen, die aufgrund ihrer Flucht vor dem Militär in ihrem Herkunftsland verfeimt werden und als »Verräter« gelten, erleben in der Gruppe, dass sie nicht alleine stehen. Gerade dadurch, dass sie mit ihrer Verweigerung an die Öffentlichkeit gehen, gewinnt ihre Entscheidung eine hohe Bedeutung sowie politischen Gehalt und kann so als etwas Positives erlebt werden. Sie gehören zur kleinen Gruppe derjenigen, die sich aktiv für die Durchsetzung der Menschenrechte, für ein Ende des jeweiligen Krieges in ihrem Herkunftsland einsetzen. Sie werden zum Sprachrohr von vielen, die sich bislang nicht trauen, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Dabei sehen sie sich im Exil in Deutschland besonderen Schwierigkeiten gegenüber. Sie kennen die politischen Verhältnisse hier nicht, sie müssen sich in einer fremden Sprache mit unbekanntem Gesetzen und Regelungen auseinandersetzen, Asylsuchenden wird mit der so genannten Residenzpflicht die Reisefreiheit in Deutschland beschränkt, der Krieg im Herkunftsland sorgt auch unter den Flüchtlingen für Polarisierungen oder Misstrauen. Hier sind die Initiativen dringend auf Begleitung und Unterstützung von deutschen Gruppen und Organisationen angewiesen.

■ **Internationaler Austausch**

Die internationale Arbeit lebt vom Austausch und persönlichen Begegnungen. Immer wieder besuchen wir daher Partnerorganisationen in anderen Ländern und nehmen an Seminaren und Tagungen teil oder organisieren diese. Zudem laden wir auch Aktive nach Deutschland ein, um hier bei Organisationen mitzuarbeiten oder sich austauschen zu können. Ein Beispiel dafür war ein einwöchiges Seminar, das wir im Januar 2013 in Berlin für die Bewegung No to Compulsory Military Service (Nein zum Kriegsdienstzwang) in Ägypten organisierten. Die Idee ging aus vom ägyptischen Kriegsdienstverweigerer und Militärkritiker Maikel Nabil Sanad, der aufgrund seiner fast einjährigen Haft bis Anfang 2012 international sehr bekannt geworden ist.

Auf dem Seminar sollte es um gewaltfreie Strategien des Widerstandes, um Kriegsdienstverweigerung und um Versöhnungsarbeit gehen. »Die Idee ist, dass ägyptische Friedensaktivisten Erfahrungen machen«, so Maikel Nabil Sanad, »die sie in Ägypten nicht erhalten können. Sie müssen die Möglichkeit haben, Kriegsdienstverweigerer zu

treffen, die vor Jahrzehnten verweigert haben sowie führende Personen deutscher antimilitaristischer Organisationen. Sie sollen deutsche Erinnerungsstätten zum Krieg sehen, um so ein tieferes Verständnis von Antimilitarismus zu erhalten.«⁸⁾

Schließlich kamen Ende Januar 2013 etwa 10 AktivistInnen aus Ägypten und weitere internationale Gäste für eine Woche zusammen: Studentinnen aus den Philippinen, Afghanistan und China, Aktive der Friedensbewegung aus Deutschland und ein Vertreter der israelischen Organisation New Profile.

Bei offiziellen Besuchen im Bundestag konnten die Aktiven aus Ägypten gegenüber dem Menschenrechtsbeauftragten der deutschen Bundesregierung und der deutsch-ägyptischen Parlamentariergruppe deutlich machen, dass es in Ägypten kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt. Sie baten um Unterstützung, auch für Fälle wie den Verweigerer Emad el Dafrawi, der in einem praktisch illegalen Zustand leben muss, ohne Ausweis, ohne Reisemöglichkeit, ohne legalen Status zur Aufnahme eines Studiums oder einer Arbeit.

Die Aktiven der ägyptischen Gruppe sehen sehr klar die Rolle des Militärs und die umfassende Militarisierung in der Gesellschaft, bis weit in das zivile Leben hinein. Und sie suchen nach Möglichkeiten, hier gemeinsam als Gruppe Positionen und Handlungsmöglichkeiten zu finden, um gegen diese Militarisierung vorzugehen. Kriegsdienstverweigerung wird da nicht nur als Ablehnung des Militärdienstes verstanden, sondern richtet sich z.B. auch gegen die Militarisierung der Schulen, der Wirtschaft, des alltäglichen Lebens.

Dafür versuchten wir an den Tagen, verschiedene inhaltliche Anregungen zu geben. In das Thema gewaltfreie Aktionen führte Christine Schweitzer vom Bund für Soziale Verteidigung ein, Gernot Lennert von der DFG-VK Hessen stellte die verschiedenen politischen und juristischen Ansätze zur Kriegsdienstverweigerung vor. Beides wurde mit großem Interesse aufgenommen. In den weiteren Tagen gab es noch Einführungen zum Thema Übergangsrecht in nach-autoritären Gesellschaften und europäische Versöhnung.

In einem Bericht schreibt die Gruppe: »In den Diskussionen wurden weiterhin die Entwicklungen im Nahen Osten angesprochen, das Fehlen eines Friedensprozesses zwischen Israel und Palästina, wie auch die Rolle Deutschlands und der internationalen Gemeinschaft, um ein gutes Klima für die Entwicklung eines Friedensprozesses herzustellen.«⁹⁾

Schließlich erarbeitete die Gruppe eine Analyse der Ressentiments gegen die Kriegsdienstver-

weigerung im Land und entwickelte einen Plan für weitere Aktivitäten. Sicher ist, dass weitere Aktive ihre Kriegsdienstverweigerung öffentlich machen werden. Die Gruppe wird versuchen, sich regional stärker zu verankern. Sie will gegen Militärschulen aktiv werden. Deutlich gestärkt werden soll nun die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen im Nahen Osten und die internationale Vernetzung – alles mit dem Ziel, den Militärdienstzwang abzuschaffen.

■ Veranstaltungsreihen

Seit vielen Jahren laden wir auch Aktive aus Organisationen aus anderen Ländern ein, um in Deutschland an verschiedenen Orten Veranstaltungen durchzuführen. Wir setzen damit inhaltliche Schwerpunkte und können über eine bundesweite Organisation größere Aufmerksamkeit und mehr Interessierte erreichen. Angewiesen sind wir dabei auf Gruppen und Organisationen vor Ort, die für jeweils einen Tag ein Programm planen. Unsere Gäste führen dann Pressegespräche durch, gehen an Schulen, werden vom Bürgermeister empfangen oder nehmen an größeren Veranstaltungen teil. So kamen in den letzten Jahren Gäste aus den USA, aus Israel, Russland, Eritrea, Kolumbien, Angola oder der Türkei zu uns. Beispielhaft beschreibt Vadim Damier aus Moskau seine Erfahrungen bei den Veranstaltungen 2009: »Ich kann sagen, dass es relativ großes Interesse gab. In aller Regel kamen zwischen 25 und 50 Personen zu den Veranstaltungen. Nur einmal waren es nur 15. Wir müssen ja in Betracht ziehen, dass der Krieg im Kaukasus im August 2008 stattfand, also schon einige Monate her ist. Inzwischen gibt es kaum noch Berichte darüber in den Medien und in der Öffentlichkeit. Dafür gab es von Seiten der Friedensöffentlichkeit in der Bundesrepublik ein relativ lebendiges Interesse am Thema und an den Hintergründen zum Krieg. Das hat für uns eine große Bedeutung. Zum einen ist uns, den antimilitaristischen Kräften in Russland, das Interesse in anderen Ländern wichtig. Es stellt auch eine gewisse Unterstützung und einen Schutz gegen Repressionen dar, die bei uns möglich sind. Zum anderen hat es große Bedeutung für uns, dass wir unser internationalistisches Bild, unsere Position gegen jeden Nationalismus, darstellen können. Und es haben sich erfreuliche neue Kontakte ergeben, so z.B. zur graswurzelrevolution. Ich habe schon immer mal die Zeitung gelesen, hatte aber nie einen umfassenden Eindruck dazu. Nun traf ich einige Aktiven und Redakteure. Wir sprachen sogar über die Möglichkeit, Reportagen für die Zeitung aus Moskau zu schreiben. Zudem war es für mich sehr interessant und wichtig, das Protestcamp gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens zu besuchen. In Russland habe ich schon an mehreren Protest-

8) Maikel Nabil Sanad in: Rudi Friedrich: Ägyptische Kriegsdienstverweigerungsgruppe in Berlin. 15. Februar 2013. www.Connection-eV.org/article-1780

9) dito

camps teilgenommen. Aber in Deutschland sah ich das jetzt zum ersten Mal. Das war wirklich schön. Ich konnte im Camp auch kurz über die anarchistische und ökologische Bewegung in Russland berichten und den Aktiven dort unsere moralische Unterstützung aussprechen.«¹⁰⁾

■ Internationale Solidarität

In vielen Ländern wird die Kriegsdienstverweigerung nach wie vor verfolgt und Kriegsdienstverweigerer inhaftiert. In der Türkei und Ägypten werden ihnen praktisch die bürgerlichen Rechte entzogen. Aufgrund unserer guten Kontakte in einige dieser Länder erhalten wir frühzeitig Informationen darüber, wo Kriegsdienstverweigerer inhaftiert werden und können dann mit Aktionen darauf reagieren. Mit Protestaktionen gegenüber den verantwortlichen Regierungen und Militärs z.B. vor Botschaften sowie mit der solidarischen und auch finanziellen Unterstützung der Verweigerer selbst versuchen wir in diesen Situation zu helfen – zumeist mit Erfolg. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass die in dem jeweiligen Land aktiven Gruppen gestärkt und unterstützt werden.

Ein Beispiel dafür war die Kampagne für den US-Verweigerer Agustín Aguayo. Er war trotz seines Kriegsdienstverweigerungsantrages ins Kriegsgebiet in den Irak geschickt worden. Sein Antrag auf KDV wurde wiederholt abgelehnt. Vor einem erneuten Kriegseinsatz flüchtete er aus der Armee, die dies mit einer Haftstrafe von acht Monaten beantwortete. Bei der Verleihung des Stuttgarter Friedenspreises erklärte er: »Ich möchte mich bei verschiedenen Menschen bedanken. Sie haben nicht zugelassen, dass meine Geschichte verschwindet. Sie haben mich in den schwierigsten Momenten meines Lebens unterstützt. (...) Als ich im Gefängnis war, habe ich Hunderte von Briefen bekommen. Es waren die glücklichsten Momente meines Lebens im Gefängnis: die hoffnungsvolle Erwartung auf diese Briefe.«¹¹⁾

■ Was Connection e.V. bislang erreicht hat

Ziehen wir nach zwanzig Jahren Arbeit ein Resümee, so müssen wir leider festhalten, dass weder das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung noch die Forderung auf Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in vollem Umfang umgesetzt ist. Noch immer werden Menschen abgeschoben, die sich dem Kriegsdienst in ihrem Herkunftsland entzogen haben. Immer wieder müssen wir über Fälle von Kriegsdienstverweigerern berichten, die in ihren Ländern zum

Teil über Jahre inhaftiert werden.

Allerdings sehen wir auch: Gerade wenn wir konkret Personen unterstützten, sei es mit internationalen Kampagnen, sei es mit Beratung, Information und rechtlichem Beistand, konnten wir in Einzelfällen sehr viel erreichen. Hunderte von KriegsdienstverweigerInnen erhielten in Deutschland aufgrund dieser Arbeit asylrechtlichen Schutz. Für viele inhaftierte Verweigerer in anderen Ländern führte die internationale Solidarität zu einer Verbesserung ihrer Haftbedingung oder sogar zur Freilassung.

Auf der juristischen Ebene gibt es zwei oben ausgeführte bemerkenswerte Veränderungen. Zum einen wurde über die Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union die Verfolgung von Desertion aus völkerrechtlich verurteilten Kriegen oder vor völkerrechtlich verurteilten Kriegshandlungen als Fluchtgrund anerkannt. Zum anderen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Kriegsdienstverweigerung als Ausfluss des Artikels 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention definiert. Das ist bedeutsam und stärkt die Position der Verweigerer, auch wenn es längst nicht alle erfasst, die sich dem Kriegsdienst entziehen.

Dies alles ist nicht allein auf die Arbeit von Connection e.V. zurückzuführen. Nur gemeinsam mit anderen Organisationen wie Amnesty International, Pro Asyl, der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, dem Bund für Soziale Verteidigung, dem Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung, dem Versöhnungsbund, der Zentralstelle KDV, War Resisters' International, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, dem Quaker UN Office und vielen anderen konnten wir dies erreichen. Wir konnten in der Zusammenarbeit vor allem das Bewusstsein dafür stärken, dass es neben der Frage des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung eben auch um eine politische Frage geht, wie mit den Menschen umgegangen wird, die sich aus welchen Gründen auch immer dem Dienst im Militär und am Krieg entziehen.

Vor wenigen Tagen fragte mich ein Journalist, ob wir denn bei einem positiven Ausgang des Asylverfahrens von André Shepherd damit rechnen würden, dass viele US-SoldatInnen desertieren und in Deutschland Schutz erhalten wollen. »Das würde ich sehr begrüßen«, gab ich zur Antwort. »Leider wird das aber wohl nicht eintreffen. Derzeit gibt es nicht wirklich viele US-SoldatInnen, die dem Militär den Rücken kehren wollen. Die meisten Verweigerer wollen irgendwann auch in ihr Herkunftsland zurückreisen, womit ein Asylantrag für sie nicht in Frage kommt. Und schließlich würde ein Asylantrag immer aufgrund der persönlichen Geschichte, Motivation und Verfolgung beurteilt werden, ist also kaum vergleichbar mit der Situation von André Shepherd.«

10) Interview mit Vadim Damier. 14. Februar 2009. www.Connection-eV.org/article-567

11) Agustín Aguayo: »Wir können unserem Gewissen nicht entkommen«. 21. Dezember 2007. www.Connection-eV.org/article-61

Es wäre ein bedeutsames friedenspolitisches Signal zu sagen: Wir geben ganz bewusst all denjenigen einen Schutz, die sich dem Einsatz im Krieg verweigern. Wir sind noch weit davon entfernt, dass dies Wirklichkeit wird. Aber jeder einzelne Fall, in dem es uns gelingt, einen Kriegsdienstverweigerer oder eine Deserteurin vor der Abschiebung zu schützen, ist ein Erfolg. Und in der Tat können wir dies oft erreichen, wenn wir politi-

schen Druck von unten aufbauen und die Betroffenen ausreichende Unterstützung erhalten.

Rudi Friedrich ist Mitarbeiter von Connection e.V. Der Verein setzt sich weltweit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Kriegsgebieten ein. Weitere Informationen im Internet über www.Connection-eV.org



Wolfgang Sternstein

Pazifisten = Illusionisten?

Grundsätzliche Gedanken über das »Frieden machen«

Vie Ansicht ist weit verbreitet, insbesondere unter Militärs und Politikern. Ich nenne sie Bellizisten im Unterschied zu den Militaristen. Militaristen sind im allgemeinen Sprachgebrauch Leute, die das Militär nicht nur für ein notwendiges Übel halten, sondern eine positive Beziehung zum Militärischen haben, ja geradezu verliebt sind in alles Militärische.

Bellizisten dagegen sehen im Militär ein notwendiges Übel. Für sie steht fest, dass ein Staat sich gegen militärische Angriffe von außen oder innen verteidigen muss, weil er andernfalls Opfer von bewaffneten Angriffen wird. Er wird von anderen Staaten erobert und ausgelöscht, das Staatsgebiet annektiert, die Bevölkerung unterjocht, kolonialisiert oder vernichtet. Oder er fällt einem Staatsstreich zu Opfer, mit dem eine bewaffnete Organisation die Staatsgewalt an sich reißt. Um das zu verhindern, brauchen wir eine mit modernen Waffen ausgestattete Armee, um uns gegen derartige Angriffe zu verteidigen.

So weit, so klar. Hört man sich um unter den Leuten um, so erfährt man, dass die meisten Menschen so denken. Diese Auffassung kommt auch in dem Sprichwort zum Ausdruck: »Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.« Oder in dem bekannten Römerspruch: »Si vis pacem, para bellum.« Zu deutsch: »Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.«

Wer einen Blick in die Geschichtsbücher wirft, erfährt vor allem eines: Die Geschichte ist in erster Linie eine Geschichte von Krieg und Gewalt, von Machtkämpfen, Eroberungen, Unterdrückung und Ausbeutung. So hat die Menschheit viele tausend Jahre gelebt, und es scheint, als könnte es auch in Zukunft so weitergehen. Das ist jedoch ein fataler Irrtum. Die fantastische Entwicklung der Produktiv- und der Destruktivkräfte aufgrund von Wissenschaft, Technik und Industrie, also das, was wir gewöhnlich den Fortschritt nennen, hat eine völlig neue Situation geschaffen.

Beide, die Produktivkräfte wie die Destruktivkräfte, sind im Begriff, unsere Umwelt, Mitwelt und Nachwelt zu zerstören. Mit Umwelt meine ich die Natur, mit Mitwelt die zwei Drittel der Menschheit, die am und zum Teil auch unter dem Existenzminimum leben. Mit Nachwelt meine ich die kommenden Generationen, denen wir eine vergiftete und ausgeplünderte Welt hinterlassen.

Denken wir zum Beispiel an die zivile Nutzung der Atomkraft. Welch riesige Gefahren damit verbunden sind, ist durch Unfälle (Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima), durch die radioaktive Verseuchung der Umwelt im Normalbetrieb, durch das gänzlich ungelöste und wohl auch unlösbare Problem der Entsorgung des Atom Mülls und schließlich die Weiterverbreitung der Atomwaffen mittlerweile hinreichend belegt. Doch ist das nur ein Faktor unter vielen. Daneben gibt es die Vergiftung der Umwelt durch Chemikalien, den Raubbau an den Bodenschätzen, die Gefahren der Genmanipulation, die Überfischung der Meere, die Abholzung der tropischen Regenwälder, den Klimawandel usw. usf. Dieser Fortschritt erweist sich mehr und mehr als ein Fortschritt in die Katastrophe.

Doch damit nicht genug. Der fantastischen Steigerung der Produktivkräfte auf Kosten von Mensch und Natur entspricht eine nicht minder fantastische Steigerung der Destruktivkräfte. Wenn wir die Geschichte der Waffentechnik von der Steinzeit bis zur Gegenwart überblicken, so stellen wir fest: Die Fähigkeit des Menschen, seine Artgenossen umzubringen, hat ein Schwindel erregendes Ausmaß erreicht. Vom Faustkeil und Steinbeil des Steinzeitmenschen bis zur 50-Megatonnen-Bombe führt ein langer Weg, an dessen Ende jedoch die Selbstvernichtung der Menschheit in einem atomaren Weltkrieg stehen wird. Gut möglich, dass der Mensch durch die Freisetzung des radioaktiven Inventars der Atomanlagen damit zugleich alles höhere Leben auf der Erde mit sich in den Abgrund der Vernichtung reißt.

Kein Geringerer als Albert Einstein hat das mit geradezu hellseherischer Klarheit erkannt: »Die entfesselte Gewalt des Atoms hat alles verändert außer unsere Denkgewohnheiten, und wir gleiten einer Katastrophe ohnegleichen entgegen. Eine neue Art zu denken ist notwendig, wenn die Menschheit überleben will. Die Abwendung dieser Gefahr ist das dringendste Bedürfnis unserer Zeit geworden. Atomenergie kann immer nur der Zerstörung dienen.«

Alle Versuche, eine undurchlässige Trennwand zwischen der militärischen und der zivilen Nutzung der Atomkraft einzuziehen, müssen als gescheitert betrachtet werden. Das hat die aktuelle Auseinandersetzung um die »iranische Bombe« hinlänglich deutlich gemacht. Doch ist damit nur einer von Dutzenden schwerwiegender Mängel und Gefahren der zivilen Atomkraftnutzung benannt. Die Lösung des Problems kann daher nur die Parole sein: »Atomanlagen und Atomwaffen – gemeinsam abschaffen!« (Roland Vogt)

Natürlich erscheint uns das unvorstellbar, und weil es unser Vorstellungsvermögen übersteigt, meinen wir, es könnte sich nicht ereignen. Der Wiener Philosoph und Schriftsteller Günther Anders hat das einmal in die einprägsame Formel gefasst: »Wir können uns aufgrund unserer genetischen Ausstattung nicht vorstellen, was wir anzustellen imstande sind.« Wir leben allesamt in den Tag hinein, als würde das Leben auf der Erde in Zukunft endlos so weitergehen wie in der Vergangenheit. Aber Einstein hat Recht: »Wir gleiten einer Katastrophe ohnegleichen entgegen. Eine neue Art zu denken ist notwendig, wenn die Menschheit überleben will. Die Abwendung dieser Gefahr ist das dringendste Bedürfnis unserer Zeit geworden. Atomenergie kann immer nur der Zerstörung dienen.«

Diese Feststellung fordert natürlich die Kritik der Bellizisten heraus. Sie sagen: Der Kalte Krieg ist der beste Beweis dafür, dass die Politik der atomaren Abschreckung den Frieden erhält. Aufgrund der Zweitschlagskapazität weiß heute jeder Angreifer, dass er als Zweiter stirbt. Das hält ihn von einem Angriff ab. Die Abschreckung wirkt folglich nicht nur dem Gegner gegenüber, sondern auch sich selbst gegenüber. Das System der wechselseitigen Abschreckung und Selbstabschreckung verhindert, dass der Kalte Krieg in einen heißen Krieg übergeht. Es garantiert sozusagen einen »Kalten Frieden«. Letzten Endes führte das atomare Wettrüsten sogar zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums und zum Ende des Kalten Krieges. Voller Stolz bekennen manche Bellizisten: Wir haben es geschafft, die Sowjets tot zu rüsten. Ein starkes Argument – so scheint es: Die Bombe als Friedensstifterin. Wenn das so ist, gebt jedem Staat und jeder Terroristenorganisation die Bombe in die Hand, dann ist der »ewige Frieden«, von dem Kant träumte, erreicht! Perver-

ser geht's nicht. Denn die Idee der Selbstabschreckung durch die unvorstellbare Vernichtungskraft der Bombe erweist sich bei näherer Betrachtung als Wunschdenken. Sie übersieht die Gefahr eines Kriegsausbruchs aufgrund menschlichen und technischen Versagens. Sie übersieht die drohende Weiterverbreitung von Atomwaffen über die ganze Welt und die Gefahr, dass sie früher oder später in die Hände von Diktatoren und Terroristen fallen, die keine Hemmungen haben, sie auch einzusetzen. Ein Glück, dass Adolf Hitler die Bombe nicht hatte. Er hätte sie ohne Zögern eingesetzt, um in einer Wagnerschen Götterdämmerung mit ihr zusammen unterzugehen. Doch genügt am Ende wohl auch ein Kim Jong Un, ein Putin oder ein Obama, wenn sie in eine Zwangslage geraten, in der ihnen keine andere Wahl bleibt, als den Einsatz dieser Waffen anzuordnen.

Musste der Kalte Krieg unblutig zu Ende gehen? Wir neigen alle zu dieser Annahme, weil wir meinen, dass das, was geschichtliche Wirklichkeit wurde, auch so kommen musste. Doch das ist mitnichten der Fall. Wir hatten einfach Glück! Für diese Auffassung habe ich einen Zeugen, dem wohl niemand die Kompetenz für eine derartige Feststellung bestreiten wird. Ich meine den Oberkommandierenden der amerikanischen Atomstreitkräfte in den Jahren 1991-1994, General George Lee Butler. Er hielt 1999 eine Rede bei einer Veranstaltung des »Kanadischen Netzwerks für die Abschaffung von Atomwaffen«, deren Kernsatz lautet: »Wir sind im Kalten Krieg dem nuklearen Holocaust nur durch eine Mischung aus Sachverstand, Glück und göttlicher Fügung entgangen, und ich fürchte, das Letztgenannte hatte den größten Anteil daran.«

Wenn Einstein und Butler Recht haben, dann gleiten wir einer »Katastrophe ohnegleichen entgegen. Eine neue Art zu denken ist notwendig, wenn die Menschheit überleben will«. Das heißt mit einem Wort, eine radikale Umkehr ist nötig, und zwar eine Umkehr Einzelner, von Gemeinschaften, ganzen Völkern und der Menschheit insgesamt. Wie wahrscheinlich eine solche Umkehr zum Leben, eine solche »neue Art zu denken« ist, kann sich jede und jeder an den fünf Fingern abzählen. Sie ist gleich null.

Ich kehre damit die Gleichung im Titel meines Vortrags um. Statt »Sind Pazifisten Illusionisten« muss sie lauten: Bellizisten sind Illusionisten! Wer heute noch glaubt, durch Rüstung und Abschreckung Kriege verhindern zu können, wer heute noch glaubt, den Untergang der Menschheit und allen höheren Lebens auf der Erde durch atomare Abschreckung verhindern zu können, ist ein Illusionist, für den es eines nicht allzu fernen Tages ein schreckliches Erwachen geben wird.

Ich behaupte: Pazifisten sind Realisten! Dem nüchternen Blick des Wissenschaftlers erscheint die Situation aufs Ganze gesehen hoffnungslos. Es

gibt keine Rettung für die Welt, denn die Kräfte, die diese Entwicklung vorantreiben, sind übermächtig. Kein Gautama Buddha, kein Sokrates, kein Jesus und kein Gandhi haben sie aufhalten können und selbst Tausende von Gandhis würden das nicht schaffen.

Müssen wir daraus den Schluss ziehen: Carpe diem. Genieße den Tag, denn morgen sind wir tot? Ich denke nicht so. Was gefordert ist, ist ja nicht nur die Umkehr der Menschheit als Ganzer, sondern die Umkehr jeder und jedes Einzelnen, wie auch die Umkehr jeder kleinen oder auch großen Gemeinschaft. Und die lohnt sich allemal.

Wir sollten erkennen, dass Gewalt als Mittel der Konfliktlösung untauglich ist. Sie hat auf der ganzen Linie versagt. Statt Gewalt abzubauen und Frieden zu ermöglichen, hat sie lediglich zu noch mehr Gewalt und Unrecht geführt. Gewalt als Mittel der Konfliktlösung ist ganz und gar untauglich, sofern es darum geht, einen Konflikt dauerhaft und im Interesse aller Beteiligten zu lösen. Gewalt ist im Endergebnis zerstörerisch und selbstzerstörerisch. Sie vergiftet unsere sozialen und politischen Beziehungen. Sie führt letztlich zu noch mehr Krieg und noch mehr Gewalt.

Auch wenn alle Welt den Römerspruch: Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor, für richtig hält, so ist er doch grundfalsch. Wir bekommen stets das, was wir vorbereiten. Wer den Krieg vorbereitet, bekommt den Krieg und wer den Frieden vorbereitet, bekommt den Frieden. Wer ein paar Eier in die Pfanne schlägt, bekommt Spiegeleier und kein Schnitzel, und wer ein Stück Fleisch in die Pfanne legt, bekommt ein Schnitzel und keine Spiegeleier. So einfach ist das. Der Römerspruch müsste daher lauten: Si vis pacem, para pacem. Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor!

Aber wie macht man das? Wie bereitet man den Frieden vor? Der erste Schritt in dieser Richtung besteht darin, ehrlich zu werden im Hinblick auf unsere Ziele. Anders ausgedrückt, wir sollten aufhören, uns selbst zu belügen und zu betrügen. Es gibt nämlich einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Mittel und Zweck, Weg und Ziel. Sie sind so eng verbunden, wie Same und Pflanze. Selbst im Zeitalter der Gentechnik wird es nie gelingen, aus einem Apfelkern einen Kastanienbaum oder aus einer Kastanie einen Apfelbaum zu züchten. Wer Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Geschwisterlichkeit erreichen, wer Demokratie und Menschenrechte verteidigen will, der kann das nur durch gewaltfreie Mittel. Wählt er gewaltsame, wird er scheitern. Wer dagegen Macht, Geld, Besitz, Ansehen und Privilegien erwerben will, kann das nur durch direkte oder indirekte Gewalt. Wählt er oder wählt sie gewaltfreie, wird er oder sie hoffnungslos scheitern.

Wer diesen schlichten Zusammenhang, der unter dem Namen Zweck-Mittel-Beziehung oder

Zweck-Mittel-Relation bekannt ist, erkannt hat, dem fällt es wie Schuppen von den Augen. Er entdeckt, wie verlogen und vergiftet unser öffentliches Leben ist. Da schwafeln die Politiker von der Erhaltung der Demokratie und dem Schutz der Menschenrechte. In Wahrheit aber geht es ihnen und uns allen um die Erhaltung unserer Machtstellung in der Welt, und sei es auch auf Kosten der Umwelt, der Mitwelt und der Nachwelt. In Wahrheit geht uns um die Sicherung von Rohstoffquellen sowie den Zugang zu Märkten und Transportwegen. Mit anderen Worten: Wir Deutschen als eine der größten Exportnationen sind die Profiteure des Weltwirtschaftssystems und wollen das auch bleiben, egal um welchen Preis, basta!

Können wir uns aus diesem weltweiten Netz, das uns wie das Internet umspannt, überhaupt befreien? Sind wir nicht hoffnungslos darin gefangen? Ein berühmtes Wort von Theodor Adorno lautet: »Es gibt kein richtiges Leben im falschen.« Daran ist etwas Wahres. Und doch bin ich nicht ganz so pessimistisch wie Adorno. Es gibt die Möglichkeit der Umkehr für Einzelne und für Gemeinschaften. Sie besteht darin, dass wir versuchen, einfach zu leben, damit andere leben können. Sie besteht darin, sich um gewaltfreie Konfliktlösung in unseren Alltagskonflikten zu bemühen. So trivial es auch klingt: Jede und jeder von uns hat Konflikte, und diejenigen, die es gelernt haben, diese Konflikte gewaltfrei zu lösen, haben den »Stein der Weisen« gefunden. Sie werden zu Pazifisten, das heißt zu Friedensstiftern, zu Friedensmachern. Wir tragen für das Weltganze, für die große Welt nur eine ganz kleine Verantwortung, aber wir tragen eine große Verantwortung für die kleine Welt unserer sozialen Beziehungen. Es geht folglich darum, Gemeinschaften zu bilden, in denen Gewalt durch Gewaltfreiheit, Hass durch Liebe und Konkurrenz durch Kooperation ersetzt wird, mit einem Wort, in denen Böses mit Gutem vergolten wird. Das sollte nicht nur innerhalb dieser Gemeinschaften gelten, sondern auch im Verhältnis zu ihrer sozialen und natürlichen Umwelt.

Bei Gandhi habe ich einen Text gefunden, der den zugrundeliegenden Psychomechanismus mit geradezu klassischen Worten beschreibt: »Immer und immer wieder habe ich die Erfahrung gemacht, dass das Gute Gutes hervorruft, das Böse aber Böses erzeugt. Wenn daher dem Ruf des Bösen kein Echo wird, so büßt es aus Mangel an Nahrung seine Kraft ein und geht zugrunde. Das Übel nährt sich nur von seinesgleichen. Weise Menschen, denen diese Tatsache klar geworden ist, vergalten daher nicht Böses mit Bösem, sondern immer nur mit Gutem und brachten dadurch das Böse zu Fall. Gleichwohl lebt das Böse weiter. Denn nicht viele befolgen diese Lehre, obwohl das Gesetz, das ihr zugrunde liegt, mit wissenschaftlicher Genauigkeit arbeitet.«

Wie soll das gehen, angesichts unserer Unfä-

higkeit zum Guten in dem Sinn, wie Gandhi es hier beschreibt? Machen Sie doch einmal den Selbstversuch mit dem von Gandhi hier beschriebenen »Gesetz«. Versuchen Sie, Böses mit Gutem zu vergelten, um es auf diese Weise zu überwinden, gleichsam wieder aus der Welt zu schaffen. Vielleicht gelingt es ihnen einmal – gut! Vielleicht gelingt es Ihnen sogar zweimal in Folge – besser! Dreimal in Folge ist bereits nahezu ausgeschlossen. Das schafft kaum ein Mensch. Und doch kommt es gerade darauf an, die Fähigkeit zu erwerben, das Böse möglichst immer mit Gutem zu vergelten und dadurch zu überwinden.

Doch wie können wir diese Fähigkeit erwerben? Ich habe darauf nur eine Antwort: Durch eine lebenslange Beschäftigung mit den Schriften von Gandhi, King, den Brüdern Berrigan, Albert Schweitzer und vielen anderen und dem Bemühen, sie in die Praxis unseres Alltags zu übersetzen. Wem es gelingt, auch nur wenige Schritte auf diesem Weg zu gehen, der wird sich selbst und sein soziales Umfeld verändern. Er oder sie wird die Früchte solcher Bemühung ernten. Er oder sie wird die große Welt nicht retten, die ist verloren. Er oder sie wird jedoch die kleine Welt der persönlichen Beziehungen retten, für die sie oder er in erster Linie verantwortlich ist. Das ist allemal der Mühe wert.

Zum Schluss möchte ich noch ein Wort der Kritik und Selbstkritik anfügen. Es gibt bei den Bellizisten das Vorurteil, die Pazifisten seien Drückeberger. Sie weigerten sich zu kämpfen und ließen lieber andere für sich kämpfen. Da ist leider etwas dran, auch wenn es hie und da Ausnahmen gibt. Pazifisten sind dem Wortsinn nach Friedensstifter, Friedensmacher. Frieden stiften heißt aber: Kämpfen! Kämpfen gegen die Atomkraft, kämpfen gegen Krieg, Unrecht und Gewalt, kämpfen gegen Stuttgart 21 usw. Pazifismus bedeutet Widerstand gegen die Welt, die wir nicht wollen und Aufbau der Welt, die wir wollen. Diesen Kampfgeist für eine bessere Welt vermisste ich nicht bei allen, aber doch bei vielen Pazifisten. Der Jesuit und Pflugcharaktivist Daniel Berrigan hat diese Kritik in dem folgenden Text auf den Punkt gebracht. An diesem Maßstab sollten wir uns alle messen. Er gilt selbstverständlich auch für mich.

»Wir haben den Namen Friedensstifter angenommen, doch wir waren – aufs Ganze gesehen – nicht bereit, einen nennenswerten Preis dafür zu bezahlen. Und weil wir den Frieden mit halbem Herzen und halbem Leben wollen, geht der Krieg natürlich weiter, denn das Kriegführen ist seiner Natur nach total, doch das Friedenstiften ist aufgrund unserer Feigheit partiell. So gewinnt ein ganzer Wille, ein ganzes Herz und ein ganzes nationales Leben, auf Krieg aus, Oberhand über das kraftlose, zögernde Wollen des Friedens. In jedem nationalen Krieg seit Gründung der Republik

hielten wir es für selbstverständlich, dass der Krieg die härtesten Kosten auferlegt und dass diese Kosten mit freudigem Herzen bezahlt werden sollten. Wir halten es für selbstverständlich, dass in Kriegzeiten Familien für lange Zeit getrennt, Männer eingesperrt, verwundet, in den Wahnsinn getrieben, an fremden Stränden getötet werden. Vor solchen Kriegen erklären wir ein Moratorium für jede normale menschliche Hoffnung – für Ehe, Gemeinschaft, Freundschaft, für moralisches Verhalten gegenüber Fremden und Unschuldigen. Wir werden belehrt, dass Entbehrung und Disziplin, privates Leid und öffentlicher Gehorsam unser Los sind. Und wir gehorchen. Und wir erleiden es – denn leiden müssen wir –, denn Krieg ist Krieg, und guter Krieg oder schlechter, wir haben ihn und seine Kosten auf dem Hals.

Doch was ist der Preis des Friedens? Ich denke an die guten, ehrbaren, friedliebenden Leute, die ich zu Tausenden kenne, und ich frage mich: Wie viele von ihnen leiden an der zehrenden Krankheit der Normalität, sodass, selbst wenn sie sich zum Frieden bekennen, ihre Hände in instinktivem Krampf in Richtung ihrer Angehörigen, in Richtung ihres Komforts, ihres Heims, ihrer Sicherheit, ihres Einkommens, ihrer Zukunft, ihrer Pläne greifen – des Fünfjahresplans für das Studium, des Zehnjahresplans für die berufliche Stellung, des Zwanzigjahresplans für das familiäre Wachstum und die familiäre Eintracht, des Fünfzigjahresplans für ein anständiges Berufsleben und eine ehrenvolle Entlassung in den Ruhestand. *Natürlich wollen wir den Frieden*, so rufen wir, *doch zugleich wollen wir die Normalität, zugleich wollen wir nichts verlieren, wollen wir unser Leben unversehrt erhalten, wollen wir weder Gefängnis, noch schlechten Ruf, noch die Zerreißung persönlicher Bindungen*. Und weil wir dieses erlangen und jenes bewahren müssen, und weil der Fahrplan unserer Hoffnungen um jeden Preis – um jeden Preis – auf die Minute eingehalten werden muss, und weil es unerhört ist, dass im Namen des Friedens ein Schwert niederfahren soll, das jenes feine und kluge Gewebe das unser Leben gesponnen hat, zertrennt, weil es unerhört ist, dass gute Menschen Unrecht leiden sollen, Familien getrennt werden oder der gute Ruf dahin ist – deswegen rufen wir Friede und rufen Friede, und da ist kein Friede. Da ist kein Friede, weil da keine Friedensstifter sind. Es gibt keine Friedensstifter, weil das Friedenstiften mindestens so kostspielig ist wie das Kriegführen – mindestens so anspruchsvoll, mindestens so zerreißend, mindestens so geeignet, Schande, Kerker und Tod nach sich zu ziehen.«

Dr. Wolfgang Sternstein ist Friedensforscher und -aktivist und Mitglied des Versöhnungsbundes. Er hat diesen Vortrag am 19. Juni bei der Friedensinitiative Stuttgart-Feuerbach gehalten.

Helmut Kramer

Landesverrat, Justiz und Medienmacht

Notwendige Anmerkungen zur Affäre um den Whistle-Blower Edward Snowden

In der Affäre des Whistle-Blowers Edward Snowden sieht Stefan Kornelius den »eigentlichen Kern der Sache« darin, dass ein amerikanischer Staatsbürger schlicht und einfach »Geheimnisverrat« begangen hat. Mit dieser blinden Gesetzesgläubigkeit befindet sich der Leiter des Ressorts Außenpolitik der »Süddeutschen Zeitung« in (un-)guter Gesellschaft, nicht nur mit vielen anderen staatstragenden Journalisten, sondern auch mit der Landesverrats-Rechtsprechung der deutschen Justizgeschichte.

»Landesverrat hat immer und zu allen Zeiten als das schimpflichste Verbrechen gegolten.« Mit dieser Betonung der besonderen Verwerflichkeit des Landesverrats lobte 1951 die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lüneburg in einem Verfahren gegen den NS-Generalrichter Manfred Roder die in den Jahren 1942/43 vom Reichskriegsgericht in einem absolut »rechtsstaatlichen Verfahren« gefällten Todesurteile gegen 49 Mitglieder der »Roten Kapelle« als »unausweichlich«. In einer Zeit, in der sich »Deutschland in einem Kampf um Leben und Tod befand«, hätten die Verurteilten verbrecherisch das »Wohl des deutschen Reiches« gefährdet.

Die Perhorreszierung (*»Zurückweisung mit Abscheu«* – *Anm. d. Red.*) des »Landesverrats« hat eine lange obrigkeitstaatliche Tradition. Bei der Reformierung des Strafrechts im Jahre 1833 wollte der preußische Gesetzgeber sich mit der Enthauptung des Verräters nicht begnügen, sondern »für dieses scheußlichste und schrecklichste aller Verbrechen« an der »geschärften Todesstrafe«, das heißt an der »des Rades«, mit der qualvollen Zerkümmung der Gliedmaßen, festhalten. Ob im wilhelminischen Kaiserreich mit den Landes- und Hochverratsprozessen gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg oder in der Weimarer Republik gegen tausende pazifistische Journalisten und Schriftsteller, darunter Carl von Ossietzky im »Weltbühnen-Prozess«, immer ging es darum, Bürger an der Aufklärung über ebenso heimliche wie friedensgefährdende Rüstungsmaßnahmen und Kriegsvorbereitungen zu hindern, mit denen die Regierung und illegale Geheimorganisationen das eigene Volk hintergangen und die Verfassung und das Völkerrecht gebrochen hatten. Und immer hatte die Justiz die Macht der Massenmedien hinter sich, die den zum »Verräter« stempelten, der den Verrat der Regierung am Volk und seinen Interessen ans Tageslicht brachte.

Verlass auf die höchsten deutschen Gerichte bei der Abwehr der Aufdeckung verfassungswidriger Praktiken war auch bei dem bis heute geltenden Urteil des Bundesgerichtshofs gegen Werner Paetsch, dem als Angestellten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Bedenken gegen die unter Mitarbeit ehemaliger Gestapo- und SS-Leute organisierte Post- und Telefonüberwachung gekommen waren. Weil über einen von ihm zu Rate gezogenen Rechtsanwalt die illegale Überwachungspraxis an die Öffentlichkeit gekommen war, wurde Paetsch im Jahre 1966 wegen Geheimnisverrats zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Berufung des Verurteilten auf die Pflicht auch eines Beamten, schwerwiegende Missstände, gar Grundrechtsverletzungen in der Praxis seiner Behörde ans Tageslicht zu bringen, wischten die Richter mit den Hinweis zurück, erst einmal müsse der Beamte seine Kritik auf »dem Dienstweg« vorbringen – also sich gegen die Wand fahren lassen.

Wie negativ das Wort »Landesverrat« in den Köpfen besetzt ist, zeigte sich auch, als Bundeskanzler Adenauer 1962 in einem »Spiegel«-Artikel einen »Abgrund von Landesverrat« witterte und die konservative »Cellesche Zeitung« die Wiedereinführung der Todesstrafe für Landesverrat forderte.

Noch in den Jahren 2006 bis 2009 wollte die CDU/CSU in Übereinstimmung mit dem Koalitionspartner SPD an der Gültigkeit der NS-Todesurteile gegen die so genannten Kriegsverräter festhalten. Ihr rechtspolitischer Sprecher Norbert Geis warf den Opfern »eine nach allen Maßstäben der zivilisierten Welt in höchstem Maße verwerfliche« Handlungsweise vor. Zu einer Rehabilitation dieser Opfer der mörderischen Wehrmachtsjustiz am 8. September 2009 durch den Bundestag führte erst der Nachweis einer Geschichtsfälschung des von der CDU ins Rennen vor dem Bundestag geschickten Sachverständigen Rolf-Dieter Müller vom Militärhistorischen Forschungsinstitut.

Die Einbindung von »Qualitätsjournalisten« in die politischen Elitenzirkel

Um auf den von Stefan Kornelius entdeckten vermeintlichen »eigentlichen Kern der Sache« zu stoßen und die Meinungen des Alpha-Journalisten zu hinterfragen, muss – wer sich nicht gläubig auf so

genannte Qualitätsmedien verlassen will – wohl auch etwas von der hintergründigen Einbindung journalistischer Meinungsführer in die politischen Elitenzirkel wissen. Wo der springende Punkt mancher journalistischer Parteinahme liegt, dafür liefert Kornelius in eigener Person ein anschauliches Beispiel. Was bislang nur oberflächlich unter dem diffusen Schlagwort vom »embedded« Journalismus bekannt, im übrigen aber ein von den Medien und der Medienwissenschaft ausgespartes Terrain war, ist jetzt in einer materialreichen Analyse ans Tageslicht gebracht worden. In seinem Buch »Meinungsmacht« (Herbert von Halem Verlag, 2013) hat der Leipziger Hochschullehrer Uwe Krüger neben weiteren »meistvernetzten deutschen Journalisten« die persönlichen und institutionellen Verbindungen der führenden Journalisten in den außenpolitischen Ressorts von »Süddeutscher Zeitung«, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, »Zeit« und andern überregionalen Printmedien unter die Lupe genommen und in akribischer Recherche die von Meinungsmachern wie Josef Joffe (»Die Zeit«), Klaus-Dieter Frankenberger (FAZ), Michael Stürmer (»Die Welt«) und Markus Schächter (ZDF) aufgebauten Netzwerke mit der dadurch entstandenen Nähe zur Macht, vor allem zur Sicherheits- und Militärpolitik beschrieben.

Bei Stefan Kornelius sind es 57 Personen und Organisationen, mit denen ein »erhöhtes Kontaktpotential« besteht. Die von Uwe Krüger grafisch dargestellten Beziehungsgeflechte gleichen einem vielfältig verzweigten Spinnennetz. Bei diesen Journalismuseliten führen die allermeisten Wege direkt oder indirekt nach Washington und zur Nato und damit in eine Nähe zu den Schaltstellen der Sicherheits-, Rüstungs- und Militärpolitik.

Das Äußerste an Kritik solcher Journalisten an den Ausspähaktionen beschränkt sich auf die Verletzung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung und die Missachtung der Privatsphäre des Bürgers. Die Meinungsfreiheit, das Demonstrationsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung haben jedoch eine eminent politische Funktion. Wenn die unbeschränkt und grenzenlos durchgeführte Überwachung die Bürger an der unbefangenen Ausübung der Grundrechte hindert, verändert sich die Balance zwischen Regierungsmacht und Bürgerbeteiligung. Das Machtgefälle zwischen Exekutive, Parlament und Volk verschiebt sich zugunsten der Regierungsmacht. Mit der illegalen Überwachung durch die unheimliche »unsichtbare« Hand der Geheimdienste verschafft sich der Staat einen entscheidenden Machtzuwachs.

Gegen diesen Machtmissbrauch hilft nur die Herstellung von Transparenz und Öffentlichkeit. Whistle-Blower, die als Demokraten angesichts

staatlichen Unrechts Alarm schlagen, erfüllen eine für die freiheitlich-demokratische Grundordnung unverzichtbare Bürgerpflicht.

Stefan Kornelius hat dem Whistle-Blower Edward Snowden den wohlmeinenden Rat gegeben, er solle sich doch freiwillig »einem rechtsstaatlichen Verfahren in den USA« stellen – und sich damit in die Fänge einer in Staatsschutzsachen durch und durch politischen Justiz begeben. Welches »rechtsstaatliche« Verfahren einem in der Nachfolge eines Carl von Ossietzky handelnden Whistle-Blowers drohen würde, lässt sich auch an der Konstruktion eines bislang fast unbekanntem Geheimgerichts der USA ablesen. Die Richter des so genannten Fisa-Court (Foreign Intelligence Surveillance Court), der die Geheimdienste der USA überwachen soll, werden von dem Vorsitzenden Richter des Supreme-Court ernannt. Aktuell werden zehn der elf Richter dem republikanischen Lager zugerechnet. Die Verfahren sind geheim. Bis vor kurzem wusste die Öffentlichkeit weder von der Existenz dieses Gerichts noch von Art und Anzahl solcher Verfahren. Mit einem ähnlich totalen Ausschluss der Öffentlichkeit werden auch die Strafverfahren manipuliert, in denen wegen Staatsschutzdelikten verhandelt wird.

Über all diese Vorgänge, im Verlauf einer Entwicklung vom autoritären, eines Tages vielleicht sogar bis zum totalitären Staat, schweigen manche Journalisten. Damit machen sie sich nicht nur zum Handlanger der Macht, sondern sind mit ihrer Einbindung in die Politik selbst Teil der Macht.

Dieselben bellizistischen Journalisten, die die unbarmherzige Verurteilung des Obergefreiten und Whistle-Blowers Bradley Manning zu 35 Jahren Gefängnis ungerührt lässt und die das Leid der militärischen Interventionen im Irak und in Afghanistan zum Opfer gefallenen hunderttausenden Zivilisten kaum erwähnenswert finden, können sich zum Fürsprecher eines Kriegsverbrechens machen. Der gleichfalls im Bereich Außenpolitik der »Süddeutschen Zeitung« arbeitende Peter Blechschmidt forderte sogar »Barmherzigkeit für Oberst Klein« (SZ, 29.8.2012). Die zahlreichen Verstöße dieses Haudegens gegen das Kriegsvölkerrecht und die militärischen Einsatzregeln dürften der Beförderung des Obersten zum Generalmajor nicht im Wege stehen.

Dr. Helmut Kramer ist Jurist und Rechtshistoriker und war Gründungsmitglied des »Forum Justizgeschichte e.V.«, dessen Vorsitzender er bis 2006 war. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen und z.B. – gemeinsam mit Wolfram Wetze – Herausgeber des Buches »Recht ist, was den Waffen nützt: Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert« (Berlin 2004).



Ulrich Finckh

Mafia und Militär

Die frappierende Ähnlichkeit von Militär und kriminellen Banden

Die Bezeichnung Mafia ist zunehmend zum Sammelbegriff für organisierte Kriminalität geworden. Gemeint sind dann bandenmäßig organisierte Clans, die für Mord und Totschlag, Menschenhandel und erzwungene Prostitution, Drogenhandel und Schutzgelderpressung verantwortlich gemacht werden. Für ihre Tätigkeit sind sie straff hierarchisch organisiert, bestehen auf Initiationsritualen, verlangen strikte Verschwiegenheit und drohen Verrätern mit harten Sanktionen bis hin zu Mord. Meistens haben sie bestimmte Operationsgebiete, in denen sie ihre Macht ausüben. Für ihre Mitglieder und deren Angehörige sind sie gleichzeitig hilfsbereit, falls diese verurteilt werden oder umkommen. Es gibt u.U. Absprachen untereinander, manchmal aber auch bis zu Kriegen ausufernde Streitigkeiten zwischen ihnen.

Wer Militär kritisch sieht, wird unwillkürlich auf die großen Ähnlichkeiten stoßen, auch wenn das Ansehen in der Gesellschaft grundsätzlich anders ist. Militär übt ständig Mord und Totschlag und die Gefangennahme von Menschen. Der Drogenhandel und -konsum betrifft vor allem Alkohol und Aufputzmittel. Das Militär ist streng hierarchisch organisiert und besteht für weite Teile seiner Tätigkeit auf Geheimhaltung. Deren Verletzung wird hart geahndet. Die Macht über bestimmte Gebiete ist Ziel von »Einsätzen«. Soziale Hilfen für tote oder verwundete Kameraden und ihre Angehörigen ist selbstverständlich. An die Stelle der Schutzgelderpressung tritt der Vorrang für den Verteidigungshaushalt, der mit dem Schutz des Landes begründet wird. Und wo Militär tätig wird, sind Vergewaltigung und Prostitution bis hin zu eigenen Bordellen nicht fern. Aufnahme rituale heißen Vereidigung und werden nicht mit Blutstropfen sondern mit magischer Berührung der Fahne geheiligt. Ein wichtiger Unterschied zu Mafiabanden besteht allerdings in der anderen Größenordnung der zur Verfügung stehenden Mordwaffen.

Wichtiger als die frappierende Ähnlichkeit ist natürlich die Frage, was Militär nützt oder schadet. Dass die hohen Kosten der Wirtschaft schaden, konnte man nach dem Zweiten Weltkrieg sehen, als Japan und die Bundesrepublik kein Militär hatten. Trotz der großen Kriegsschäden und der fehlenden Arbeitskräfte erzielten beide Länder große wirtschaftliche Überschüsse, die sich aber verflüchtigten, als wieder Militär aufgestellt wurde. Ebenso kann man an Costa Rica sehen, was die Abschaffung des Militärs für einen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht hat. Das Land gilt

nicht zufällig als das demokratischste und lebenswerteste Lateinamerikas. So viel zum wirtschaftlichen Aspekt des Schadens von Militär. Bleibt die Frage nach dem Nutzen.

Es gibt weltweit mehr Staaten, die vom eigenen Militär erobert und unterdrückt sind als von fremdem Militär. Zeitweise waren sogar in Europa – in Spanien, Portugal und in Griechenland – Staaten in der Hand des eigenen Militärs, das jede Opposition brutal unterdrückte. Und die Staaten, die in Folge des Zweiten Weltkrieges noch von fremdem Militär beherrscht wurden, sind nicht durch Militär, sondern durch friedliche Diplomatie und Revolutionen befreit worden. In Lateinamerika waren zeitweise fast alle Staaten mit Hilfe des Militärs in brutale Diktaturen verwandelt, ähnlich – wenn auch als Folge der Befreiung von Kolonialmächten – viele in Afrika und Asien.

Natürlich sind Diktaturen schlimm, und es juckt jeden anständigen Menschen, dazwischenzugehen und mit militärischer Gewalt für ein Ende zu sorgen. Aber was bedeutet das dann? Ist Krieg wie in Afghanistan oder Irak besser als das Warten auf eine Lösung durch friedlichen Protest wie in Chile, Polen oder der DDR? Die Opfer einer Diktatur sind Menschen, die bewusst opponieren und dafür Risiken eingehen. Die Opfer eines Krieges sind viele, viel mehr, und zwar einschließlich von Frauen und Kindern, kranken und alten Menschen, willkürliche Opfer, von den Kriegsverbrechen wie Vergewaltigungen, Folter und Misshandlungen aller Art, den Hungersnöten, Vertreibungen und Zerstörungen ganz zu schweigen. Betrachtet man sich die so genannte Sicherheit durch Militär genauer, sind die Gefahren und Risiken jedenfalls so groß, dass der Vergleich mit den Banden der Mafia und ihrem wirtschaftlichen Schaden eine ganz erstaunliche Aktualität erhält.

Dass die militärischen »Lösungen« noch lange kein Frieden sind, hat sich in Afghanistan und Irak nur zu deutlich gezeigt. Sinnvoll kann deshalb nur der Ausbau friedlicher Vermittlung, Stärkung des internationalen Rechts, also der UNO und ihrer Unterorganisationen, und der Abbau von Militär und Rüstungsindustrie sein. Dass dabei Arbeitsplätze verloren gehen, wird durch die frei werdenden finanziellen Ressourcen mehr als ausgeglichen, die genügend neue Arbeitsmöglichkeiten bringen.

Ulrich Finckh ist Ruhestandspastor, Mitglied des Versöhnungsbundes und war viele Jahre Vorsitzender der Zentralstelle KD.V.

Welch ein guter Einfall der Redaktion, sich der Bundestagswahl unter dem Gesichtspunkt »Politik. Parteien. Pazifismus?« zu nähern. Wohl ausgewogen kommen zwei Frauen und zwei Männer zu Wort. Die beiden Frauen kandidieren für den Bundestag und machen somit aus dem Fragezeichen in der alle vier Beiträge verbindenden Unterzeile ein deutliches Ausrufezeichen: WählerIn, nimm dein Wahlrecht und wähle mich – als SPD-Kandidatin mit meiner persönlichen Glaubwürdigkeit (Ute Finckh) und mich als Kandidatin der Linken mit meinem stimmigen Antikriegsprogramm (Kathrin Vogler). Die beiden Männer sind entschieden, ihr Wahlrecht nicht (mehr) wahrzunehmen und betonen das Fragezeichen. Sie meinen, dass die schwerwiegenden politischen Entscheidungen nicht in den Parlamenten, sondern in den Zentralen der Banken, Großkonzerne und Industrieverbände oder zumindest unter Rücksicht auf deren Interessen gefällt würden (Michael Schmid) und dass Wahlen die Verantwortung des Volkes auf einige Vertreter verlagerten, die gar nicht in der Lage seien, die in sie gesteckten Erwartungen erfüllen zu können – in Wirklichkeit sei der Kaiser nackt (Ullrich Hahn).

Kann es einen tragfähigen Begriff von Pazifismus geben, der eine gemeinsame Verbindungslinie zwischen diesen vier sehr differenzierten Positionen herstellt? Ich habe da meine Mühe. Nach meiner Lesart der Beiträge ist es weniger das PazifistIn-sein, als das Bedürfnis sich selbst zu engagieren und verändernd zu handeln, das die Vier verbindet: Warum ich als engagierte BürgerIn das und jenes mache – und damit zu Veränderungen beitragen will: Die Wahrnehmung der SPD verändern (Finckh, S. 6); eine Politik gegen den Krieg möglich machen (Vogler, S. 9); »Jesusanische Politik« beginnen, also durch beispielhaftes Handeln zu politischen Veränderungen beitragen (Schmid, S. 13); nicht darauf warten, dass die Probleme der Menschheit (Frieden, Gerechtigkeit, Umwelt) von oben, durch den Staat gelöst werden, sondern als Einzelner Eigenverantwortung übernehmen (Hahn, S. 14).

Man könnte annehmen, dass eine wichtige Schnittmenge unter den vier PazifistInnen in einem ernsthaften und engagiert selbst praktizierten »Sowohl-als-auch« besteht: Sowohl – in unterschiedlicher Intensität – sehen bzw. anerkennen, dass die Staatsgewalt vom Volke ausgeht bzw. ausgehen soll, als auch die Möglichkeiten, die zivilgesellschaftlichen Kräfte von unten zu fördern und zu entwickeln. Vielleicht könnten die Vier sich auf

dieser Grundlage auch auf eine gemeinsame Zielorientierung verständigen: eine Bewusstseinsveränderung der Bevölkerungsmehrheit erreichen, um Frieden ohne Waffen schaffen zu können.

Angenommen, meine Lesart träfe zu, dann zeigen die vier Beiträge in beeindruckend klarer Weise, wie viele Wege es zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles geben kann. Und damit wird das eigentliche Problem deutlich: Wie verständigen sich vier PazifistInnen über den einzuschlagenden Weg?

Jetzt wäre ich als Leser hoch interessiert an dem Austausch der vier AutorInnen über die Beiträge der jeweils anderen. Mich interessierte ein Diskurs über Fragen wie:

- Welche Folgen zeitigt lange, gemeinsame Erfahrung in einer Friedensorganisation wie dem Bund für soziale Verteidigung, wenn der Weg in unterschiedliche Parteien führt?
- Wie viel Unterschiedlichkeit darf das Gegenüber haben, um noch gemeinsam mit ihm einen Weg beschreiten zu können, oder gibt es Grenzen und wo liegen sie und wie findet man sie?
- Gibt es eine Verständigung auf gemeinsame Werte, die konkreter sind als die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte?
- Wie kann in einer globalisierten Welt Macht gebändigt werden? Könnte man sich auf das Ziel Bändigung der Macht durch Recht einigen?
- Würden die Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes – demokratischer und sozialer Rechtsstaat – zu einem gemeinsamen Bezugspunkt für konkretes Handeln werden?
- Mit welchen zeitlichen Vorstellungen – Legislaturperiode von 4 Jahren vs. Endlagerproblematik von 1000 Jahren – begibt man sich auf den Weg?
- Könnte man sich auf konkrete kleine erste Schritte zur Veränderung des Wahlrechts verständigen, um die Kluft zwischen Wählen und Nicht-Wählen zu überwinden? Was wäre, wenn ein Kreuzchen auf dem Wahlzettel an einer Stelle möglich wäre, auf der steht: Ich enthalte mich der Stimme, weil...? Und diese Kreuzchen sorgfältig gezählt und ausgewertet und veröffentlicht würden?

Vielleicht gelingt es der Redaktion, für ein Heft nach der Bundestagswahl die vier AutorInnen um einen Kommentar in diesem Sinne zu bitten.

Dr. Werner Glenewinkel ist Mitglied der DFG-VK und Vorsitzender der Zentralstelle KDV.



Theodor Ebert

»I have a dream«

Das Erbe Martin Luther Kings

Zeitgeschichte wird immer wieder verdichtet auf bestimmte Parolen und Bilder. Ich komme aus Berlin. Dort wurde kürzlich einer Rede John F. Kennedys am Schöneberger Rathaus gedacht und daraus des berühmten Satzes, den Kennedy auf deutsch gesprochen hat: »Ich bin ein Berliner«. Einer anderen Parole gedenken wir heute Abend – ausgesprochen und angeblich sogar improvisiert im Laufe der Rede beim Marsch in Washington am 28. August 1968: »I have a dream«. Und neben solchen historischen Sätzen gibt es auch Bilder, die das Bewusstsein von Nationen zu prägen vermochten. Ich denke hier an die Einschläge der beiden Passagiermaschinen die Twin Towers in New York am 11. September 2001 und ich denke an die Fernsehbilder von der Öffnung der Berliner Mauer im November 1989.

Diese Parolen und Fotos verdichten Zeitgeschichte, aber sie verkürzen diese auch durch Weglassen und Aussparen. Das gilt auch für die Passage »I have a dream« in Kings Rede in Washington. Sie hat ein Bild des künftigen Amerika beschworen, das auf Versöhnung hoffen ließ. Ich will diese Passage vorlesen. Und ich wünschte, ich hätte nur annähernd die Ausdrucksfähigkeit des größten Redners, den Amerika gekannt hat.

Trotz der Schwierigkeiten von heute und morgen habe ich einen Traum: Es ist ein Traum, der tief verwurzelt ist in dem amerikanischen Traum. Ich habe den Traum, dass eines Tages diese Nation sich erheben und der wahren Bedeutung ihres Credos gemäß leben wird: Wir halten diese Wahrheit für selbstverständlich, dass alle Menschen gleich erschaffen sind.

Ich habe den Traum, dass eines Tages auf den roten Hügeln von Georgia die Söhne früherer Sklaven und die Söhne früherer Sklavenhalter miteinander am Tisch der Brüderlichkeit sitzen können.

Ich habe einen Traum, dass eines Tages selbst der Staat Mississippi, ein Staat, der in der Hitze der Ungerechtigkeit und in der Hitze der Unterdrückung verschmachtet, sich in eine Oase der Freiheit und Gerechtigkeit verwandelt.

Ich habe den Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilen wird.

Ich have a dream!

Ich bin zwanzig Jahre später auf Einladung der United Church of Christ – der amerikanischen

Partnerkirche der Evangelischen Kirche der Union – vier Wochen durch die USA gereist und habe an mehreren Orten als Friedensforscher Vorträge gehalten und gelegentlich sogar gepredigt. Man studiert in den USA zwar auch Theologie, aber die Amerikaner zeigten – in ein Weltkind wie mich – erstaunliches, urchristliches Vertrauen in das Wirken des Heiligen Geistes.

Die amerikanischen Gastgeber haben mir nicht nur ihr Land gezeigt, sondern mich auch mit bildenden Künstlern – Malern und Bildhauern – bekannt gemacht. Und in einer Ausstellung habe ich ganz spontan eine farbig gefasste Holzplastik erworben, in der ich eine witzige Realisierung von Kings Traum des Tisches der Brüderlichkeit auf den roten Hügeln von Georgia erblickte. Der aus Kuba stammende Künstler ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen als King: Er hat die Szene von den Hügeln Georgias an den Strand von Cape Cod verlegt und hat aus den Brüdern einen weißen Mann und eine schwarze Frau gemacht, ein Paar, in dem gewissermaßen die Frau die Hose anhat und es sich schmecken lässt, während er etwas missmutig die Schnute nach unten zieht, was nicht bedeuten muss, dass die beiden unglücklich sind, aber doch dass zu Amerika nicht nur die Arroganz der Macht, sondern auch Selbstironie und ein Schuss Humor gehören.¹⁾

1) Am 22. Oktober 1982 schrieb ich dazu an meine Familie:

»Nach dem Mittagessen, das hier in der Regel nur aus einem Sandwich und Salat besteht, holte mich dann Peter Kingsbury, der Leiter des örtlichen Friedenskomitees ab. Er unterrichtet Kunst an der wohlbetuchten Oberschule von New Canaan. Das Angebot ist fabelhaft: gezeichnet, gemalt und kollagiert wird in großen Formaten, Hell- und Dunkel-Studien, in Pastell, mit Ölfarben auf Leinwand. Ich kam aus dem Staunen nicht heraus. In der Eingangshalle hängen Bilder von Absolventen der Schule, welche die Schule mit Geldern aus einer Stiftung angekauft hat. Einige sind jetzt schon bekannte Maler. Peter unterrichtet neben Zeichnen vor allem künstlerisches Fotografieren und Filmen. Er nahm mich dann auch noch mit in eine private Fotoschule, das Hobby des Erfinders der Spraydosen. Dort stellte ein bekannter Fotograf aus. In Amerika werden handsignierte Fotos regelrecht auf dem Markt gehandelt. Das sei berechtigt, weil das Kopieren künstlerischer Fotos außerordentlich schwer sei. Da kommt man sich als normaler Knipsler ganz klein vor.

Zum Höhepunkt des Ausflugs wurde dann der Besuch einer Ausstellung amerikanischer Volkskunst im Silvermine Guild Center for the Arts. Bei den Amerikanern gibt es eine natürlichere Verbrüderung zwischen akademischer Kunst und Volkskunst. Der akademische Künstler greift auch typische Themen der Volkskunst auf. Wie bei uns gibt es aber auch hier gestelzte Naivität und den Kitsch der aufgemotzten Farben und manierten Formen. Ich bilde mir ein, allmählich Kunst von Kitsch und bravem Handwerk unterscheiden zu können.

Ich schreibe dies, um mir selbst etwas Mut zu machen. Ich muss etwas gestehen. Auf dieser Ausstellung habe ich eine bemalte Holzplastik erstanden, deren Dimensionen uns beim Einpacken dann doch einiges Kopfzerbrechen bereitete. Sie füllte den Kofferraum des VW-Golf vollständig aus. Das tut aber der Begeisterung von Peter und mir keinen Abbruch. Ich hatte die Plastik zuerst nur zu fotografieren versucht – ein ziemlich aussichtsloses Unternehmen

Man hat den Vertretern der deutschen Friedensbewegung gelegentlich Antiamerikanismus vorgeworfen, aber das ist in meinem Falle wirklich Quatsch. Ich habe einige liebe amerikanische Freunde und ich weiß, dass sie humanitäre Träume wahr machen wollen und an einigen Stellen auch können. Und was mich daran jetzt immer mahnt, ist dieses schwarz-weiße Paar am Strand, das ich in unser Schlafzimmer platziert habe, weil meine Frau meint, dass es auf das Sideboard eines deutschen Wohnzimmers doch nicht so richtig passe.

Doch nun im Ernst: Worum ist es beim Marsch in Washington und in den folgenden Jahren – bis zur Ermordung Kings im Jahre 1968 – denn gegangen? Es ging nicht nur um die Überwindung der Rassendiskriminierung, sondern vor allem um soziale Gerechtigkeit und die Überwindung der Armut und Arbeitslosigkeit, von der in dem superreichen Amerika zwar vor allem die schwarzen, aber auch viele Weiße und Einwanderer aus Mexiko betroffen waren – und heute noch sind. Und King wusste von seinen – eher vergeblichen – Einsätzen in Chicago, dass die ökonomische Diskriminierung noch schwerer zu bekämpfen ist als die rassische. Es ist bezeichnend, dass King bei seinem solidarischen Einsatz für streikende Müllarbeiter erschossen worden ist.

mit der Pocketkamera – und war dann immer wieder zu ihr zurückgekommen. Sie gefiel mir von Mal zu Mal besser. Doch an einen Ankauf wagte ich zunächst kaum zu denken. Es war eine laufende Ausstellung. Ich konnte nicht annehmen, dass ich die Plastik gleich mitnehmen dürfte. Und wie sollte ich sie später holen? Glücklicherweise war eine der Hauptverantwortlichen des Kunstvereins da. Ihr war es wichtig, dass ein solches Beispiel amerikanischer Volkskunst mal nach Europa kommt.

Mich erinnerte die Plastik an Martin Luther Kings Traum, dass einmal die weißen und die schwarzen Kinder gemeinsam auf den roten Hügeln von Georgia sitzen werden. Also, nun stellt Euch vor, diese Kinder werden älter, geraten etwas außer Form und fahren an die Küste zum Baden. Und da sitzt nun so ein Paar Rücken an Rücken. Sie ist schwarz, eine kolossale Erscheinung und mampft selbstsicher einen Kuchen; er ist weiß, ein schwächliches Bürschlein und etwas verdrießlich. Stilistisch ähnelt das Paar polnischen Holzplastiken. Der Künstler heißt Pucho Odio, wurde 1928 in Kuba geboren, war zunächst Handwerker und arbeitet jetzt in New York, gehört jedoch nicht zu den Arrivierten. Das Ding kostete 850 Dollar, was natürlich für uns viel Geld ist, aber verglichen mit den sonstigen Preisen für Drucke, die ziemlich hohe Auflagen haben, doch sehr moderat. Trotzdem hat mich der Kauf in dieser Nacht doch nicht gerade ruhig schlafen lassen, da ich nicht einfach annehmen darf, dass Ihr meine Begeisterung teilen werdet. Eine gewisse Hilfe war für mich, dass Peter ohne jedes Zögern mich voll darin unterstützte, diesen Schritt zu tun. Na, Ihr werdet ja sehen!

Das Transportproblem hat sich dann gottseidank am selben Tag auch noch gelöst. Ich war zum Abendessen zu Bx und Barbara Burgess eingeladen – auf die Halbinsel am Strand, wo ich Tag vorher spazieren gegangen war. Um aufs Meer blicken zu können, ist ihr Haus, das eine ganz geringe Grundfläche hat, raffiniert über mehrere Stockwerke hochgezogen. Das Wohnzimmer ist 5 Meter hoch, aber auf einem Zwischenstock steht der Flügel. Ein merkwürdiges Paar: er ist eine Art Arbeiterpriester und sie ist Hauswirtschaftslehrerin und sehr kunstbegeistert. Auch ganz großflächige Makrameearbeiten und Indianerschmuck hängen an der Wand und sie hat auch sehr feine Stücke afrikanischer Plastik gesammelt. Als ich von dem Paar am Strand berichtete und meine Transportschwierigkeiten gestand, haben Barbara und Bx mir sogleich angeboten, das Paket beim Rückflug an den Kennedy-Airport zu bringen. Das Ganze ist schon etwas abenteuerlich, aber ich denke doch, dass alles klappt.»

■ Die gesellschaftspolitischen Ziele Kings

Nach 1963 hat King etwas gemacht, das noch viel anstößiger war als sein Kampf gegen die Rassendiskriminierung. Zum Entsetzen konservativer Bürgerrechtsorganisationen hat er sich auf die Seite der Gegner des amerikanischen militärischen Imperialismus geschlagen. Er machte das, was die Quäker bezeichneten als »to speak truth to power«, das heißt, King hat den Regierenden die Wahrheit ins Gesicht gesagt und die Parole Woodrow Wilsons, dass es die amerikanische Mission sei, »to make the world safe for democracy«, als die Ideologie ziemlich skrupelloser Geschäftemacher entlarvt.

Für Edgar Hoover, den langjährigen Chef des FBI – und meines Erachtens mächtigsten Mann in den USA –, war der Baptistenpfarrer aus Atlanta damit ein Kommunist, den unschädlich zu machen, alles erlaubt war. FBI-Chef Hoover und Stasi-Chef Mielke unterschieden sich in ihren Methoden kaum. Es ist allerdings nicht bekannt, dass auch Hoover ein leidenschaftlicher Abknaller von Rehböcken und Hirschen gewesen wäre.

Wenn man hört, dass Hoover zur Zeit des Marsches in Washington bei Kennedy durchsetzte, dass Kings Telefongespräche abgehört und seine Wohnung und die Hotelzimmer verwandt wurden, dann darf es einen nicht wundern, wenn dieselbe Behörde jetzt auch das Internet kontrolliert und global Freund und Feind abhört und überwacht. Wenn der amerikanische Präsident heute sagt, dass seine Familienmitglieder gegen Militärschläge in Syrien seien, dann sagt er allenfalls der Welt etwas Neues. Der größere Bruder des schwächlichen Barack hat wahrscheinlich bereits mitgehört.

King ist heute in den USA ein Nationalheld – wie Gandhi in Indien, aber eine Behörde der Regierung hat ihn abgehört und seine außerehelichen Affären als Druckmittel gegen ihn einzusetzen versucht. Man wollte ihn davon abhalten, den Friedensnobelpreis entgegenzunehmen, und diese angeblichen Antiterrorkämpfer haben den Schutz vor Attentätern absichtlich von King abgezogen und ihn damit zum Abschuss frei gegeben. In ihrem Hass auf die Kommunisten oder aus Angst vor ihnen waren Hoover und seine Gesinnungsgenossen zu allem bereit. Daran muss man sich erinnern, wenn deutsche Innenminister jetzt davon reden, dass wir die Überwachungsmaßnahmen und die Kooperation mit den amerikanischen Behörden zur Terrorabwehr benötigen.

Die Gefahr für die Demokratie, die vom ungebremsten Zugriff dieser Behörden auf die Bürger ausgeht, ist größer als die Gefahr, die von einzelnen Terroristen ausgehen kann. Nach dem Terroranschlag gegen die Twin-Towers und die über 3.000 Opfer von 9/11 haben unsere Beschützer so getan, als ob überall die so genannten Schläfer lau-

ern, um auf Befehl der Al Quaida vergleichbare Anschläge durchzuführen. Diese Schläfer gab es nicht oder nur ganz vereinzelt. Doch die Überwachungsmaßnahmen eskalierten. Terroranschläge sind scheußlich und die Opfer müssen uns leid tun, aber mit Terroranschlägen im Stile von Al Quaida ist die amerikanische und die deutsche Volkswirtschaft nicht wirklich zu gefährden. Im Großen und Ganzen betrachtet sind dies für die Volkswirtschaft und das staatliche Leben nur Mückenstiche, mehr nicht.

Wirklich gefährlich sind Überreaktionen wie die militärische Intervention in Afghanistan, an der sich die Deutschen in »uneingeschränkter Solidarität«, wie Gerhard Schröder in seiner Vasallentreue, um nicht zu sagen, -torheit es formulierte, beteiligt haben. Als dann bei Kundus durch einen Bombenangriff auf den Befehl des deutschen Oberst Klein über hundert Zivilisten getötet wurden, als sie Benzin aus zwei entführten Militärlastern, die im Flussand stecken geblieben waren, abzapften, haben wir (hoffentlich!) begriffen, welch unmögliche Rolle wir in Afghanistan an der Seite der USA spielen. Wenn es nach der CDU und Angela Merkel gegangen wäre, dann hätten wir uns ja in der »Koalition der Willigen« auch am Irak-Krieg beteiligt.

Ich mache diese Bemerkungen, um nun auf Martin Luther Kings Begründung für seine Ablehnung der Intervention in Vietnam zurück zu kommen.

King hat am 4. April 1967, ein Jahr vor seiner Ermordung, in der Riverside Church in New York seine wichtigste Rede zur Verklammerung von amerikanischer Innen- und Außenpolitik gehalten. Er gab ihr den Titel »Beyond Vietnam« (Jenseits von Vietnam). Ich zitiere sie ausführlich, weil sie die Grundlage bildet für die Beantwortung der Frage: Wie würde King in der heutigen Lage reagieren, wenn er als 84-jähriger noch öffentlich auftreten könnte:²⁾

Ich bin davon überzeugt, dass unser Volk eine radikale Revolution der Werte vornehmen muss, wenn es sich auf die richtige Seite der Weltrevolution stellen will. Wir müssen schnell damit anfangen, von einer »sachorientierten« Gesellschaft zu einer »personorientierten« Gesellschaft zu kommen. Wenn Maschinen und Computer, Profitstreben und Eigentumsrechte für wichtiger gehalten werden als die Menschen, dann wird die schreckliche Allianz von Rassenwahn, Materialismus und Militarismus nicht mehr besiegt werden können.

Eine echte Revolution der Werte wird den schreienden Gegensatz von Armut und Reichtum sehr bald mit großer Unruhe betrachten. Sie wird nach Übersee blicken und mit gerechter Empö-

rung darauf hinweisen, dass einzelne Kapitalisten des Westens riesige Geldbeträge in Asien, Afrika und Lateinamerika investieren, nur um zu verdienen und ohne Interesse an sozialen Fortschritten in jenen Ländern, und sie wird ausrufen: »Das ist ungerecht.«

Eine Revolution der Werte wird unser Bündnis mit den Großgrundbesitzern in Lateinamerika durchschauen und feststellen: »Das ist ungerecht.« Ungerecht ist auch die westliche Überheblichkeit, die meint, dass sie den anderen alles beibringen kann und von ihnen nichts zu lernen hat.

Eine wirkliche Revolution der Werte wird den Status quo selbst beseitigen und vom Kriege sagen: »Dieser Weg zur Lösung von Spannungen ist nicht recht.« Diese Art von Beschäftigung, menschliche Wesen mit Napalm zu verbrennen, die Häuser unserer Nation mit Waisen und Witwen zu füllen, giftigen Hass in die Adern von Menschen zu spritzen, die normalerweise sich ganz menschlich verhalten, Männer von finsternen und blutigen Schlachtfeldern, körperlich verkrüppelt und seelisch aus dem Gleichgewicht gebracht, nach Hause zu senden, diese Beschäftigung kann nie und nimmer mit Weisheit, Gerechtigkeit und Liebe in Einklang gebracht werden.

Ein Volk, das seit Jahren mehr Geld für militärische Verteidigung als für den Ausbau sozialer Reformen ausgibt, gerät in die Nähe des geistlichen Todes.

Amerika, das reichste und mächtigste Land der Welt, könnte bei dieser Revolution der Werte durchaus führend sein. Nichts, außer dem unseligen Wunsch nach Selbstvernichtung, könnte uns an einer Neuordnung unserer Prioritäten hindern, welche eben die Vorbereitung auf den Frieden über die Vorbereitung auf den Krieg stellt. Nichts kann uns davon abhalten, die widerspenstigen Verhältnisse so lange mit unseren wunden Händen umzuformen, bis wir ihnen die Gestalt der Geschwisterlichkeit gegeben haben.«

Diese Ansprache in der Riverside Church war die Predigt eines Propheten. Wir finden Entsprechendes im Alten und Neuen Testament. Das Besondere an King ist jedoch, dass er diese Predigten mit Handlungen in Gruppen verband. Im Verbund mit einem grassroot movement griffen sie in die Verhältnisse verändernd ein. Und wenn es dann Rückschläge gab, wenn Mitstreiter ermordet wurden und Depressionen um sich griffen, dann wusste King seine Freunde bei der Stange – man könnte auch sagen beim Kreuz – zu halten. Er tat es auf seine ganz spezifische Weise. Er hat seine dann fälligen Ansprachen etwas despektierlich als peptalks bezeichnet. Aufmunternd. Pep wie Pepsi Cola.

King lebte gerne. Er war kein Asket und Miesepeter. Nicht alles, was er tat, war vorbildlich. Er konnte dann auch öffentlich bereuen. Was er sei-

2) Vollständig dokumentiert in: www.lebenshaus-alb.de/magazin/001713.html

ner lieben Frau Coretta mit anderen Frauen ange-
tan, hat er mal in einer Predigt in seiner Heimatkir-
che in Atlanta thematisiert. Da ist der Gemeinde
das Halleluja-Rufen vergangen. Doch Coretta
konnte diese Seite seines Lebens nach seinem To-
de in ihren Erinnerungen schweigend übergehen.
Sein Freund Ralph Abernathy hat aber in seinen
Erinnerungen von Mann zu Mann, von Freund zu
Freund Tacheles geredet.³⁾ King war kein Heiliger
Antonius, aber diese Groupies, die King auf ihre
Weise verfolgten, waren auch etwas eigenartige
Engel der Bedrängten. Leider gehören auch diese
Peinlichkeiten zum Bild.

Doch damit genug. Mich hat als Politikwissen-
schaftler beim Schreiben meiner Dissertation
zum Thema »Gewaltfreier Aufstand – Alternative
zum Bürgerkrieg« interessiert, welche Strategie
King in der Bürgerrechtsbewegung verfolgte und
wie er die Bergpredigt mit gewaltfreien, direkten
Aktionen verband.

Das will ich jetzt in einem zweiten Teil noch
behandeln – und was ich jetzt sage, ist nicht mehr
feuilletonistisch, sondern ein bisschen lehrbuch-
haft, professoral, aber es ist wichtig, weil grund-
legend für den Erfolg versprechenden Gebrauch ge-
waltfreier Aktionen.

■ Direkte Aktionen

Gewaltfreie, direkte Aktionen waren für Martin
Luther King griffige Instrumente der Aufklärung
und der Ausübung von Gegenmacht. Er sprach
von »power from below«, Macht von unten. Dabei
verstand er Macht als die Fähigkeit, andere Men-
schen zu bestimmten Handlungen zu motivieren.
In seinem berühmten Offenen Brief aus dem Gef-
ängnis von Birmingham schrieb er am 16. April
1963: »Die gewaltfreien, direkten Aktionen sollen
die Gesellschaft zwingen, den Tatsachen ins Auge
zu blicken. Die direkte Aktion soll eine Streitfrage
so dramatisieren, dass sie nicht länger ignoriert
werden kann.«

King war sich darüber im klaren, dass immer
dann, wenn demokratische, legale Wege zur Ände-
rung der sozialen Verhältnisse fehlen oder nur in
unzureichendem Maße offen sind, die bloße Mah-
nung zu Friedfertigkeit und Gewaltverzicht zur
Ideologie wird, die objektiv im Dienst der Herr-
schenden steht. Mit seinen direkten Aktionen
hoffte er, einen Ausweg aus dem Dilemma – Ge-
gengewalt oder Resignation – gefunden zu haben.
In seinem ersten Buch, dem Bericht über den Bus-
boykott in Montgomery im Jahre 1956, schrieb er:
»Wie in der Synthese der Hegelschen Philosophie,
muss es das Prinzip des gewaltfreien Widerstan-
des sein, die Gegensätze – Ergebung und Gewalt –
in Einklang zu bringen, indem er das Extreme und

das Unmoralische, das beiden anhaftet, vermei-
det. Der Anhänger des gewaltfreien Widerstandes
ist mit dem, der sich in sein Schicksal ergibt, einer
Meinung, dass man nicht gewalttätig (violent, also
verletzend) gegen einen Gegner vorgehen soll.
Andererseits ist er aber auch mit dem, der für Ge-
walt ist, einig, dass man dem Bösen Widerstand
leisten muss. Er vermeidet die Widerstandslosig-
keit des ersteren und den gewaltsamen Wider-
stand des letzteren. Wer gewaltfreien Widerstand
leistet, braucht sich weder als Einzelperson noch
als Gruppe irgendwelchem Unrecht zu beugen: er
braucht aber auch nicht zur Gewalt zu greifen, um
sich Recht zu verschaffen.«

In den Jahren 1956 bis 1964 haben die christli-
chen, die gewerkschaftlichen und die studentischen
Bürgerrechtsorganisationen in den Süd-
staaten der USA mit diesen gewaltfreien, direkten
Aktionen gearbeitet. Die wichtigsten Methoden
waren der Boykott rassengetrennter Omnibusse,
die Sit-in-Aktionen in Restaurants, die keine
Schwarzen bedienen wollten, die »Freiheitsfah-
ren« integrierter Omnibusse in die Südstaaten, der
Käuferboykott von Geschäften und Markenfir-
men, die für ihre Rassendiskriminierung bekannt
waren, und das Aufstellen von Boykottposten
(Picket-Linien) in den Einkaufszentren der Städte,
die Durchführung von Massenmärschen trotz des
Verbots der Behörden und vereinzelt auch der
Sitzprotest oder das Niederknien zum Gebet auf
den Straßen oder in den Empfangshallen von Be-
hörden.

■ Kalkuliertes Leiden

Kennzeichnend für all diese Aktionen war, dass
die Demonstranten sich auch gegen brutale An-
griffe nicht zur Wehr setzten, dass sie bereit wa-
ren, für ihre Ziele ins Gefängnis zu gehen, und
dass sie – und dies war die Voraussetzung für ihre
Selbstdisziplin – sich sorgfältig in Schulungskur-
sen und Informationsveranstaltungen auf die di-
rekten Aktionen vorbereitet hatten. Die Bürger-
rechtsorganisationen rechneten damit, dass sie al-
lein mit rationalen Argumenten und mit sozialkri-
tischen Hinweisen gegen jahrhundertalte Ras-
senurteile und wirtschaftliche Interessen
nicht ankämpfen und nicht obsiegen könnten.
Durch ihre Opferbereitschaft, durch ihr freiwilli-
ges Leiden unter den Schlägen der Rassisten,
durch ihr Ausharren im Gefängnis suchten sie die
gefühlsmäßigen Voraussetzungen für eine Bereit-
schaft zum rationalen, sozialen Wandel zu schaf-
fen. Ihre Leidensbereitschaft ging auf ein psycho-
logisches Kalkül – und auf den christlichen Glauben
an die Wandlungsfähigkeit jedes Menschen –
zurück.

Martin Luther King war nicht nur Machtpoliti-
ker; er war immer auch Seelsorger. Schon 1956, zu
Beginn seiner politischen Laufbahn, betonte er:

3) Ralph David Abernathy: *And the Wall Came Tumbling Down. An
Autobiography*, New York 1989

»Wenn der Unterdrücker diese dynamische Einheit, diese erstaunliche Selbstachtung und Leidenschaft der Neger [das war damals der übliche Ausdruck] sieht, wird ihm seine eigene Barbarei zum Ekel werden.« Im Jahre 1964 hat er dann auch die politische Deutung des Abschlusses seines Lebens vorweggenommen: »Wenn physischer Tod der Preis ist, den ich zahlen muss, um meine weißen Brüder und Schwestern von dem permanenten Tod des Geistes zu befreien, dann kann nichts erlösender sein als dies.«

King wollte durch diese freiwillige Leidenschaft die Weißen davon überzeugen, dass die Schwarzen ihnen die ungeheure Schuld nicht aufrechnen wollten, welche sie seit dem Import von Negersklaven auf sich geladen hatten. Die Schwarzen mussten die Weißen von ihrer Schuld und ihrer Furcht befreien, bevor diese es wagen konnten, sich auf radikale soziale Reformen einzulassen und Änderungen in der Herrschaftsstruktur des Landes vorzunehmen.

Die Übertragung dieser christlichen Überzeugungen in die Tagespolitik gelang King, indem er sich die Erfahrungen Mohandas K. Gandhis im indischen Freiheitskampf zunutze machte. Im Übrigen beschränkte er sich wie dieser nicht auf dramatische Agitationsformen, sondern verband diese mit weniger spektakulären, aber nicht minder wirksamen wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen und dem Aufbau einer Substruktur von radikal-demokratischen Bürgerrechtsorganisationen, welche mit den Behörden verhandeln, in eigener Regie direkte Aktionen organisieren und auch in lokale Wahlen aufklärend eingreifen konnten.

■ Eine Strategie für die Gettos?

Die gewaltfreien, direkten Aktionen der Bürgerrechtsorganisationen waren, wenn man an die verhältnismäßig wenigen Mitarbeiter und an die – verglichen mit gewaltsamen Aufständen – geringen Opfer denkt, erstaunlich, wenn auch noch nicht hinreichend erfolgreich. Die sichtbaren Erfolge blieben jedoch auf die Südstaaten beschränkt. In den Slums der Großstädte, in den Gettos des Nordens verbesserte sich die soziale Lage der Farbigen nicht spürbar. Was die Bürgerrechtsbewegung dort erzielte, war nicht der soziale Wandel, sondern nur die Mobilisierung der sozialen Erwartungen.

Im Jahre 1965 verlegte die Southern Christian Leadership Conference ihr Hauptquartier nach Chicago. 1967 musste King jedoch nach den verheerenden Gettorevolten in Newark und Detroit eingestehen: »Wir haben in den Südstaaten zehn Jahre lang neue Taktiken der gewaltfreien Aktion erprobt, und wir hatten Erfolge zu verzeichnen. Aber für die Städte des Nordens ist es uns nicht gelungen, schöpferische Arbeitsmethoden zu entwickeln.«

Welche Kampftechniken eigneten sich für die Gettos, die schwarzen Viertel in der unmittelbaren Nähe der City? King hatte es wie in Birmingham und Selma 1966 auch in Chicago – neben der Organisation von Nachbarschaften – mit einem Massenmarsch versucht, aber er musste in der Wirkung deutliche Unterschiede feststellen: »Wenn Neger in den Straßen der Südstaaten demonstrierten, bedeutete dies Rebellion. In den Städten des Nordens wirken Märsche weniger beunruhigend; man sieht in ihnen keine rebellische Aktion, und sie werden von der normalen Turbulenz des Großstadtlebens absorbiert.«

Die Southern Christian Leadership Conference stieß in den Gettos auf neue soziale Probleme. Die Schwarzen im Baumwollgürtel der USA waren zwar meist noch ärmer und rechtloser als die Gettobewohner, aber sie waren weder sozial enturzelt, noch in ihrem Denken orientierungslos gewesen. Traditionelle soziale Gruppierungen und vor allem die großen Negergemeinden boten die Rekrutierungsbasis für die gewaltfreien Kampagnen. In den Gettos des Nordens fehlten diese Voraussetzungen weitgehend.

Die Misere der Gettos im Norden beruht nur zum Teil auf der Rassendiskriminierung. Diese überfüllten Slums sind eine Konsequenz des raschen Industrialisierungsprozesses auf kapitalistischer Grundlage. Ihr Hauptproblem ist die Arbeitslosigkeit der Farbigen, die doppelt so hoch ist wie die der Weißen.

Es fehlt nicht an pragmatischen Vorschlägen für ein Wohnungsanierungs-, Bildungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramm. Auch Barack Obama hat sich nach seinem juristischen Examen auf diesen Gebieten in Chicago vorbildlich engagiert. Er schildert dies in seiner Autobiographie recht überzeugend.⁴⁾ Man hatte Grund, von diesem Präsidenten viel zu erwarten. Im Blick auf die allgemeine Krankenversicherung hat er mehr fertig gebracht als frühere Präsidenten. Das hätte Martin Luther King sicher gefallen. Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an Obama war auf Seiten des Komitees dann sicher Wunschenken im Spiel. Auf den Umgang mit den Geheimdiensten und dem Militärapparat war Obama nicht ausreichend vorbereitet. Auf diesem Felde hat auch Martin Luther King im Laufe der Jahre hinzulernt, und man darf nicht vergessen, Martin Luther King hat Gandhis Schriften intensiv studiert. Dasselbe ist von Obama nicht bekannt.

■ Außenpolitische Konsequenzen

Bis Anfang 1967 operierte die Southern Christian Leadership Conference als ob das Bürgerrechtsproblem eine rein innenpolitische Angelegenheit sei. Die entscheidende Wendung kam, als Martin

4) Barack Obama: Ein amerikanischer Traum. Die Geschichte meiner Familie. München 2008

Luther King sich trotz des dringenden Abratens gemäßigter Bürgerrechtsorganisationen entschloss, an der »Frühjahrs-Mobilisierung« gegen den Vietnamkrieg teilzunehmen. Damit verknüpfte er die Zukunft der Bewegung der amerikanischen Schwarzen mit den antiimperialistischen Aufständen in den damals der Dritten Welt zugeordneten Ländern.

Die Southern Christian Leadership Conference forderte die jungen Amerikaner zur Kriegsdienstverweigerung und ihre älteren Mitbürger zum zivilen Ungehorsam gegen die amerikanischen Kriegsanstrengungen auf. Sie wollte sich aber auch nicht kritiklos Che Guevaras Forderungen nach zwei, drei, vielen Vietnams anschließen. Aus dem Stab der SCLC reisten Rev. James Bevel nach Sambia und Rev. Metz Rollins (zusammen mit Danilo Dolci und dem Ehepaar Goss-Mayr) nach Brasilien, um in Zusammenarbeit mit einheimischen Organisationen zu prüfen, ob das zweite Vietnam nicht ein gewaltfreier Aufstand sein könnte.

Anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo hatte King schon deutlich gemacht, dass er die gewaltfreie, direkte Aktion nicht als eine südstaatliche Spezialität verstanden wissen wolle: »Ich empfehle Ihnen, die Philosophie und Strategie der Gewaltfreiheit umgehend zu einem Gegenstand des Studiums und ernsthafter Experimente in allen Gebieten menschlicher Konflikte zu machen, und ich nehme hiervon die Beziehungen zwischen Nationen nicht aus.« Dies bedeutete, dass King mit den amerikanischen Quäkern darin übereinstimmte, dass der Schutz einer Nation vor Staatsstreichen und Invasionen nicht auf einer Armee und Notstandsgesetzen, sondern auf der Bereitschaft der Bürger zum gewaltfreien Widerstand zu beruhen habe. Diese radikalen Aspekte seiner politischen Theorie sind in den Nachrufen auf ihn gewöhnlich nicht erwähnt worden, als sich das Establishment beeilte, ihn als »Apostel der Gewaltlosigkeit« zu einem Schutzpatron von Ruhe und Ordnung zu machen.

■ **Durch zivilen Ungehorsam zur Macht des kleinen Mannes**

Man hat in den Nachrufen auf King zu Recht darauf hingewiesen, dass ihm der Ausdruck »Schwarze Macht« (Black Power) missfallen habe, er meinte, darin Untertöne der Gewalttätigkeit, des Hasses und des umgekehrten Rassismus mitzuschwingen zu hören. Verschwiegen wurde jedoch meist, dass King die Notwendigkeit der Machtentfaltung bejahte und dass er nur statt der »Schwarzen Macht« die gewaltfreie »Macht des kleinen Mannes« (Poor People's Power) anstrebte. Er wollte unbedingt verhindern, dass vom sozialen Abstieg bedrohte arme Weiße sich gegen die armen Schwarzen ausspielen ließen und dadurch ein fa-

schistisches Potential entstände.

In einer seiner letzten großen Reden über die »Krise in unseren Städten«⁵⁾ empfahl er als einschneidend neue Kampfmaßnahme für die Gettos den zivilen Ungehorsam von Massen Arbeitsloser, Unterbeschäftigter und Umschulungsbedürftiger. Diese Aktion sollte am 28. April 1968 in Washington beginnen.

King dachte in erster Linie an die Blockierung der Stadtzentren durch Tausende von Sitzstreichenden, Sit-ins vor und innerhalb von Fabriktoren und an ein großes Lager von arbeitslosen Farbigen in Washington. Zur Begründung dieser Maßnahmen sagte er: »Als Kampfmittel kommen für uns weder die bewaffnete Erhebung noch nutzlose Bitten an eine harthörige Regierung in Frage... Wir müssen zum zivilen Ungehorsam greifen. Eine Stadt am Funktionieren zu hindern, ohne sie zu zerstören, kann wirkungsvoller sein als ein Aufruhr, weil der zivile Ungehorsam sich länger durchhalten lässt, und zwar kostspielig, aber nicht blind zerstörerisch ist. Außerdem ist es schwieriger für eine Regierung, gegen zivilen Ungehorsam mit überlegenen Gewaltmitteln vorzugehen. Ziviler Ungehorsam auf Massenbasis kann auch den Zorn als konstruktive und schöpferische Kraft benutzen. Es ist nutzlos, den Negern zu empfehlen, nicht zornig zu sein, wenn sie es tatsächlich sein sollten. Es ist sogar für die Psyche eines Menschen gesünder, wenn er seinen Zorn nicht unterdrückt, sondern seine Energie in einer konstruktiven und friedlichen, aber kraftvollen Weise nutzt, um eine repressive Stadt an ihrem normalen Funktionieren zu hindern.«

Der Stab der Southern Christian Leadership Conference wusste, dass es sehr schwierig sein würde, den zivilen Ungehorsam auf Massenbasis zu organisieren. Gandhi hatte 1922 seine erste Kampagne des zivilen Ungehorsams abbrechen müssen, weil erregte Inder in Chauri Chaura mehrere Polizisten erschlugen. Anschließend definierte er das »zivile« Verhalten präzise als »höflich, wahrheitsliebend, bescheiden, klug, hartnäckig, doch wohlwollend, nie verbrecherisch und hasserfüllt«. Unter diesen Bedingungen konnte eine Bewegung des zivilen Ungehorsams nach Ansicht Kings, »ohne dass ein Streichholz angezündet würde und dass ein Schuss abgefeuert würde, erdbebenartige Proportionen annehmen«.

Der zivile Ungehorsam sollte aber nicht zu einer Polarisierung der Gesellschaft, das heißt zu einer Sammlung um die extremen Flügel führen. Opferbereiter, wirklich »ziviler« Ungehorsam sollte moralischen und materiellen Druck ausüben, ohne den Konservativen Impulse zu einem Schutz- und Trutzbündnis zu geben. Solch ziviler Ungehorsam würde dann auch »Koalitionspolitik

5) In: Theodor Ebert u. Hans-Jürgen Benedict (Hrsg.): Macht von unten. Bürgerrechtsbewegung, außerparlamentarische Opposition und Kirchenreform. Hamburg: Furche Verlag, 1968, S. 36-45

(gemeint sind politische Absprachen mit weißen Liberalen – d. Verf.) nicht ausschließen, sondern vielmehr unterstützen«.

Die SCLC wollte nach der Ermordung Kings an ihren Aktionsplänen festhalten, aber mit dem zivilen Ungehorsam auf Massenbasis konnte sie nicht beginnen, bevor die gewaltsamen Gettorevolten nicht abgeebbt waren. Das Einüben und Durchhalten von gewaltfreiem, zivilem Ungehorsam ist schwierig bis unmöglich, solange Extremisten Plünderungen und Gegengewalt billigen. Einzelne Gewaltakte sind dann in der Lage weit größer angelegte gewaltfreie Kampagnen in der Wirkung zu beeinträchtigen oder umzufunktionieren. Das ist eines der ganz großen Probleme des gewaltfreien Widerstands. Und die gewalttätigen Draufgänger und Sprüchemacher gibt es immer und sie diffamieren dann die gewaltfreien Akteure als Softies.

Der syrische Aufstand gegen das Assad-Regime hat mit Sitzprotesten nach den Freitagsgebeten begonnen, und als dann rücksichtslos dagegen eingeschritten wurde, sprachen einige Unterstützer zunächst von bewaffnetem Selbstschutz. Diese – nach Aussage der deutschen Unterstützer in der Vereinigung »Adopt a Revolution« – zunächst nur defensiven Maßnahmen sind immer weiter eskaliert, bis dann ein Bürgerkrieg unter Einsatz aller Mittel im Gange war. Jetzt werden die Opfer immer größer, und es gibt auf Seiten der Opposition keine Autorität, die den bewaffneten Kampf abbrechen und mit gewaltfreien Methoden den Aufstand neu entwickeln könnte. Es fehlen Figuren wie Gandhi und King, welche dieser Eigendynamik der gewaltsamen Konfliktaustragung begegnen könnten.

Gegenmacht lässt sich schwer entfalten, wenn Heißsporne durch unbedachte Gewaltakte oder auch regelrechte Netzwerke von Terroristen den Regierenden immer wieder eine Handhabe geben, sich bei der Bevölkerung als Beschützer aufzuspielen und die Sorge vor einem neuen, noch schlimmeren Terrorregime zu beschwören. In einer solchen Situation muss mit konstruktiven Aktionen in den Nachbarschaften Basisarbeit geleistet werden, bevor man wieder zu offenem, gewaltfreiem Widerstand übergehen kann.⁶⁾ Gandhi hat dies sehr drastisch formuliert, als er im Blick auf die Schwierigkeiten bei der internen Kontrolle des Zivilen Ungehorsams sagte: »Ziviler Ungehorsam ohne konstruktive Aktion ist schlimmer als nutzlos.«

Dies soll hier nicht mein letztes Wort sein. Gewaltfreie Graswurzelarbeit ist immer möglich. Es kommt darauf an, die Toleranzschwelle des Regimes richtig zu taxieren und Nischen auszumachen. Die Regime wollen zwar alles kontrollieren

und neigen dazu, Begeisterung zu erzwingen und sei diese auch geheuchelt. Doch dies kann immer nur unvollständig gelingen. Es gilt unterhalb der Toleranzschwelle Verbindungen herzustellen und eventuell sogar vom Regime angebotene Einrichtungen für diese Kontakte zu nutzen. Die scheinbar Manipulierten können es lernen, außerhalb der direkten Kontrolle des Regimes zu kooperieren und sich auszutauschen. Daraus können dann auch im passenden Moment systemtransformierende Widerstandsmaßnahmen erwachsen.

Wenn die Absichten der selbständig gewaltfrei Agierenden vom Establishment berechnet werden können und die Regierenden sich persönlich nicht existentiell bedroht fühlen müssen, besteht die Chance, dass Reformen sich durchsetzen und die Hardliner abtreten müssen. Solche Prozesse haben das Ende der Apartheid in Südafrika vorbereitet. Eine wichtige Voraussetzung war, dass der African National Congress – unter der Anleitung Nelson Mandelas – praktisch von den Methoden des Guerillakampfes Abstand genommen hat, auf eine Verfolgung der Verbrechen des Apartheidregimes weitgehend verzichtet und dass das Aufarbeiten der Vergangenheit der christlich angeleiteten »Wahrheitskommission« Bischof Tutus überlassen wurde. Das gehört auch zu einem gewaltfreien Aufstand. Davon spüre ich im Nahen Osten wenig. Die Selbstgerechtigkeit der Kontrahenten ist wirklich hanebüchen. Und das gilt auch für die amerikanische und die deutsche Regierung. Die USA haben mit den Diktatoren und den Reichen zusammen gearbeitet, und die Deutschen liefern ihnen noch heute Waffen zur Unterdrückung von Aufständen. Hauptsache, die Wirtschaft brummt, und Mutti Merkel verschafft uns ein gutes Gewissen.

Die Bundesrepublik steht glänzend da, aber es ist etwas faul in dieser Republik. In einem offenen Brief von prominenten Christen zur Bundestagswahl wird »der Verlust des Politischen« beklagt.⁷⁾ Dieser Brief ist ein Pendant zu Martin Luther Kings Rede »Beyond Vietnam« in der Riverside Church. Diesen Brief müsste ich hier seitenlang zitieren. Ich bin sicher, dass King ihn unterzeichnet hätte, wäre er ein Deutscher wie Kennedy ein Berliner – und würde er noch leben. Das wäre mein Traum. Und wie steht's? Yes, we can?

Prof. Dr. Theodor Ebert ist Friedensforscher und Mitglied des Versöhnungsbunds. Den hier veröffentlichten Vortrag hat er beim Bildungswerk der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland in Magdeburg am 12. Sept. 2013 gehalten.



6) Zum Problem des Aufbaus von Widerstand in besonders repressiven Diktaturen siehe: Was tun gegen Diktaturen? Nachwort zu Rolf Italiaander (Hrsg.): Diktaturen im Nacken, München: Delp'sche Verlagsbuchhandlung, 1971, S. 331-351

7) Aus bürgerrechtlicher Perspektive werden zentrale Punkte deutscher Außen- und Innenpolitik kritisiert. Almuth Berger, Volkmar Deile, Heino Falcke, Joachim Garstecki, Heiko Lietz, Ruth und Hans Missetwitz, Konrad Raiser, Gerhard Rein und Hans-Jochen Tschiche wollen eine andere Berliner Republik. Ihr Brief im Wortlaut dokumentiert unter www.lebenshaus-alb.de/magazin/008078.html

Gegen Kindersoldaten bei der Bundeswehr

Offener Brief an die Bundeskanzlerin zur Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention

(Red.) Mit einem Offenen Brief zum Schutz von Kindern und Kinderrechten hat sich ein Bündnis von Kinderrechts- und Menschenrechtsorganisation am 5. November an die Bundeskanzlerin gewandt. Darin wird gefordert, dass für die Bundeswehr keine unter 18-Jährigen mehr rekrutiert werden. Unterschrieben wurde der Brief vom Deutschen Bündnis Kindersoldaten, dem Forum Menschenrechte, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie dem Arbeitskreis Darmstädter Signal. In dem Schreiben heißt es:

Mit großer Sorge beobachten wir, dass die Bundeswehr bei der Nachwuchswerbung in Deutschland gezielt Minderjährige anspricht und verstärkt Freiwillige unter 18 Jahren rekrutiert. Dies widerspricht unserer Auffassung nach den in der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) verbrieften Rechten und den besonderen Schutzpflichten Deutschlands gegenüber Minderjährigen. Auch der Völkerrechtler Dr. Hendrik Cremer kommt im beiliegenden Schattenbericht Kindersoldaten 2013 zu diesem Ergebnis. Der Bericht wurde im Februar vom Deutschen Bündnis Kindersoldaten, Kindernothilfe, terre des hommes, UNICEF Deutschland, World Vision und Plan herausgegeben und im Rahmen des deutschen Staatenberichtsverfahrens zur UN-Kinderrechtskonvention dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes in Genf vorgestellt und übergeben.

Deutschland hat das Fakultativprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten ratifiziert. Es verbietet die Rekrutierung und den Einsatz von Kindern unter 18 Jahren als Soldaten. Eine Ausnahmeregelung gibt unter bestimmten Bedingungen staatlichen Armeen die Möglichkeit, Freiwillige ab 16 Jahren anzuwerben. Während die große Mehrheit der 151 Vertragsstaaten sich klar gegen diese Regelung ausgesprochen hat

und keine minderjährigen Freiwilligen rekrutiert, machen nur wenige Vertragsstaaten, darunter Deutschland, von dieser Ausnahme Gebrauch.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat Deutschland bereits 2008 aufgefordert, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben, um dem »Schutz und Wohl des Kindes« (Art. 3 KRK) Vorrang vor staatlichen Interessen zu geben. So heißt es in seinen Abschließenden Bemerkungen zu Deutschland vom 1. Februar 2008: »The Committee therefore encourages the State party to raise the minimum age for recruitment into the armed forces to 18 years in order to promote the protection of children through an overall higher legal standard.« (CRC/C/OPAC/DEU/CO/1, S. 3)

Besonders problematisch ist es, wenn volljährige Soldaten in Auslandseinsätze geschickt werden, die als Minderjährige angeworben und an der Waffe ausgebildet wurden.

Wir fordern an Schulen und in anderen Bereichen eine ausgewogene Beschäftigung mit der Thematik »Frieden und Bundeswehr«. Das Thema Friedenserziehung sollte einen festen Platz in den Curricula und bei der Lehrerausbildung haben. Bei Veranstaltungen mit Soldaten an Schulen sollten zumindest die Freiwilligkeit der Teilnahme der Schüler und die Betrachtung aus verschiedenen Blickwinkeln garantiert sein, indem weitere Experten eingeladen werden, beispielsweise aus Menschenrechts- oder Friedensorganisationen. Auch sollten Eltern zuvor informiert werden und teilnehmen können.

Wir möchten Sie bitten, sich dafür einzusetzen, dass das Rekrutierungsalter für Soldaten in Deutschland auf 18 Jahre angehoben wird und Werbemaßnahmen der Bundeswehr bei Minderjährigen unterbleiben. Dies ist erforderlich, damit die Kinderrechte umfassend verwirklicht werden.

Weitere Informationen im Internet: www.kindersoldaten.info



Theodor Ziegler

»Das Licht der Welt sein, nicht das Rücklicht!«

Den Militärausstieg im Blick – Die Evangelische Landeskirche in Baden auf dem Weg des Friedens

(Red.) In Heft FP 38/II-2013, S. 16, berichtete Theodor Ziegler bereits über die Motive und Erfahrungen im Diskussionsprozess der badischen Landeskirche zu einer friedensethischen Neuorientierung. Nach einer zweijährigen, breit angelegten Diskussion in den Kirchenbezirken und kirchlichen Verbänden sowie einem speziellen Studientag der Landessynode im Juni traf diese nun im Oktober eine Entscheidung. Darüber informiert der nachfolgende Artikel.

■ I. Der Beschluss

Auf ihrer Herbsttagung fasste die Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden am 24. Oktober 2013 einen weitreichenden Beschluss, der jedoch nichts abschließen, sondern vieles weiterführen und manches neu anregen soll. Begrüßt wird der durch die Eingabe des Kirchenbezirks Breisgau-Hochschwarzwald angestoßene Diskussionsprozess. Der dafür grundlegende Entwurf eines Positionspapiers wurde, weiter ausgearbeitet, unter dem Titel »Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens« (Lk 1,79) als »ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirche in Baden« an alle Gemeinden und Bezirke in Baden sowie die EKD-Synode und ihre Gliedkirchen gerichtet.

Im Vorspruch wird das Eintreten für Frieden und Versöhnung als zum Kern des kirchlichen Zeugnisses gehörend definiert. Dann folgt ein selbstkritisches Eingeständnis, die Beratungen hätten bewusst gemacht, »dass wir dem Friedens-thema zu wenig Beachtung geschenkt haben und nicht genug um Frieden ringen.« Klar werden »unser Lebensstil und unser Konsumverhalten« als konfliktverschärfend und kriegsfördernd erkannt. Auch wird der bisher zu geringe Einsatz für die gewaltfreie Konfliktbeilegung beklagt. Um der Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden zu entsprechen, werden zwölf Konkretionen beschlossen:

1. Verstetigung der Friedensethik durch mindestens eine landessynodale Befassung während einer (sechsjährigen) Amtsperiode.
2. Die Kirchenleitung und die Leitungsgremien in den Bezirken werden gebeten, bei ihren Kontakten zur den politisch Verantwortlichen

die biblische Friedensbotschaft zu Gehör zu bringen: Militärische Optionen hinterfragen und gewaltfreie Konzepte der Prävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung ins Gespräch bringen.

3. Die Landeskirche fördert die zivile Konfliktbearbeitung durch Ausbildung und Entsendung von Friedensfachkräften, übernimmt Patenschaften für den Zivilen Friedensdienst und unterstützt gewaltfreie Gruppen und Kirchengemeinden in Krisengebieten. Bestehende Programme der Jugendarbeit (Friedensstifter, Freiwilliger ökumenischer Friedensdienst) sollen weiterentwickelt werden. Dazu wird der Evang. Oberkirchenrat (EOK) bis zur Frühjahrssynode 2014 Vorschläge machen.
4. Soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung werden als Friedensvoraussetzungen erkannt. Es wird deshalb auf die hier schon laufenden Projekte - auch zur CO₂-Reduktion und »ökofairen und sozialen Beschaffung« - im Sinne geistlicher Herausforderung und tiefgreifender Verhaltensänderungen verwiesen und die Gemeinden werden ermutigt, »in diesem Prozess weiter aktiv zu bleiben bzw. zu werden«.
5. In Kooperation mit der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg soll der Transfer zwischen Wissenschaft, Kirche und Friedensorganisationen sowie der interreligiöse Dialog zu Frieden und Konflikten vertieft werden. Ebenso soll ein Forschungsprojekt zu just policing abklären, ob und wie polizeiliche Maßnahmen bei zwischenstaatlichen Konfliktsituationen militärische Gewalt ersetzen können.
6. Gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung, soll in Kooperation mit anderen europäischen Kirchen ein Szenario für einen mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung entworfen werden.
7. Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, die Restriktionen beim Rüstungsexport zu beachten und mittelfristig den Waffenexport ganz einzustellen.
8. Der EOK wird gebeten zu prüfen, inwieweit Kirchensteuermittel von Beschäftigten der Rüstungsindustrie direkt zur Linderung der

durch Kriegswaffen entstandenen Not eingesetzt werden können.

9. Die aktive gewaltfreie Konfliktbearbeitung sowie Methoden der Friedensarbeit sollen zu verbindlichen Inhalten der kirchlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung werden.
10. Die EKD wird gebeten, ihre Denkschrift von 2007 zu einer eindeutigeren Option für Gewaltfreiheit im Sinne des umfassenderen Verständnisses des gerechten Friedens weiterzuentwickeln.
11. In interreligiösen Gesprächen sollen die Chancen vermittelnder friedlicher Interventionen durch Religionsvertreter/innen angesprochen und dazu ermutigt werden.
12. Im Erinnerungsjahr 2014 (100 Jahre Erster und 75 Jahre Zweiter Weltkriegsbeginn sowie 25 Jahre friedliche Revolution) soll die kirchliche Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit bei den verschiedensten Veranstaltungsformen zum Thema gemacht werden.

Des Weiteren stimmte die Synode den unter Punkt 3.2 des Diskussionspapiers gemachten Ausführungen mit den Folgerungen für die Ausbildung der Pfarrer/innen und kirchlichen Mitarbeiter/innen und die verschiedenen kirchlichen Arbeitsfelder zu. Besonders erwähnenswert hierbei ist der Prüfauftrag für die Einrichtung eines, mit den anderen evangelischen Kirchen im Südwesten gemeinsam einzurichtendes »evangelisches Institut[es] für Friedenspädagogik«.

Eine zweite friedensethische Eingabe, aus einer Freiburger Kirchengemeinde unter der Federführung des Arztes Dr. Wieland Walther, die Landeskirche möge sich für die Einführung einer Friedenssteuer (so dass Steuerpflichtige zwischen militärischer und ziviler Verwendung entscheiden könnten) einsetzen, wurde dem EOK zur Stellungnahme übermittelt.

II. Erste Bewertung und Anmerkungen

1. Das Allerwichtigste zuerst:
Unter Punkt 6 benennt die badische Landeskirche als erste Volkskirche den Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung als mittelfristiges Ziel. Viele Christen verbinden dieses Ziel bislang mit der Wiederkunft Christi – also jenseits ihres Lebenshorizontes – und meinen, bis dahin auf militärische Optionen der Friedenssicherung nicht verzichten zu können.
Selbst innerhalb der Friedensbewegung ist vielfach nur von – sicher wichtigen – Zwischenzielen (Abschaffung der Atomwaffen, keine Rüstungsexporte an Diktaturen, keine Kampfdrohnen usw.) die Rede und das Hauptziel nicht in Sicht. Doch erst mit dem festen Blick auf das Ziel Entmilitarisierung und dem

Darüber-Sprechen bekommen die Zwischen- oder Teilziele ihre Sinnhaftigkeit.¹⁾

Die badische Landeskirche will sich beim Entwurf eines solchen Szenarios mit den anderen evangelischen Kirchen in Europa zusammenschließen. An dieser Stelle sollte jedoch auch die Ökumene der Konfessionen ins Blickfeld genommen werden, zumal sich auch aus den verschiedenen Ebenen der katholischen Kirche militärkritische Stimmen mehren²⁾ und mit Papst Franziskus das jesuanische Vorbild für die aktuelle Ethik in den Mittelpunkt gerückt wird. Warum nicht die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) auf regionaler, Bundes- und Europaebene mit dieser Aufgabe betrauen und somit die Entmilitarisierung zu einem gemeinsamen Anliegen aller Christen werden zu lassen? Oder warum nicht gleich offen alle Menschen guten Willens über religiöse Grenzen hinweg zur Mitarbeit einladen?

2. Mit dem Beschluss hat die badische Landessynode der Gewaltfreiheit in Form ziviler Konfliktbearbeitung Tür und Tor geöffnet, ohne gleichzeitig die Befürworter/innen militärischer Friedenssicherung zu be- oder verurteilen. Dies mag manche Pazifist/innen möglicherweise enttäuscht haben. Es ging jedoch nicht darum, nun eine pazifistische Version von CA 16³⁾ zu formulieren, sondern alle Kirchenmitglieder auf den friedlichen Weg des Friedens zu locken, zumal die gesamtbiblische Perspektive keine theologische Rechtfertigung von Krieg zulasse.⁴⁾ Im Grunde kann eine Synode nur das formulieren, was in der volkswirtschaftlichen Breite der Landeskirche auch mehrheitlich vertreten wird. Dies schließt Wegweisungen in eine neue Richtung aber nicht aus. Jedoch bedarf es nun einer Phase der Umsetzung der Beschlüsse und dann eines erneuten breiten Diskussionsprozesses, damit sich möglichst viele Mitglieder der Landeskirche an dem neuen Weg aktiv beteiligen können.

3. Dem »ernsthafte[n] und intensive[n] Ringen um eine Neuorientierung der Friedensethik« muss für die Zukunft gerade von pazifistischer Seite großes Gewicht zugemessen werden. Wie sollte der Dialog mit Militärbefürworter/innen geführt werden, damit die Möglich-

1) siehe auch mein Aufsatz »Ausstieg 2.0 – Nach dem Atomausstieg auch der Ausstieg aus dem Militär?« in Forum Pazifismus Heft 34/35/36, II-IV/2012, S. 22 ff.

2) So hat Erzbischof Zollitsch am 1. Januar 2013 die deutsche Rüstungsexportpolitik kritisiert (<http://de.nachrichten.yahoo.com/erzbischof-zollitsch-kritisiert-r%C3%BCstungsexporte-104049569.html> – Zugriff am 4.12.2013) und den kath. Priester, Pazifisten und Märtyrer Max Joseph Metzger zur Seligpreisung vorgeschlagen. Der österreichische Kriegsdienstverweigerer und Märtyrer Franz Jägerstätter wurde bereits unter Papst Benedikt XVI. selig gesprochen.

3) In der Confessio Augustana (1530) wurden in Art. 16 gerechter Krieg für legitim erklärt und christliche Kriegsgegner verdammt.

4) siehe S. 3 Abschnitt 2.1 des Diskussionsbeitrages

- keit zu einem Nach- und Umdenken in freier Entscheidung geschaffen wird?
4. Sehr bedeutsam ist das Gewicht, das die Landessynode auf die kirchliche Bildungsarbeit legt. Während die Notwendigkeit der militärischen Friedenssicherung staatlicherseits durch den Gemeinschaftskundeunterricht und die Jugendoffiziere an junge Menschen systematisch herangetragen wird, ist die Vermittlung gewaltfreier Konfliktbearbeitung bislang sehr zufällig von der persönlichen Haltung der jeweiligen Lehrkräfte abhängig. Wenn nun die Religionslehrkräfte in Aus-, Fort- und Weiterbildungen genuin gewaltfreie Konfliktlösungskompetenzen erwerben und diese spiralkurrikular in den verschiedenen Altersstufen umsetzen, ist mittelfristig eine gewaltfreie Konfliktbefähigung größerer Teile unserer Kirchenmitglieder und der Bevölkerung erreichbar. Dies wiederum ist die Voraussetzung für einen demokratisch herbeizuführenden Entmilitarisierungsprozess.
 5. Der zu erteilende Forschungsauftrag an die FEST in Sachen just policing kann dazu beitragen, auf breiter Ebene das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass ein gewaltsames Eingreifen mit militärischen Mitteln prinzipiell eine Verletzung der Verhältnismäßigkeitsregel darstellt und dass es stattdessen einer zivilisierenden Weltinnenpolitik bedarf. Wie müsste eine dementsprechende Polizei zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen strukturiert, zusammengesetzt, ausgebildet und bewaffnet sein, damit sie eine an Rechtsstaatlichkeit gebundene Polizei bleibt?
 6. Diese erfreuliche friedensethische Entwicklung in der badischen Landeskirche wäre nicht möglich geworden, wenn nicht schon seit Jahrzehnten Frauen und Männer das Ziel einer Entmilitarisierung vor Augen gehabt hätten – teilweise mit erheblichen Widerständen und Anfeindungen. Zu nennen sind das kirchliche Engagement für die Beratung und Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern, der daraus entstandene Arbeitskreis Soziale Verteidigung, viele Akademietagungen, der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung, die Frauenbewegung »Von nun an ...«, die »Frauen für den Frieden«, die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion in Baden und das Forum Friedensethik. Mehrheitlich sind die gegenwärtigen Akteure im mittleren und fortgeschrittenen Alter. War in früheren Jahrzehnten vor allem die Wehrpflicht der »Zubringer« für die Friedensarbeit, so gilt es nun, über die Jugendarbeit, den Religionsunterricht und die Erwachsenenbildung bei der nachkommenden Generation das Interesse für eine friedensethische und friedenspolitische Wende zu wecken.
 7. Damit dieser Synoden-Beschluss nicht in Vergessenheit gerät, wie es mit vorhergehenden friedensethischen Beschlüssen teils geschah, kommt es nun darauf an, dass die Umsetzung klar strukturiert, Gremien und Personen zugeordnet und nach einer festgelegten Zeit evaluiert wird. Der die Eingabegruppe begleitende Koordinationskreis will sich dies im Januar zur Aufgaben machen. Auch innerhalb der Synode und des EOKs sollte baldmöglichst eine strukturelle Verankerung der Friedensarbeit in Form eines landeskirchlichen Beauftragten und eines fachkundigen Beirates vorgenommen werden.
 8. Ermutigend sind die vielen positiven Rückmeldungen aus anderen Landeskirchen, wo einzelne Menschen und Gruppen in ähnlicher Weise engagiert sind. Zu hoffen bleibt, dass die neu zusammengesetzte EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung – wie von der Breisgau-Hochschwarzwälder Eingabe intendiert – diese Impulse aufgreift und in einer Aktualisierung der Friedensdenkschrift von 2007 das Ziel einer mittelfristigen Entmilitarisierung ins Auge fasst. Denn Christen sollten laut dem Bergprediger sanften Mutes, Frieden stiftend und das Licht der Welt sein – nicht das Rücklicht.

Theodor Ziegler ist Religionslehrer in Breisach und Mitinitiator der Eingabe zur Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden, die nun zu dieser Entscheidung der Landessynode geführt hat. Alle Dokumente des badischen Diskussionsprozesses sowie der Synodalbeschluss können unter www.ekiba/friedensethik abgerufen werden.

Theodor Ebert

Friedenserziehung im expansiven Industriesystem

Zur Bedeutung der Friedenspädagogik in Schule und Jugendarbeit«



What did you learn
in school today?«

Vor genau einem Monat habe ich an einem Erfurter Evangelischen Gymnasium diesen Vortrag über die Bedeutung der Friedenspädagogik in Schule und Jugendarbeit schon einmal gehalten.¹⁾ Mir sind inzwischen erhebliche Zweifel daran gekommen, dass ich diesen Vortrag hier in Magdeburg so wiederholen darf. Dabei befinden Sie sich in ungefähr derselben Situation wie die Erfurter Schüler. Auch Sie stehen bald oder in einem Jahr vor dem Abitur und vor der Frage, welchen Berufsweg Sie einschlagen sollen. Sie wissen, dass der Notendurchschnitt ausschlaggebend dafür sein kann, welche Fächer Sie studieren dürfen. Mit Ihren Schulnoten erbringen Sie eine Anpassungsleistung an die Anforderungen unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Systems. Für diese Anpassungsleistung werden Sie belohnt durch – im weltweiten Vergleich – relativ kostengünstige Studienmöglichkeiten, und wenn Sie dann den Prüfungsanforderungen der jeweiligen Fächer entsprechen und wenn sie dann noch tüchtiger sind als die mit ihnen um Arbeitsplätze konkurrierenden Kommilitonen, werden Sie auch eine Beschäftigung erhalten, bei der Sie wiederum im globalen Vergleich ein hohes Einkommen erzielen werden, das es Ihnen ermöglichen wird, sich so einiges von den Konsumangeboten unseres gesellschaftlichen Systems leisten zu können. Ist das okay? Ja, daran habe ich meine Zweifel.

Es gibt eine klassische Zusammenfassung der politischen Leistungen unseres Schulsystems – besungen von Pete Seeger »What did you learn in school today?« Man kann es nicht mehr so einfach auf youtube einspielen. Die GEMA hat die Finger drauf. Doch Ihr Englisch-Lehrer kann zumindest den Text noch beschaffen. Das ist das Lied von den angepassten Wählern unseres Establishments, die in little boxes on the hillside wohnen und ihre Parteiführer »again and again« wählen. Pete Seeger beschreibt den Lebenslauf, der dem Abiturienten in Deutschland oder in den USA oder einem anderen reichen Industriestaat blüht. Und wer es dann nicht schafft, dem bleibt dann immer noch die Möglichkeit, sich für die Profikicker von Bayern

München oder irgend einem anderen Fußball- oder Hockeyclub zu begeistern. Im alten Rom köderte man das Volk mit Brot und Spielen – panem et circenses. Heute gibt es eine schmale Grundversorgung – genannt Hartz IV – und statt der Gladiatorenkämpfe eben den Profi-Fußball. Damit sorgt das Establishment für Frieden innerhalb der eigenen Mauern.

Nun funktioniert aber das System nicht so perfekt, wie in dem Song Pete Seegers. Es gibt die Widersprüche innerhalb des Systems. Diese inneren Widersprüche entfalten eine gewisse Sprengkraft und es gibt diejenigen, die von außen an die Tore pochen und die sich nicht so einfach abschrecken lassen. Es gibt eine Reihe von globalen Problemen, die nur gelöst werden können, wenn man sich zu solidarischen Lösungen bereit findet. Aber diese Probleme kann man noch eine Zeitlang verdrängen, und auch die meisten Studierenden in Deutschland verdrängen sie noch.

Als ich in Ihrem Alter war, beunruhigte mich am allermeisten, dass unsere Regierenden sich in der Bundesrepublik mit der Bereitstellung von Atomwaffen auf den Dritten Weltkrieg vorbereiteten und Bundeskanzler Adenauer die taktischen Atomwaffen als eine Fortentwicklung der Artillerie verharmloste. Dabei war die Menschheit zum ersten Mal in der Lage, sich mit diesen Waffen – wie gigantisch oder kleinkalibrig sie auch waren – vollständig auszurotten. Das war die große Herausforderung, der sich in meiner Generation in der Bundesrepublik die Kriegsdienstverweigerer und in der DDR die so genannten Bausoldaten, die das Gegenteil von Soldaten waren, stellten. Sie suchten nach Alternativen, und aus christlicher Sicht war diese Suche nach Alternativen auch die Frage nach dem von Gott eigentlich Gewollten.

Diese Suche nach Alternativen reizte mich nach dem mühsamen Abitur an dem vor mir liegenden Studium. Allerdings hatte ich keine Ahnung, wie man sich als Student über Alternativen zum System informieren könnte. Ich wusste gar nicht, was ein soziales System und was soziale Rollen sind. An der Universität gab es keine Friedens- und Konfliktforschung. Doch einfach nur anpassen wollte ich mich nicht und dann habe ich eben Fächer gewählt, bei denen man die Vergangenheit zumindest kritisch betrachten und die dabei gewonnenen Erkenntnisse weitergeben konnte. Doch auch in diesen Fächern – ich hatte Geschich-

1) Dokumentiert unter www.lebenshaus-alb.de/magazin/008229.html

te, Germanistik und Englisch gewählt – war bei der Anerkennung von Studienleistungen der Anpassungsdruck erheblich und ich verlor das in Aussicht gestellte Stipendium bei der Studienstiftung des Deutschen Volkes und verfehlte das erste Promotionsvorhaben an der Universität Tübingen, weil denjenigen, die mich fördern sollten, meine Denk- und Arbeitsweise nicht passte.

Glücklicherweise gab es aber dann im akademischen Betrieb Nischen, in denen sich Nonkonformistisches entwickeln und artikulieren konnte. Ich konnte schließlich an der Universität Erlangen meine Dissertation zum Thema »Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg« schreiben und publizieren und mich dann an der Freien Universität Berlin sogar mit Aufsätzen über den gewaltfreien Widerstand als Alternative zur militärischen Verteidigung habilitieren.

Das ist eine lange Geschichte. Ich bin dabei, sie zur Ermutigung nachwachsender Generationen in einer Autobiographie zu erzählen. Aber dies will ich an dieser Stelle jetzt nicht tun, sondern auf das wahrscheinlich oder eventuell auch Sie bedrängende Problem zurückkommen, dass Sie jetzt vom politischen und wirtschaftlichen System unter Anpassungsdruck gesetzt und für Konformismus belohnt werden, obwohl Sie vielleicht schon ahnen, dass etwas faul ist im Staate Dänemark.

Und was hat das jetzt mit »Friedenserziehung« zu tun? Etwa so viel wie das Jesus-Wort »Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.« Damit war gewiss nicht gemeint, dass er der Anführer eines bewaffneten Aufstandes sein wolle. Zu seinen Mitteln – respektive den Schwertern – hat er in der Bergpredigt das Erforderliche gesagt. »Selig sind, die da Frieden stiften« und das ging eindeutig in Richtung »Schwerter zu Pflugscharen«. Er lehnte die Vergeltung für erlittenes Unrecht ab, aber er war sehr wohl dafür, dass man in der Gegenwart Tacheles redet und das Unrecht benennt und tatkräftig Veränderungen fordert und mit direkten Aktionen auch einleitet. Damit hat er die römische Besatzungsmacht und ihre einheimischen Kollaborateure furchtbar geärgert. Und dann haben sie kurzen Prozess gemacht und ihn umgebracht. Das waren nicht die Römer und die Juden, sondern das jeweilige Establishment, das die wahren Verhältnisse nicht benannt haben wollte.

Nach der biblischen Überlieferung hat Jesus verbal ziemlich ausgeteilt. Wer lässt sich schon gerne als »Schlangen- und Otterngezücht« bezeichnen?! Und den Händlern im Tempel hat er angeblich mit einer direkten Aktion das Geschäft vermasselt.

Mit so etwas macht man sich sehr unbeliebt. Anscheinend war die »Gewaltfreie Kommunikation« à la Marshall Rosenberg zu Jesu Zeiten noch reichlich unterentwickelt. Es könnte aber auch sein, dass die Anhänger Jesu ihn nach seinem Tod

nicht ganz korrekt zitiert haben – das sage ich zum Trost für diejenigen, die wie Martin Niemöller in schwierigen Situationen sich überlegen: »Was würde der Herr Jesus dazu sagen?« Der Zorn ist nicht immer das beste Navi, wenn es darum geht, die passenden Worte zu finden. »Suaviter in modo, fortiter in re« – also sanft im Ausdruck, doch hart in der Sache. Das ist kein Spruch von Jesus, aber auch Christen können diesen Rat weiser Lateiner beherzigen.

■ Der lange Marsch zum Frieden

Doch wie funktioniert nun die richtige Friedenserziehung? Ich müsste es eigentlich wissen, aber genau genommen kann ich Ihnen auch nur berichten, womit ich experimentiert habe. Und dann müsste man sehen, was aus den Absolventen meiner Kurse geworden ist. Doch nur bei wenigen konnte ich den Lebensweg verfolgen, und was bewirken schon ein oder zwei Kurse im Laufe eines Studiums oder die Lektüre eines Buches?

Bei meinen Einführungskursen zur Friedensforschung an der Freien Universität Berlin, am seit APO-Zeiten berüchtigten und heute eher zahmen Otto-Suhr-Institut, habe ich mit den Studenten kapitelweise Martin Luther Kings autobiographischen Bericht über den Busboykott in Montgomery im Jahre 1956 gelesen. Der amerikanische Titel dieses Buches ist »Stride toward Freedom«. Ich möchte ihn mal übertragen mit »Der lange Marsch zur Freiheit«. »Stride« bedeutet auch Kampf, Einsatz, Engagement.

In diesem Bericht über den Busboykott von Montgomery, der darin bestand, dass die Schwarzen sich weigerten, die Busse zu benutzen, solange sie sich nicht auf alle freien Plätze setzen durften, gibt es eine Passage, in der es um das richtige Verständnis des Friedens geht.

Ich lese Ihnen jetzt aus diesem Buch eine Seite vor. Das ist jetzt ein bisschen wie in der Kirche. Da wird erst das Evangelium vorgelesen und dann predigt der Pfarrer darüber. Ich will – hoffentlich in aller Bescheidenheit – ähnlich verfahren.

Unter der Oberfläche hatte sich bis zum Jahre 1954 ein langsam schwelendes Feuer der Unzufriedenheit entwickelt, das durch die dauernde unwürdige Behandlung der Neger und durch die Ungerechtigkeiten, denen sie ausgesetzt waren, immer mehr geschürt wurde. Einige furchtlose Männer, die auf eigene Kappe protestierten, schufen die Atmosphäre für die soziale Revolution, die sich allmählich in den Südstaaten der USA, der sogenannten »Wiege der Konföderation« [hier erinnert King an den amerikanischen Bürgerkrieg] vorbereitete.

1954 merkte man – oberflächlich betrachtet – noch nichts von dieser Unzufriedenheit. Zu die-

ser Zeit nahmen die Neger und die Weißen das wohlgeordnete System der Rassentrennung noch als eine Selbstverständlichkeit hin. Kaum einer wagte es abzulehnen. Montgomery war eine beschauliche, man könnte auch sagen friedliche Stadt. Aber der Frieden war auf Kosten menschlicher Unfreiheit zustande gekommen.

Viele Monate später hielt mir einmal ein einflussreicher weißer Bürger von Montgomery vor: »Jahrelang hatten wir hier so friedliche und harmonische Beziehungen zwischen unseren beiden Rassen. Warum haben Sie und Ihre Anhänger sie zerstört?«

Meine Antwort war einfach. »Mein Herr«, sagte ich, »Sie haben niemals wirklichen Frieden in Montgomery gehabt. Sie hatten eine Art negativen Frieden, bei dem der Neger meist seine untergeordnete Stellung einfach hinnahm. Aber das ist kein wirklicher Frieden. Nicht dann ist Frieden, wenn man nichts von Spannungen merkt, sondern wenn Gerechtigkeit herrscht. Wenn heute die Unterdrückten in Montgomery aufstehen und anfangen, sich um einen dauernden positiven Frieden zu bemühen, so ist diese Spannung notwendig. Das hat auch Jesus mit seinem Wort gemeint: Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert. Jesus wollte damit bestimmt nicht sagen, dass er gekommen sei, ein wirkliches Schwert zu bringen. Sondern etwa das. Ich bin nicht gekommen, diesen alten, negativen Frieden mit seiner tödlichen Passivität zu bringen. Ich bin gekommen, gegen einen solchen Frieden die Geißel zu schwingen. Wenn ich komme, gibt es Kampf und Konflikte zwischen dem Alten und dem Neuen. Wenn ich komme, scheiden sich Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Ich bin gekommen, einen positiven Frieden zu bringen, in dem Gerechtigkeit und Liebe wohnen, ja – ich bin gekommen, das Reich Gottes aufzurichten.

Der Frieden zwischen den Rassen, wie er in Montgomery bestanden hatte, war kein christlicher Frieden. Es war ein heidnischer Frieden und er war zu einem zu hohen Preis erkaufte worden.

Und dann schildert King den Zustand der Rassendiskriminierung in den Bussen von Montgomery. Die Weigerung, diese Diskriminierung bei der Sitzordnung in den Bussen weiter zu akzeptieren, hat einige Weiße so geärgert, dass sie mit Mord und Totschlag gegen die Schwarzen und auch gegen ihre weißen Helfer vorgingen. Manche von Ihnen haben wahrscheinlich den Film »Mississippi burning« im Fernsehen betrachtet. Wenn Sie die Erinnerungen Coretta Kings an ihren Mann lesen, dann wird ihnen auffallen, dass immer wieder der Toten auf diesem langen Marsch zur Freiheit gedacht wird. Ihre Namen sind bekannt. Sie sind nicht vergessen – und als Friedensforscher ist mir wichtig, dass ihre Zahl überschaubar geblieben

ist. Bei Bürgerkriegen gehen die Opferzahlen in die Tausende und die Zehntausende. Vergleichen Sie mal die Zahlen im Algerischen Befreiungskrieg und im indischen Befreiungskampf unter Gandhis Leitung!

Was hat dies mit uns, mit der Friedenserziehung in Deutschland und in Europa zu tun? Die meisten Deutschen sind keine Rassisten wie die Konföderierten in den Südstaaten der USA – auch wenn uns Bestseller wie Thilo Sarrazins »Deutschland schafft sich ab« und die NSU-Morde nachdenklich stimmen sollten. Zwischen den NSU-Morden und den Aktivitäten des Ku-Klux-Klan gibt es Parallelen. Doch solch plumper Rassismus ist in Deutschland – nach den erschütternden Erfahrungen mit dem Antisemitismus – nicht länger mehrheitsfähig. Doch unser Problem wird sichtbar, wenn vor Lampedusa Hunderte von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden im Mittelmeer ersaufen und den Innenministern nichts Besseres einfällt, als die Grenzschergen zu verschärfen, die Abschiebungen zu effektivieren und die Schlepper als die Bösen anzuprangern.

Und das Schlimme ist: Es sieht so aus, als ob sich da nichts ändern wird. Es wird in Deutschland demnächst zu einer großen Koalition der Abwehrwilligen in der Festung Europa kommen. Mit einem flächendeckenden Mindestlohn von 8 Euro 50 werden die sozialdemokratischen Gewissen ruhig gestellt. Dann ist alles paletti und über Flüchtlingspolitik, Armutsbekämpfung in Afrika und Waffenexporte in die Golfstaaten und die Kleinkaliberwaffen von Heckler & Koch in den Händen afrikanischer Kindersoldaten redet man nicht mehr. Ja doch, man redet noch ein bisschen darüber, aber man tut nichts Effektives dagegen. Dabei hatte Jesus bei den Seligpreisungen der Bergpredigt ausdrücklich die Friedensmacher (pacifici) und nicht die Friedensredner und die Friedenspreisträger im Auge.

Es gibt noch ein paar Störenfriede in den künftigen Regierungsparteien und in der Restopposition, bei den Grünen und bei der Linken. Doch etwas Effektives wird nicht getan. Das ist Muttis Friede. Oh ja, Angela Merkel ist eine sympathische Frau. Das ist ein Mensch wie wir. Sie denkt und fühlt wie die Mehrheit der Deutschen. Aber das heißt eben nicht, dass ihre Politik okay ist.

■ **Der faule Friede und die ersten Schritte zum wahren Frieden**

Wer sagt den Deutschen noch die Wahrheit wie ein Martin Luther King? Ich zitiere ihn noch einmal: »Nicht dann ist Frieden, wenn man nichts von Spannungen merkt, sondern wenn Gerechtigkeit herrscht.« Und in Deutschland herrscht noch keine Gerechtigkeit, wenn ein Mindestlohn von 8 Euro 50 durchgesetzt wird. Global gesehen sind auch die deutschen Arbeiter – und erst recht die

deutschen Beamten und die Professoren mit ihren komfortablen Pensionen - privilegiert. Lenin sprach hier von »Arbeiteraristokratie«. Ich bin kein Leninist und lehne Lenins Parteimodell ab, aber manche seiner analytischen Aussagen sind nicht von der Hand zu weisen.

Was ist in einer solchen Situation Friedenserziehung? Der erste Schritt ist, dass man die Verhältnisse analysiert mit dem Maßstab der sozialen Gerechtigkeit, und der zweite Schritt ist dann, dass man überlegt, wie man die ungerechten Verhältnisse – und ich sage dies vorweg - mit gewaltfreien Mitteln ändern kann.

Zu den gewaltfreien Mitteln werde ich mich im zweiten Teil meines Referates noch äußern. Doch zunächst möchte ich auf die Hemmnisse hinweisen, die einer Analyse der Verhältnisse unter dem Gesichtspunkt lokaler und globaler Gerechtigkeit entgegenstehen.

Wenn es um die Gerechtigkeit schlecht steht, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass Menschen vom Typ des Michael Kohlhaas auftreten und mit Gewalt aufbegehren und die Verhältnisse zu ändern suchen. Wenn dies geschieht, dann ruft das Establishment auf zum »Krieg gegen den Terror«. Das haben wir erlebt nach den spektakulären Anschlägen gegen die Twin-Towers in New York. Da setzte auch bei deutschen Politikern der Verstand aus. Da wurde von »uneingeschränkter Solidarität« gesprochen und dem militärischen Eingreifen in Afghanistan zugestimmt. Die Deutschen hatten nach 9/11 einen neuen Feind, den »radikalislamischen Taliban«. Diesen führte Verteidigungsminister Franz Josef Jung von nun ab im Munde. Ich hätte ihn ja gerne mal gefragt, was er denn unter einem »radikalislamischen Taliban« versteht und wie er es erklärt, dass der Anbau von Mohn sich in Afghanistan nach dem Sieg über die Taliban multipliziert hat.

Die Terroristen können die amerikanische und die europäische Volkswirtschaft mit ihren Anschlägen nicht wirklich gefährden, solange sie die Atomkraftwerke nicht attackieren, woran das Gewissen sie hindern möge. Doch die entsetzlichen Taten der Terroristen gegen Mitläufer des herrschenden Systems oder gegen einzelne Promis wie z.B. den Bankier Herrhausen können positive Gefühle, gar Sympathie für die Träger des insgesamt ungerechten Systems mobilisieren.²⁾ Und wenn jemand dann mahnt und empfiehlt, über die tiefer liegenden Ursachen des Terrors nachzudenken und diese Ursachen zu bekämpfen, wird er zum Naivling oder gar Sympathisanten des Terror erklärt.³⁾

2) Siehe den verständnisvollen und einfühlsamen Roman Tanja Langers: Der Tag ist hell, ich schreibe dir. München: Langen-Müller, 2012, 406 S.

3) Ein Musterbeispiel für diese ideologische Form der Abwehr von System- und Selbstkritik ist ein Sammelband Henryk Broders, eines Mitarbeiters des Magazins »Der Spiegel« und eines preisge-

■ Kritik der Kriegspropaganda

Zur kritischen Friedenserziehung gehört unbedingt, sich mit der Propaganda zu befassen, mit welcher die Herrschenden ihre Ansprüche und ihr – angeblich alternativloses, obgleich völkerrechtswidriges - militärisches Eingreifen in andere Staaten zu rechtfertigen suchen.

Ein Höhepunkt dieser Propaganda-Lügen war am 5. Februar 2003 der Auftritt des amerikanischen Außenministers Colin Powell bei den Vereinten Nationen mit dem Versuch, im Irak die Bereitstellung von Raketen mit Massenvernichtungsmitteln nachzuweisen. Ich habe mir die Fernsehübertragung dieses Auftritts angesehen. Wenn man diese Sendung heute wiederholen würde? Wäre das peinlich! Als Pensionär hat sich Powell später dieses Auftritts geschämt und ihn als Schandfleck in seiner Karriere bezeichnet. Das spricht für Powell als Charakter, doch diese Show war nun mal bezeichnend für die Methode, mit der das Establishment das Volk hinter Licht führt, von Demokratie redet und Öl meint.

Den Verlauf der Intervention im Irak muss ich hier nicht nachzeichnen. Saddam Hussein wurde abgesetzt, gefasst und hingerichtet. Hussein war ein übler Typ, doch mit einem Todesurteil war nichts gewonnen. Die militärische Intervention der USA im Bündnis mit den Willigen hat für die Masse der Iraker eine Verschlechterung der Lage gebracht.

■ Widerstand gegen Diktaturen

Angesichts solcher Erfahrungen wird derjenige, der sich mit Friedenserziehung befasst, die Frage stellen: Muss man sich mit der Existenz von üblen Diktaturen, die Menschenrechte verletzen, abfinden, oder gibt es doch Möglichkeiten, sie zu überwinden?

Wenn man diese Frage so stellt, sollte man zunächst einmal unterscheiden zwischen den Dikta-

krönten Journalisten. Unter dem Titel »Kein Krieg, nirgends: Die Deutschen und der Terror« hat er eine Reihe von ansatzweise selbstkritischen Reaktionen auf 9/11 gesammelt und kommentiert. Er berief sich dabei auf einen Satz von Karl Kraus »Mein Herr, wenn Sie nicht schweigen, werde ich sie zitieren.« Im Zuge dieses Sammelns von Zitaten, hat er sich auch einen Beitrag von mir vorgeknöpft.

Ich stehe noch zu diesem Vortrag, den ich zwei Wochen nach 9/11 bei der Bürgerinitiative Freie Heide, die sich gegen einen Bombenabwurfplatz wandte, in der Kurt-Tucholsky-Gedenkstätte in Rheinsberg gehalten habe. Der Titel war »Pazifismus nach den Terroranschlägen in den USA«. (In: Gewaltfreie Aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit, Karlsruhe, Heft 129, 2001, S. 6-15) Rückblickend hielt es für eine pädagogisch sinnvolle Übung, Broders Kritik und meinen Vortrag aus dem Jahre 2001 nach den Erfahrungen der Interventionen in Afghanistan und dem Irak noch einmal zu lesen. Das Zitat von Karl Kraus könnte sich als Bumerang erweisen. »Mein Herr, wenn Sie auch im Rückblick nicht lernen, werde ich sie zitieren.« In den Jahren 2001 und 2002 trug Hendrik Broder bei seinen häufigen Auftritten im deutschen Fernsehen demonstrativ eine amerikanische Flagge am Revers. Jetzt sehe ich die Fahne bei ihm nicht mehr. Lernprozesse sind also möglich. Man muss ja die sperrige Fahne nicht gleich zu verschlucken suchen, wie der Vater des Blechtrommlers das Hankreuz-Bonbon.

turen, die mit den reichen Ländern wirtschaftlich kooperieren und den anderen Diktaturen, welche uns keine wirtschaftlichen Vorteile bieten können.

Erstere brauchen sich vor militärischen Interventionen der reichen Länder nicht zu fürchten. Die Regierungen der reichen Industriestaaten reden viel von Demokratie, liefern aber den Diktatoren die Waffen zur Unterdrückung von gewaltsamen Aufständen. Bei den Panzerbestellungen der Saudis und anderer Ölpotentaten ist dies offensichtlich. Wir dürfen gespannt sein, ob zu diesen Waffengeschäften sich etwas Effektives in den Koalitionsvereinbarungen finden lassen wird.

Nun gibt es andere Diktaturen, die mit dem westlichen Establishment nur bedingt oder gar nicht kooperieren. Diese würde man dann gerne durch willigere Eliten ersetzt sehen. In Großbritannien und Frankreich und ansatzweise auch in den USA meinte man eine Zeitlang, eine solche Zusammenarbeit mit den Willigen könne in Syrien funktionieren. Mittlerweile graust es aber auch westlichen Regierungen vor der Zusammensetzung der syrischen Befreiungskämpfer und deren Gräueltaten, auch wenn in unserer Presse darüber nur ganz spärlich berichtet wird.

■ Was lehrt uns der »arabische Frühling«?

Nun haben einige aufrechte Demokraten in Europa und den USA sich zumindest über den arabischen Frühling gefreut, also über die zunächst erfolgreichen gewaltlosen Aufstände in Tunesien und Ägypten. Mein amerikanischer Kollege und langjähriger Freund, der Bostoner Konfliktforscher Gene Sharp, der ausschließlich gewaltfreie Methoden befürwortet, erhielt den Alternativen Nobelpreis. Das hat auch mich sehr gefreut. Sharp hat diese Anerkennung verdient, aber die ihn feierten haben die Probleme, einen gewaltfreien Aufstand in eine geordnete Demokratie zu überführen, unterschätzt. Man hat zu wenig getan, diese Demokratisierungsbewegungen in Tunesien und Ägypten zu unterstützen. Der deutsche Außenminister hat schöne Reden gehalten – ein wahrer König Silberzunge. Doch ihm fehlten die Instrumente und die Personen, diese gewaltfreien Aufstandsbewegungen zu unterstützen. Dem nächsten deutschen Außenminister wird es ähnlich gehen. Man kann nur noch hoffen, dass die Bundesregierung wenigstens die Finger von militärischen Abenteuern lässt. Da höre ich mittlerweile immer wieder sehr gefährliche Töne. Wenn der Bundespräsident von den Soldaten als den »Mutbürgern« spricht, und ich dabei an die Bomben auf die Tanklaster bei Kunduz denke, dann schaudert es mich. Mit militärischen Mitteln können wir schlechterdings nichts Positives bewirken. Mission impossible. Da ist man auch bei allem Mut fehl am Platze.

■ Eine Alternative: Ziviler Friedensdienst

Ich habe Anfang der 90er Jahre als Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche von Berlin und Brandenburg vorgeschlagen, als Alternative zum Militärdienst einen zivilen Friedensdienst aufzubauen. Dieser Zivile Friedensdienst sollte sich um innere Konflikte – wie z.B. den Rechtsextremismus –, um junge Demokratien im Ausland und auch um die Landesverteidigung, falls diese denn notwendig werden sollte, kümmern. Dieses Konzept ist nach einigen Einsprüchen auch unterstützt worden – allerdings in einer sehr abgeschwächten Form. Aus der Grundausbildung in gewaltfreiem Handeln für Zehntausende, die mir vorschwebte, wurde die Rekrutierung von wenigen hundert beruflich vorgebildeten Friedensfachkräften. Diese wenigen zivilen Fachkräfte konnten die Alternative zum Militär nur noch andeuten, aber nicht mehr effektiv praktizieren. Dazu hätte man viel mehr investieren müssen. Stattdessen haben wir mal wieder im Gefolge der Amerikaner eine halbe Milliarde Euro für Drohnen und ähnliches Kriegsgerät verpulvert.

Man stelle sich vor, wir hätten wirklich zehntausend ausgebildete Mitglieder des Zivilen Friedensdienstes gehabt und hätten sie – auf Einladung – nach Ägypten entsandt, um an den Universitäten und in den Dörfern beim Aufbau basisdemokratischer Strukturen zu helfen. Ich bin ziemlich sicher, dass es möglich gewesen wäre, die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen Kopten und Muslimen zu verhindern und die gemäßigten Muslimbrüder für eine Kooperation zu gewinnen. Wie schwierig das ist, aber was auch möglich ist, zeigt der lebenslange Einsatz Gandhis für die Zusammenarbeit von Hindus, Christen und Muslimen.

Bei einer Erkundungsreise in den Kosovo habe ich den Eindruck gewonnen, dass die ganz wenigen Mitarbeiter des Zivilen Friedensdienstes dort gute Arbeit machen, aber ihre Zahl zu gering ist, um den tief sitzenden Animositäten zwischen Serben und Kosovaren und der Diskriminierung der Roma zu begegnen.⁴⁾

Ich behaupte nicht, dass der Zivile Friedensdienst das Allheilmittel für die Friedensprobleme ist. Es kommt hier auf die flankierenden wirtschaftspolitischen und pädagogischen Maßnahmen an. Doch wenn man zu einer selbstkritischen Analyse kommt und sich klar macht, dass wir die Mittel ganz massiv umverteilen und die Prioritäten ganz neu setzen müssen, dann kann man auch echte Friedenspolitik im Sinne Martin Luther Kings machen.

Die Hauptschwierigkeit bei der Friedenserziehung ist, dass wir als erstes begreifen müssen: Im

4) Th. Ebert: Vor Ort mit dem Zivilen Friedensdienst. Spätsommerliche Reise ins frühere Jugoslawien. Karlsruhe: Gewaltfreie Aktion, Heft 152, 3. Quartal 2007, erschienen im Mai 2008, 47 S.

Blick auf die globalen Verhältnisse sind wir in den reichen Ländern nicht die Guten; vielmehr gleichen wir dem weißen Bürger von Montgomery, der zu Martin Luther King sagte: »Jahrelang hatten wir hier so friedliche und harmonische Beziehungen zwischen unseren beiden Rassen. Warum haben Sie und Ihre Anhänger sie zerstört?« Wer hierzulande Friedenserziehung betreiben will, hat es schwer mit sich und den Schülern: Er muss klar machen, dass wir im Blick auf Montgomery nicht den Schwarzen gleichen, sondern allenfalls den Weißen, die mit ihrem Sinn für Gerechtigkeit begreifen, dass man mit den angeblich so friedlichen und harmonischen Beziehungen nicht weitermachen kann wie bisher.

George W. Bush hat nach dem Attentat auf die Twin Towers in New York seine amerikanische Innen- und Außenpolitik gemacht mit dem Anspruch »Wir sind die Guten.« Wenn man aber auf soziale Gerechtigkeit achtet und über Klimaschutz usw. nachdenkt, dann zeigt sich, dass wir zu den Hauptübeltätern gehören und dass wir uns ändern müssten. Das habe ich vor einem Monat in Erfurt bei meinem Vortrag zum selben Thema noch nicht so deutlich gesagt.

Warum denn nicht? Für dieses Sich-Ändern gibt es keine einfachen Rezepte. Jedenfalls sind viele Änderungen mit Kosten verbunden und verlangen Einschnitte in uns vertraute Gewohnheiten. Einiges wird als schmerzhafter Verzicht empfunden werden. Erinnern wir uns: Für die Bürger der DDR bedeutete es einen schmerzhaften Verzicht, dass man nicht in alle Welt reisen konnte. Jetzt sind solche Reisen möglich, aber die Frage lautet jetzt: Welche Nah- und Fernreisen sind unter dem Gesichtspunkt globaler Gerechtigkeit zu verantworten? Und wenn man so fragt, dann melden sich als erste alle diejenigen, welche ihren Lebensunterhalt damit verdienen, dass so expansiv gewirtschaftet wird. Wer Luxusliner baut – und da sind viele tätig – wird dagegen sein, diese Art von Konsum freiwillig zu beschränken. Das gilt für viele Bereiche unserer Wirtschaft. Und viele Volkswirte werden sagen: Nur wenn wir die fragwürdigen Produkte herstellen und nutzen, haben wir die Mittel – sprich Steuereinnahmen –, die wir dringend brauchen, um die Programme für mehr soziale Gerechtigkeit zu finanzieren oder auch nur, um die soziale Gerechtigkeit auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten. Also: Von den Steuereinnahmen aus der Automobilproduktion werden dann auch die Studienplätze an den Universitäten bezahlt und die Pensionen der Professoren und der Pfarrer, die im globalen Vergleich doch recht stattlich sind.

Und dann ist es schon vorbei mit der Reformfreudigkeit und man sagt sich klammheimlich: Dann lassen wir Mutti halt weiter wursteln, auch wenn es nicht mehr lange gut gehen kann.

Und das ist dann das Ende vom Lied bei der Friedenserziehung – und wie singt doch Pete Seeger - »and we elect them again and again«. Das ist das Lied von der Korruption der Wähler in der Demokratie. Wenn wir die etablierten Koalitionäre nicht mehr wählen, ist dies auch für uns riskant. Es kostet uns kurz- und mittelfristig einiges und es ist nicht sicher, dass dann langfristig der erhoffte Zugewinn an sozialer Gerechtigkeit und Frieden eintreten wird.

Ich weiß, ich weiß, so darf ich jetzt nicht enden. Am Ende einer Predigt darf man nicht sagen: Mahlzeit! Da muss etwas Ermutigendes aufs Tablett kommen.

Das Patentrezept habe ich nicht, aber Sie kennen alle die Geschichte von den beiden Fröschen, die in die Milch gefallen sind. Der eine sagte, auf lange Sicht ist unsere Lage hoffnungslos, darum genieße ich den Augenblick und ersaufe dann eben. Der andere sparte seine Kräfte und strampelte und strampelte und hielt solange durch, bis sich eine Butterinsel bildete, auf welcher er überleben und über den Rand springen konnte.

Ich wünschte mir, es gäbe in der Bundesrepublik Menschen mittleren Alters wie Martin Luther King, die uns, aber besonders der jungen Generation deutlich machen, dass wir gegenwärtig unserer Verantwortung nicht gerecht werden und dass wir auf dem falschen Dampfer sind, wenn wir uns einbilden, wir könnten so weitermachen wie in den letzten Jahren und in erster Linie darauf achten, dass der Export stimmt und wir dann auf Teufel komm raus konsumieren können. Das sollte jeder sich fragen, wenn er morgens in den Spiegel blickt.

■ Die Verantwortung der nachwachsenden Generationen

Doch was bedeutet dies für einen jungen Menschen, der nach dem Abitur doch in erheblichem Umfang sein Leben planen kann?

Er oder sie müssen es vor allem wagen, den eigenen Verstand zu gebrauchen und die Verhältnisse unter globalen Gesichtspunkten selbständig zu analysieren. Die Jungen müssen aufhören, sich von Mutti Angela einreden zu lassen, dass es uns gut geht und dass wir dies auch verdient haben, weil wir so tüchtig sind und hart arbeiten.

Wir dürfen aber nicht bei der Analyse, die gar so leicht im Zynismus endet, stehen bleiben, sondern wir sollten anfangen, mit einem alternativen Leben zu experimentieren. Diese möglichen Experimente sind vielfältig und es gibt sie auf vielen Berufswegen. Und wir werden noch auf einige Zeit Kompromisse eingehen müssen mit fragwürdigen Verhaltensweisen. Wir können nicht vollständig und sofort aussteigen, aber einiges ist eben doch möglich und jeder und jede sollte sich

rote Linien ziehen, die aus sozialer Verantwortung nicht mehr überschritten werden dürfen. Und das müssen wir der Politik signalisieren: Wir lassen uns nicht erpressen, diese roten Linien zu überschreiten. Das hätte Bundeskanzler Schröder im Voraus signalisiert werden müssen, bevor er seine Partei und die Grünen erpresste mit dem Absicht, sich an der Intervention in Afghanistan zu beteiligen.⁵⁾ Da muss jeder Mensch seine eigenen roten Linien ziehen und dann sollte er mit Alternativen experimentieren. Alle Berufswege sollten sich dadurch legitimieren, dass zu ihrem mutmaßlichen Verlauf zuvorderst gefragt wird: Ist das, was ich hier tue, auf die Armen dieser Erde übertragbar oder nutze ich hier schamlos eine privilegierte Position?

So zu fragen ist auch intellektuell anstrengend. Man muss sich Informationen und praktische Alternativen erarbeiten, die nicht auf dem Markt und vielleicht auch nicht auf den Lehrplänen der Universitäten angeboten werden.

Ich nehme jetzt mal das Beispiel »Ziviler Friedensdienst«. Sie können sich sagen: Ich will mein Studium so ausrichten, dass es mich befähigt, in einem Zivilen Friedensdienst aktiv zu werden. Möglich ist dies. Heute Nachmittag wird Agnes Sander von ihren Erfahrungen mit dem Zivilen Friedensdienst in Kamerun berichten.

Aus Zeitgründen kann ich Ihnen jetzt nicht das Curriculum einer Ausbildung für den Zivilen Friedensdienst vorstellen. Hier muss auch noch weiter experimentiert werden. Ich habe am Otto-Suhr-Institut mehrfach Trainings in gewaltfreier Konfliktaustragung angeboten und die Studenten und auch ich haben die dabei gesammelten Erfahrungen in Tagebüchern und Berichten über die Trainingseinheiten festgehalten. Das Ziel war es, die Übungen so anschaulich zu beschreiben, dass sie auch von nicht Beteiligten aufgegriffen, nachgeahmt und verbessert werden konnten. Das lässt sich nachlesen in meinem Buch »Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln«, Münster: Agenda Verlag, 1997. Es ist vergriffen, aber es lässt sich herunterladen unter www.lebenshaus-alb.de.

Für den Zivilen Friedensdienst gibt es keine so gesicherten Arbeitsplätze wie zum Beispiel für junge Ärzte. Zur Ausbildung zum Zivilen Friedensdienst gehört auch, dass die Auszubildenden und die Lehrkräfte parallel auf den politischen Willensbildungsprozess so einwirken, dass diese Arbeitsplätze entstehen.

Mehrere meiner Studenten haben solche Arbeitsplätze für gewaltfreie Basisaktivisten selbst kreiert. Da gab es Durststrecken, und reich – im monetären Sinne – ist noch keiner geworden, aber es gab immer wieder Institutionen und einzelne Menschen, die froh waren, dass es solche gewaltfreien Basisarbeiter und Trainer in gewaltfreier Aktion gibt und dass man sie engagieren kann. Es gibt heute kaum mehr eine große Initiative (NGO), die nicht mit solchen Profis arbeiten möchte. Doch wenn man den Zivilen Friedensdienst groß aufziehen will, braucht man noch viel mehr Trainer. Für zehn Auszubildende braucht man mindestens einen Trainer.

Ich behaupte nicht, dass diese Selbstausbildung zum gewaltfreien Basisaktivisten die Lösung für das Problem des Aufarbeitens der moralischen Defizite unserer Gesellschaft ist, aber ich bin sicher, dass wir die Verhältnisse nicht ändern können, wenn es dieses Reservoir von qualifizierten gewaltfreien Ökoaktivisten und Friedensarbeitern nicht gibt.

Das letzte Thema einer Dissertation, das ich am Otto-Suhr-Institut betreut habe, galt dem Leben eines solchen Basisaktivisten: Ulrich H. Philipp: Politik von unten. Wolfgang Sternstein. Erfahrungen eines Graswurzelpolitikers und Aktionsforschers, Berlin: NORA-Verlagsgemeinschaft, 2006. Sternstein hat nun auch selbst noch einen Erfahrungsbericht vorgelegt: »Atomkraft – nein danke!«. Der lange Weg zum Ausstieg, Frankfurt: Brandes & Apsel, 2013. Ich möchte dieses Buch Martin Luther Kings Bericht über den Busboykott in Montgomery an die Seite stellen.

Wir brauchen solche ermutigenden Berichte – und es ist gut zu wissen, dass aus der Außerparlamentarischen Opposition oder auch aus der Bürgerrechtsbewegung in der früheren DDR nicht nur sich anpassende Konsumenten hervorgegangen sind, sondern Leute, die den langen Marsch durchgehalten haben und eben nur manchmal sehr traurig sind, dass es so langsam vorangeht und dass es nicht mehr sind, who are still on the road, die immer noch strampeln und unterwegs sind.

Prof. Dr. Theodor Ebert ist Friedensforscher und Mitglied des Versöhnungsbunds. Den hier veröffentlichten Vortrag hat er beim Friedenspädagogischen Impulstag der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland in Magdeburg am 15. November 2013 gehalten.



Ulrich Schmitthenner, Reante Wanie (Hsrg.): Kursbuch für gewaltfreie und konstruktive Konfliktbearbeitung. LIT-Verlag, Berlin 2013; 148 Seiten; 16 Euro; ISBN 978-3-643-11850-9

Wenn Krieg überwunden werden soll, braucht es den Willen hierzu. Dieser wiederum kann sich nur bilden, wenn Menschen neben einer fundierten Militärcritik, auch zur gewaltfreien und konstruktiven Konfliktbearbeitung befähigt sind.

Hierzu bildet das im Auftrag des Friedenspfarramtes der Evangelischen Landeskirche in Württemberg herausgegebene Kursbuch eine hervorragende Hilfestellung. Die grundlegenden Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung wurden so aufbereitet, dass alle Kapitel nach einer gut verständlichen Einleitung eine gut gegliederte didaktische Struktur (Ziel, Input, Vorgehen) und ein (A4)-Arbeitsblatt haben. Auch viele Grafiken und Bilder machen dieses Buch sehr anziehend und anschaulich. An Friedenspädagogik interessierte MultiplikatorInnen finden somit alles notwendige didaktische Handwerkszeug zur Vermittlung und Einübung gewaltfreier und konstruktiver Konfliktbearbeitung in den unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Lebensbereichen. Besonders erwähnenswert ist, dass im 6. Kapitel »Krieg und Frieden« auch die zwischenstaatliche Konflikte behandelt und somit Alternativen zu Militär und Krieg aufgezeigt werden. Ein Blick auf die Autorenguppen zeigt: Die professionellen FriedenspädagogInnen und TrainerInnen aus Deutschlands Südwesten bieten hier ein Kompendium aus ihrem in langjähriger Praxis erarbeiteten und bewährten Erfahrungsschatz an. Prädikat: Besonders empfehlenswert!

Theodor Ziegler



Ian Morris: Krieg. Wozu er gut ist. Campus Verlag, Frankfurt/New York 2013; 572 Seiten; 26,99 Euro

(Red.) Die Veröffentlichung dieses (neuen) Buches von Ian Morris Anfang Oktober hat aus Teilen der Friedensbewegung zu teils heftiger Kritik geführt, ein Vorwurf lautete, es handle sich dabei um Kriegsverherrlichung. Wir veröffentlichen zu dem Buch zwei Besprechungen, die eine von Ralf Buchterkirchen (Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis), die andere von Gernot Lennert (Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Hessen). Eine besondere Brisanz erhält die Diskussion über das Buch dadurch, dass der Verleger des Campus-Verlags, Thomas Carl Schwoerer, auch langjähriges Mitglied des DFG-VK-BundessprecherInnenkreises ist. In einer Stellungnahme

Schwoerers, veröffentlicht in der Tageszeitung »junge Welt« am 24. Oktober 2013, reagierte er als Verleger auf Kritik an der Veröffentlichung des Morris-Buches. Wir drucken diese Stellungnahme im Anschluss an die beiden Besprechungen ab.

■ Rezension von Ralf Buchterkirchen:

Als deutsche Version eines erst im April nächsten Jahres zur Veröffentlichung geplanten Werkes »War. What is it Good for?« erschien im Oktober im Campus-Verlag das Buch »Krieg – Wozu er gut ist« (das »öffnende Fragezeichen« der vorgesehenen englischen Originalausgabe hat der Campus-Verlag dabei offensichtlich gleich weggelassen). Der von Ian Morris verfasste Titel bezieht sich auf Springsteens Antikriegssong, allerdings kommt er – wie die gesamte Idee der Friedensbewegung – im Band nicht gut weg. Morris versucht, im Buch seine These zu beweisen, dass Kriege die Menschheit reicher und sicherer gemacht hätten.

■ Kriegstechnikverliebte Sicht

Das Wichtigste gleich vorweg. Morris ist Anhänger eines unipolaren Weltsystems. Das ganze Buch durchzieht die Idee einer allmächtigen herrschenden Macht – Morris bezieht sich auf den Leviathan nach Hobbes –, die dafür Sorge trage, die Welt friedlicher und reicher zu machen. Die Androhung ultimativer Machtmittel sind für den Verfasser die Gründe der Weiterentwicklung der Menschheit. Nur Gewalt hindere an Mord, Zerstörung und Anarchie.

Diese Menschheitsgeschichte wird in diesem Sinne im Buch aus Sicht des Archäologen und Historikers beschrieben. Beginnend mit dem römischen Imperium, über die europäischen Kriege 1415 bis 1915, die Morris als die 500jährigen Kriege bezeichnet, über die Kriege des 20. Jahrhunderts bis hin zum Ende des Kalten Krieges zeichnet Morris das Bild einer Menschheit, die durch »produktive Kriege« vorwärts komme. Diese Bedingung ist bei ihm erfüllt, wenn eine »starke Macht« entstehe, die mittel- bis langfristig die Sicherheit erhöhe und gewaltsame Tötungen vermindere und eine Gesellschaft insgesamt reicher machen würde. Ziel sei es, meint Morris, einen globalen Weltpolizisten zu etablieren, der in der Lage sei, eine ganze Welt zu beherrschen, politisch und wirtschaftlich. Drei solcher Beispiele nennt er: das Römische Reich – die Pax Romana –, die Pax Britannia und die modernen Vereinigten Staaten von Amerika. Abschließend kommt er zu dem Schluss, dass um 2050 die Pax Americana durch eine Pax Technologica abgelöst werde, die Gewalt als Konfliktmittel »überflüssig mache«. Bei ihr handle es sich um die Entwicklung von Brain-

to-Brain-Interfaces (Gehirn-zu-Gehirn-Schnittstellen), die Gewalt als Konfliktmittel überflüssig machen würden. Mit einer auf das Ergebnis fixierten, (kriegs-)technikverliebten Sicht, bei Bedarf verbunden mit sozialdarwinistischen Thesen, zusammen mit einer ihm passend gemachten spieltheoretischen Auslegung begründet Morris die Notwendigkeit kriegerischer Aktivitäten. Verbunden mit einem zutiefst pessimistischen Menschenbild (welches freilich gut in seine These passt): »Menschen geben ihre Freiheit selten auf, auch nicht ihr Recht, einander zu töten oder zu berauben, es sei denn, man zwingt sie dazu; und praktisch das Einzige, was stark genug ist, um das zu bewerkstelligen, war bislang der Krieg oder die unmittelbare Angst davor« (S. 16). Morris bleibt in seiner Erzählweise abstrakt, anekdotisch und banal. Er beschäftigt sich nicht mit der Soziologie des Krieges, den Ursachen von Kriegen oder gar Geschlechterverhältnissen, sondern erarbeitet nur die »positiven« Folgen im Hinblick auf sein Gesellschaftsbild. Krieg wird zum überzeitlichen und nicht verhinderbaren Phänomen, zum geforderten und gewünschten nächsten Schritt. Wo selbst das nicht reicht, müssen sozialdarwinistische Thesen von einer »natürlichen« biologischen Gewaltmäßigkeit des Menschen weiterhelfen.

■ Rassistischer europäischer Blick

Der Reihe nach: Als die römische Armee die germanischen »Barbaren« niederschlug, die der Organisiertheit und technischen Ausstattung der römischen Legionen nichts entgegenzusetzen hatten, folgte, so Morris, eine Phase des Friedens und des Wohlstandes für alle. Beiläufig werden zwar die 10 Millionen Toten bedauert und die wesentlich höhere Zahl an SklavInnen (er spricht natürlich nur von Sklaven), aber mehr als Krokodilstränen fließen nicht, mit viel Begeisterung beschreibt der Autor das Gemetzel (S. 42 f.). Der Krieg der Römer war, so Morris, grausam, aber gut, weil er das »richtige« Ergebnis gebracht habe. Kriege der »barbarischen« Stämme untereinander seien hingegen nicht gut gewesen, vielmehr dienen sie ihm als Beleg für die Notwendigkeit der römischen Kriege. Ohne Rom hätten die Gesellschaften mehr als nur eine »flüchtige[n] Ähnlichkeit mit dem heutigen Somalia, Haiti, Nigeria, dem Irak oder Afghanistan – nur dass diese gefährlicher waren« (S. 81). Hier wird einerseits massiv ein aktueller kolonialistischer und rassistischer europäischer Blick deutlich, andererseits Morris' Erzählstrategie, die sich durch das ganze Buch zieht, um am Ende zu seinem gewünschten Ergebnis zu gelangen:

- Die Opfer der Kriege, die Unterlegenen kommen nicht bzw. nur indirekt vor und schon gar nicht zu Wort. Geschichte wird von Siegern geschrieben.

- Die unterlegenen Völker waren bei Morris immer kulturell, technologisch, finanziell unterlegen. Welche alternativen Ideen und Gesellschaftsstrukturen mittel- oder langfristig vielleicht zu alternativen Gesellschaftsmodellen hätten führen können (und auch geführt haben), wird nicht einmal angedacht.
- Die Geschichte ist als Sieger-Geschichte schlüssig. Diese Kohärenz wird von Morris nie in Frage gestellt, vielmehr nimmt er Geschichte als in Summe erfolgter positiver (in seinem Sinne) Entwicklungen wahr, wozu Krieg für ihn explizit gehört, sogar zentral ist.
- Die Gründe der Kriege werden von Morris nie befragt. Sie spielen schlichtweg keine Rolle. Für ihn sind Kriege die Ergebnisse von geographischen Eigenheiten und der Zunahme unwägbarer Variablen. Köpfe sind für ihn austauschbar.
- Die Opfer der Kriege sind für den Autor irrelevant, in halben Nebensätzen nennt er Zahlen 10, 50, 100 Millionen, um danach mit Akribie die technologischen Neuentwicklungen aufzuzeigen, die kriegsentscheidend waren und den Unterschied zwischen »produktive« und »destruktive« Krieg ausmachen. Eine Beschäftigung mit den Opfern (und daraus resultierender Sinnhaftigkeit) der Kriege kommt nicht vor, höchstens einmal in einer Floskel.
- »Gestiegener Reichtum und Sicherheit« werden von Morris als einfache und globale Variable betrachtet. Wie der europäische Kolonialismus zu schlechtesten Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen weltweit geführt hat, taucht bei ihm nicht auf. Es zeigt sich bei ihm eine klar westlich zentrierte Sicht.

Nimmt man diese Prämissen des Autors zur Kenntnis und denkt sich den Rest hinzu, gelangt man notwendig und rasch zu einem anderen Bild als der Autor. Er versteigt sich aber tief in seiner Behauptung, dass Kriege die Welt »bereicherten«: »Und dennoch, im Laufe der Zeit – nach Jahrzehnten oder erst nach Jahrhunderten – steht in der so geschaffenen größeren Gesellschaft jeder, die Nachkommen der Sieger wie die der Besiegten, besser da. Das Langzeitmuster ist auch hier unverkennbar. Durch Schaffung größerer Gesellschaften, stärkerer Staaten und größerer Sicherheit hat der Krieg die Welt bereichert.« (S. 17).

■ »Produktive und unproduktive Kriege«

Wie bereits eingangs erwähnt, unterscheidet Morris in »produktive« und »unproduktive« Kriege: Den »produktiven« Krieg definiert er als: »evolutionär stabile Strategie [...]. Sie belohnte Töten bis zu dem Punkt, an dem die Rivalen es aufgaben, Widerstand leisten zu wollen, darüber hinaus aber belohnte sie Menschen, die die Unterwerfungssignale ihrer geschlagenen Feinde akzeptierten.« (S. 17).

tierten, statt diese niederzuzumetzeln. Die kulturelle Evolution machte aus Killern Herrscher, die größere, sichere und wohlhabendere Gemeinschaften regierten.« (S. 384)

Nichtkriegerische Gesellschaftsformen kommen bei Morris nur vor, wenn er diese in Frage stellen möchte, das tut er ausführlich.

Historischer »Stillstand« oder »Rückschritt« – was er auch immer darunter fasst – ist laut Morris durch »destruktive« bzw. »unproduktive« Kriege erreicht. Diese führten dazu, das – so Morris – Eurasien um das Jahr 1400 einen weltpolitischen »Vorsprung« aus 10.000 Jahren Geschichte verloren habe, da es sich im Gegensatz zu anderen Weltregionen mit »unproduktiven« Kriegen beschäftigt habe. Doch dann habe der »500jährige europäische Krieg« begonnen, der Europa in eine weltweite Vormachtstellung bringen sollte. »Europäische Krieger hatten die Meere bereits durchquert, die Wikinger waren nach Amerika gefahren, die Kreuzritter ins Heilige Land, aber sie hatten ihren Herren zu entkommen versucht [.] dagegen dehnte der portugiesische König Johann I. Lissabons Herrschaft nach Afrika aus. Es war ein kleiner Anfang, aber während der nächsten 500 Jahre sollten die Europäer den Teufelskreis von produktiven und unproduktiven Kriegen sprengen, indem sie sich drei Viertel des Planeten unterwarfen. Die Europäer waren damit auf dem besten Wege, besagtes beglücktes Häuflein zu werden [...].« (S. 203). Mit tiefem Bedauern beschreibt Morris andauernde innereuropäische Kriege, um dann mit Begeisterung den Wechsel in »produktive« Kriege durch Erfindung des Schießpulvers, des Drills und der Standardisierung ausführlich zu würdigen. Morris kommt zu dem Schluss: »Der Fünfhundertjährige Krieg war – in dem Sinne, in dem ich die Begriffe verwende – der produktivste Krieg, den die Welt bis dahin erlebt hatte, und schuf die größte, sicherste und wohlhabendste Gesellschaft (oder Weltordnung). Im Jahre 1415 war der Globus fragmentiert, und jeder Kontinent oder Subkontinent wurde von einer Gruppe von Regionalmächten fragmentiert oder war zwischen ihnen umkämpft. Dieses alte Mosaik war 1914 verschwunden, ersetzt durch nur noch drei, vier Akteure von wirklich globaler Reichweite [...], die eng in ein von Großbritannien dominiertes System eingebunden waren. Europa hatte die Welt (beinahe) erobert« (S. 277).

Tritt man jetzt einen Schritt zurück – so wie es Morris gerne tut um sein Langzeitmuster zu belegen –, offenbart sich folgendes: Vorhandene regionale Wirtschafts- und Lebensstrukturen waren zerstört, die europäischen Kriege hatten verbrannte Erde hinterlassen (was auch der Autor einräumt). Eine globale Wirtschaft hatte sich entwickelt, die Macht des globalen Nordens aus der Ausplünderung und Verelendung des globalen Südens erzielte. Das ficht Morris nicht an. Ohne

wieder einen Schritt näher heranzugehen und damit Risse in seiner Theorie wahrzunehmen, kommt Morris folgerichtig zu seiner Feststellung, »dass der Fünfhundertjährige Krieg die Welt zunehmend reicher und sicherer machte denn je.« (S. 285). Leider, so der Autor, war auch der zunehmende Bedeutungsverlust Großbritanniens als Weltpolizist die Folge.

Nahtlos geht er in seinem Geschichtsdiskurs weiter, um festzustellen, dass die »schlechte geographische Lage Deutschlands« zwischen Russland und Großbritannien und den USA und die Gefahr einer Zerquetschung zwischen den Polaritäten weitgehend die »tragische Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert« (S. 295 zum Ersten Weltkrieg; ähnlich zum Zweiten Weltkrieg S. 319) erklärt. Es zeigt sich ein Reinwaschen Deutschlands von Kriegsschuld erster Güte. Entsprechend war der Erste Weltkrieg »kein Hineinschlitzen, da gab es keine Planeten, die es aus ihrer Bahn riss, nur eine Welt, in der der Weltpolizist die Kontrolle verloren hatte.« (S. 297).

Anekdotisch wird nun der Krieg als technologische Weiterentwicklung beschrieben (Gaskrieg, Technisierung), und es wird auch nicht mit Lob für die deutschen Kriegstreiber gespart. So feiert Morris Paul von Lettow-Vorbeck, einen Kolonialkrieger, als bemerkenswerten deutschen Oberst (S. 299) und beschreibt Ernst Jüngers Memoiren »In Stahlgewittern« als »meiner Ansicht nach die besten, die je geschrieben wurden« (S. 300). Das setzt sich für den Zweiten Weltkrieg fort. Ausführlich geht der Autor auf Taktiken wie den Blitzkrieg ein, der Massenmord an Jüdinnen und Juden wird hingegen nur in einer knappen Randbemerkung erwähnt. Mit einem Ausflug in die Science history behauptet der Autor, dass bei einem Sieg Hitlers der »Zivilisationsprozess« »verlangsamt«, aber nicht »aufgehalten« worden wäre. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass der Krieg auf »unvergleichlich paradoxe Weise [sich] als einer der produktivsten, die je ausgefochten wurden [erwies].« (S. 328) Der Grund: Ein neuer »Weltpolizist« sei mit dem USA geboren worden. Allerdings sei der Zweite Weltkrieg nicht »produktiv« genug gewesen, das Hervorbringen von zwei Hemisphärenpolizisten zu vermeiden. Dies sollte erst durch das Ende des Kalten Krieges geschehen. Bereits vorher verwehrte Morris in scharfer antikommunistischer Abgrenzung der Sowjetunion (oder auch nur marxistischen Ideen und Kämpfen) eine zivilisatorische Rolle und so wird das Land als »Bedrohung« beschrieben. Entsprechend referiert er ausführlich amerikanische Pläne, die durch den Krieg geschwächte Sowjetunion anzugreifen und dabei auch auf deutsche Soldaten zurückzugreifen (S. 332).

Können die Thesen des Autors bis dahin als verwirrt und hinterfragbare Thesen und auf Mustersuche basierende Interpretationen der

Vergangenheit gesehen werden, so ist das Fest- und Fortschreiben seiner Ansichten als naturgesetzlichen Weg mit dem Ziel einer »zivilisatorischen« Entwicklung gefährlich. Um nicht die Frage stellen zu müssen, warum es keine alternativen Entwicklungsmöglichkeiten als Kriege (und Massenmord) gebe, wird Morris im vorletzten Kapitel biologistisch. Seitenlang widmet er sich verschiedenen Schimpansenarten, um zu beweisen, dass vor allem junge Männer biologisch bedingt zu höherer Gewalt neigen würden und dass evolutionäre Prozesse, die zu Zähnen etc. geführt hätten, die Gewalt mitgebracht hätten. Für all dies vermutet er genetische Präpositionen – als »dunkle Kehrseite« der Evolution (S. 357). Unterlegt wird dies mit einer einseitigen Darstellung spieltheoretischer Ideen (deren Dekonstruktion hier den Rahmen sprengen würde) um nachzuweisen, dass ein gewisses Maß an Gewalt notwendig sei, um das Maximum aus einer Gesellschaft herauszubekommen. Damit nicht genug. Auf der Suche nach einer Ablösung für seinen »Weltpolizisten« USA, eine Rolle, die Morris noch bis 2050 bei den Vereinigten Staaten sieht, wagt er einen Blick in das höchst spekulative Geschäft der Zukunftsforscher. Seine unhinterfragbare Lösung: In den nächsten 40 Jahren wird das technologische Wachstum weiterhin so exponentiell sein wie in den letzten 20 Jahren. Über schnelle Rechner und Brain-to-Brain-Schnittstellen werde (gelegentlich spricht er auch von Telepathie) Gewalt unnötig. Bis dahin sollen neue taktische Waffen, insbesondere Drohnen, die er ausdrücklich befürwortet, das Todesrisiko für »große Teile der Bevölkerung« senken.

Selbst wenn man diese genannten Einwände beiseitelässt, bleibt die Frage Cui bono? Wem nützt es? Betrachtet man die Menschheitsgeschichte aus Sicht des Autors kann es nur ein Ergebnis im Sinne eines möglichst hohen »zivilisatorischen Fortschritts« geben, den Weltpolizisten, die alles beherrschende Supermacht, die mit ihrer militärischen und wirtschaftlichen Macht so viel Gewalt ausübe, so dass sie damit Gewalt anderer verhindere. Das Mittel dazu ist »produktiver Krieg«.

Laut Morris ist Krieg alternativlos und das kleinere Übel. Krieg sei der einzige Weg, Frieden zu schaffen. (S. 19) Die Menschen wären – so seine Zusammenfassung – heute auf dem technischen Stand der Steinzeit, wenn es keine »produktiven« Kriege gegeben hätte. »Diese Statistiken dürften kaum all die Millionen trösten, die erschossen, erstochen, erschlagen, gehängt, verbrannt, ausgehungert oder sonst wie zu Tode gebracht wurden; wir anderen verdanken unsere Annehmlichkeiten ihrem Verlust.« (S. 17) Das verschlägt mir schlicht die Sprache.

Mit dieser imperialistischen, menschenverachtenden Sichtweise sowie der Eindimensionalität des Herangehens disqualifiziert sich das Buch

selbst, als Sachbuch ohnehin. Insbesondere mit den Kapiteln zum 20. Jahrhundert und seinen abschließenden Bemerkungen zu einer Zukunftsperspektive demaskiert sich Morris als Ideologe einer unipolaren Welt, die durch Gewaltandrohung ein Höchstmaß an Sicherheit (für wen?) schafft. Andere Sichtweisen oder gar über konkrete Menschen zu sprechen, die ermordet wurden und werden, wird unter diesem Dogma zweitrangig und Krieg alternativlos.

Es bleibt dem Schlusszitat des Autors »War! Huh, good God. What hat it been good for? In the long run, making us safer and richer[]« entgegenzuhalten: »War! Huh, good God. What is it good for? Absolutely nothing!«

Ralf Buchterkirchen

■ Rezension von Gernot Lennert:

»Fortschritt durch Krieg?« Diese Frage prangte in Riesenlettern auf einem Plakat auf der Frankfurter Buchmesse. Beworben wurde das im Campus-Verlag erschienene Buch »Krieg. Wozu er gut ist« des in den USA lehrenden aus England stammenden Archäologen und Althistorikers Ian Morris.

In der Ankündigung der Buchvorstellung in der Deutschen Nationalbibliothek hieß es, dass laut Morris »Kriege die Menschheit – auf ganz lange Sicht betrachtet – sicherer und reicher gemacht« hätten. »Ohne Kriege wären nie die großen Nationalstaaten entstanden, die den Einzelnen vor willkürlichen Gewalttaten weitgehend schützen und den Menschen ungeahnten Wohlstand beschert haben.«

Das provozierte Protest aus der Friedensbewegung. In E-Mails und in der Tageszeitung *junge Welt* wurde gefordert, die Vorstellung dieses »Werks der Kriegspropaganda« abzusagen. Schon das US-Generalkonsulat als Mitveranstalter schien die Frage »cui bono?« zu beantworten. (*Die Reaktion des Verlags auf die Berichterstattung in der »jungen Welt« am 18.10.2013 ist im Anschluss an diesen Beitrag dokumentiert – Anm. d. Red.*)

Im englischen Titel wird noch gefragt: »War! What is it Good For?« Zu Beginn der Buchvorstellung wurde gemutmaßt, dass der Deutschen Nationalbibliothek viele kritische E-Mails erspart geblieben wären, wenn im deutschen Titel das Fragezeichen geblieben wäre. Ungewöhnlich ist, dass die Übersetzung vor der für 2014 angekündigten US-amerikanischen Ausgabe erschien.

■ Produktive und kontraproduktive Kriege

Im Lied »War!« aus der Zeit der Proteste gegen den Vietnamkrieg wird die Frage: »What is it good for?« mit »Absolutely nothing« beantwortet. Morris widerspricht: »Ganz im Gegensatz zur Aussage des

Songs war Krieg sehr wohl zu was gut: Er hat die Menschheit – auf lange Sicht – sicherer und reicher gemacht. Krieg ist die Hölle; nur dass die Alternativen – wieder auf lange Sicht betrachtet – schlimmer gewesen wären.« (S. 14)

Demnach haben größere Gesellschaften höherer Ordnung das Risiko eines gewaltsamen Todes für ihre Mitglieder deutlich gesenkt. Während in Steinzeitgesellschaften zwischen zehn und zwanzig Prozent der Menschen von anderen getötet würden, hätten die Reiche der Antike diese Rate auf fünf bis zehn Prozent verringert (S. 16 f.), in der Weltordnung der Neuzeit sei die Rate trotz der beiden Weltkriege auf 1 bis 2 Prozent im 20. Jahrhundert gesunken, jetzt auf 0,7 Prozent (S. 403 f.). Die stabilen friedlichen Gesellschaften hätten auch zu mehr Reichtum geführt (S. 16). Laut Morris ist Krieg die bisher einzige Methode, um diese großen friedlichen und produktiven Gesellschaften hervorzubringen. Morris verschweigt keineswegs die Grausamkeit des Kriegs.

»Diese Statistiken dürften kaum all die Millionen trösten, die erschossen, erstochen, erschlagen, gehängt, verbrannt, ausgehungert oder sonst wie zu Tode gebracht wurden; wir anderen jedoch verdanken unsere Annehmlichkeiten ihrem Verlust.« (S. 17.) Seitenlang malt er detailreich immer wieder die Gräueltaten von Krieg, Verwüstung, Ausbeutung und Ausrottung aus, ob antik oder neuzeitlich, um jedes Mal auf seine These zurückzukommen. »Die Sieger von Kriegen plündern, vergewaltigen, verkaufen nicht selten Tausende von Überlebenden in die Sklaverei oder rauben ihnen das Land; die Verlierer mögen auf Generationen hinaus verarmt bleiben. Das ist eine hässliche, ja schreckliche Geschichte. Und dennoch, im Lauf der Zeit – nach Jahrzehnten oder vielleicht erst nach Jahrhunderten – steht in der so geschaffenen größeren Gesellschaft jeder, die Nachkommen der Sieger wie die der Besiegten, besser da. Der Krieg hat die Menschen sicherer und reicher gemacht. Der Krieg hat größere Gesellschaften geschaffen, die von stärkeren Staaten regiert wurden, die Frieden schufen und damit die Voraussetzungen für Prosperität.« (S. 16 f.)

Falls der Reichtum die Kriegsoffer oder ihre Nachfahren noch nicht erreicht haben sollte, muss also bedacht werden, dass es oft generationenlang dauert, bis sich die positiven Effekte einstellen. Auch ungleiche Verteilung des Reichtums räumt Morris ein, stellt aber auch fest, dass die Welt insgesamt gerechter wird. (S. 404)

Doch nicht jeder Krieg bringt laut Morris langfristig Sicherheit und Reichtum. Der Autor unterscheidet zwischen produktiven Kriegen, die größere, stabilere und wohlhabendere Staatswesen und Gesellschaften hervorbringen, und kontraproduktiven Kriegen, denen Chaos, Instabilität und andauernde Gewalt folgen. Diese destruktiven Kriege hätten die Spätantike und das Mittelal-

ter geprägt (Kapitel: »Die Barbaren schlagen zurück«). Nach 14 Jahrhunderten destruktiver Kriege folgte dann der »produktivste Krieg der Geschichte« (S. 208), »Der Fünfhundertjährige Krieg« (Kapitel 4), in dem europäische Staaten fast die gesamte Welt eroberten. »Dieser Fünfhundertjährige Krieg war ebenso schmutzig wie jeder andere und hinterließ zahlreiche Tränenpfade und verwüstete Landstriche. Wie üblich ging es den Besiegten weniger gut als den Siegern, und an vielen Orten hatten die kolonialen Eroberungszüge verheerende Folgen. Aber aufs Ganze gesehen stellten die Eroberer lokale Kriege, Banditentum und den privaten Einsatz tödlicher Gewalt ab und begannen für mehr Sicherheit und Wohlstand ihrer Untertanen zu sorgen.« (S. 208)

Der Fünfhundertjährige Kriege schuf jedoch keinen Weltstaat, sondern eine Weltordnung mit einer Hegemonialmacht als Weltpolizist, von Morris Globocop genannt. Im 18. Jahrhundert garantierte Großbritannien die Pax Britannica (S. 276-285), nach dem Zweiten Weltkrieg folgte die Pax Americana mit den USA als Globocop, bis 1990 mit der Sowjetunion als zweitem Globocop (Kapitel 7).

■ »Amerikas Burenkrieg« und Lettow-Vorbeck

Dem Rezensenten ist ein Dutzend kleinerer sachlicher Fehler aufgefallen, fast alle in den Kapiteln zur Neuzeit. Zur Hälfte übersetzungsbedingt tangieren sie nicht die Hauptthesen des Werks und werden in einer zweiten Auflage wohl korrigiert. Schwerwiegender sind die Passagen zum Burenkrieg und zu seiner »Art Wiederauflage« (S. 424), dem Irakkrieg von 2003, »Amerikas Burenkrieg« (S. 418). Beide seien Präventivkriege gewesen, »mit denen potentieller künftiger Aggression zuvorgekommen werden sollte.« (S. 424) »Die Politiker selbst aber, die die beiden Globocops in diese Kriege führten, sahen sich zumeist absolut nicht als Materialisten, sondern als Humanisten, die für die Unterdrückten (Kurden und Schiiten im Irakkrieg, die schwarze Bevölkerung Südafrikas im Burenkrieg) in den Kampf zogen.« (S. 425)

Die Charakterisierung als Präventivkrieg ist in beiden Fällen unzutreffend. Es ist allgemein bekannt, dass der zweite Irakkrieg auf der dreisten Lüge beruhte, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen. Halten Autor und Verlag das Lesepublikum für so uninformiert und einfältig, dass sie es wagen, ihm die längst entlarvte und weithin bekannte Propagandalüge vom Präventivkrieg aufzutischen? Noch absurder ist, den jeweiligen Aggressoren humanistische Motive zu unterstellen.

Paul von Lettow-Vorbeck, im Ersten Weltkrieg deutscher Kommandeur in Ostafrika, ist für Morris »ein bemerkenswerter deutscher Oberst, [der]

auch dann noch einen Guerillakrieg führte, als die Kampfhandlungen in Europa bereits beendet waren« (S. 299) Was Morris ausgerechnet an diesem antidemokratischen Putschisten und Nationalisten so bemerkenswert findet, bleibt unklar. Der fortgesetzte Guerrillakrieg nach Waffenstillstand kann es kaum sein. Er dauerte eine Woche, und nur weil man in Ostafrika mit einigen Tagen Verspätung vom Waffenstillstand erfuhr.

■ »Die letzte große Hoffnung für die Welt«

Für die Gegenwart diagnostiziert Morris eine Situation wie 1870. Der Weltpolizist Großbritannien hatte damals jahrzehntelang eine Weltordnung gewährleistet, die es Rivalen erlaubte, sich gleichfalls zu industrialisieren und mächtig zu werden. Die unipolare Welt wurde so multipolar, dass der Hegemon den Ersten Weltkrieg nicht abwenden konnte. Heute beginne die Macht des Globocops USA zu schwinden, so dass sich das Drehbuch von 1870 bis 1914 in den nächsten Jahrzehnten erneut abspielen könne, »dieses Mal allerdings mit Nuklearwaffen.« (S. 467) Einerseits wäre ein solcher Krieg tödlich und keineswegs produktiv. Andererseits bietet Morris keine Alternative zum bisherigen kriegerischen Muster. Als Ausweg erscheint Morris die exponentiell fortschreitende technische Entwicklung. Die gegenwärtige Pax Americana würde einer Pax Technologica weichen (S. 468), die »Gewalt zunehmend bedeutungslos für das Lösen von Problemen werden« (S. 472) lasse. Er setzt auf direkte Kommunikation durch Hirn-Hirn-Schnittstellen (S. 462), »ein neues Stadium in unserer Evolution« (S. 463).

»Alles hängt am richtigen Timing des Übergangs von der Pax Americana zu einer Pax Technologica und dem Umgang mit den zunehmenden Problemen, denen sich der Weltpolizist bei der Ausübung seiner Arbeit gegenüber sieht.« (S. 471 f.)

Die Politikempfehlung von Morris lautet: Bis etwa 2050 muss der Globocop USA, »die letzte große Hoffnung für die Welt« (Kapitel 7), seine Rolle spielen inklusive der Führung von rollenbedingten Kriegen. Bei der Buchvorstellung gefragt, ob sein Buch die aktuellen Kriege der USA rechtfertige, bestätigte dies Morris, wobei er den Afghanistankrieg als notwendig einstufte, den Irakkrieg schon weniger. Damit bewegt sich Morris auf der Linie Obamas, auch im militärischen Detail. Morris begeistert sich für Drohnen als präzise Kriegswaffen und zeigt sich beeindruckt und dankbar, dass er selbst am Simulator auf einer Luftwaffenbasis eine Drohne steuern durfte. (S. 450)

■ Monokausal und eindimensional

Morris ist der Idee verhaftet, dass nur Imperien Sicherheit und Wohlstand bringen und dass diese

nur durch produktive Kriege zustande kamen. Alternativen, andere friedliche Gesellschaftsordnungen oder nicht-kriegerische nicht-hierarchische Formen der Kooperation, werden von ihm nicht bedacht oder bestenfalls kurz erwähnt und verworfen.

Von Gewaltminderung durch Gewaltmonopol wusste schon Hobbes im Leviathan. Dass im Lauf der Menschheitsgeschichte das Gewaltniveau drastisch zurückgegangen ist, wurde auch von Steven Pinker (The Better Angels of Our Nature: Why Violence Has Declined, 2011, dt.: Gewalt: Eine neue Geschichte der Menschheit) dargelegt. Pinker nennt als einen von fünf Faktoren und ersten Schritt das staatliche Gewaltmonopol, aber zusätzlich auch Veränderungen seit dem Beginn der Aufklärung: wachsende Empathie für andere Menschen und auch Tiere, mehr Einfluss von Frauen in der Gesellschaft, Wissenschaft und Vernunft. Morris lässt dies gelten (S. 386-390), findet aber zielsicher den Weg zurück zu seiner monokausalen eindimensionalen These: Vom Gewaltmonopol abgesehen seien »die übrigen vier Faktoren, die Pinker anführt, allesamt Folgen eines durch einen produktiven Krieg erreichten Friedens und keine unabhängigen Ursachen, die für sich stehen.« (S. 390)

Es hängt sicherlich von der gesellschaftlichen Entwicklung ab, ob bestimmte Ideen und Werte artikuliert und akzeptiert werden. Doch Morris zieht nicht in Betracht, dass dieser soziale Wandel auch auf die internationalen Beziehungen rückwirken und sie grundlegend verändern könnte, so dass freiwillige und friedliche Kooperation den Krieg verdrängt oder eindämmt. Morris hält zwar kulturelle Evolution für möglich (S. 405), doch diesbezüglich spekuliert er über kommende technologische Vernetzungen von Hirn zu Hirn, statt schon jetzt existente Ansätze zur Überwindung oder Einhegung von Krieg zu würdigen.

So tut Morris das Phänomen des so genannten »demokratischen Friedens« lapidar als Produkt der US-Hegemonie nach 1945 ab (S. 334), ohne darauf einzugehen, dass das empirisch beobachtete Phänomen, dass konsolidierte liberale Demokratien untereinander so gut wie nie Krieg führen, schon zuvor auftrat.

Morris lobt die friedliche Integration in Europa. »Zum ersten Mal in der Geschichte schließen sich riesige Menschenmassen – 500 Millionen bisher – zu einer größeren, sicheren und wohlhabenderen Gesellschaft zusammen, ohne dass sie dazu gezwungen werden.« (S. 413) Doch wem sei dies zu verdanken? Natürlich dem Globocop! »Die Europäer können venushaft agieren, weil die Amerikaner Marsianer sind. Ohne den Globocop Amerika wäre Europas Taubenstrategie nicht möglich.« (S. 416)

Dass freiwillige regionale Kooperation oder Integration schon seit Jahrzehnten auch in Latein-

amerika, der Karibik, Afrika, Südostasien und im Südpazifik angestrebt und praktiziert wird, erwähnt Morris nicht.

■ **Kriegsverherrlichend?**

Das Buch ist nicht kriegsverherrlichend. Es rechtfertigt noch nicht einmal Krieg an sich, sondern nur »produktive« imperiale Kriege, speziell die der USA. Im Fall des Irakkriegs von 2003 folgt Morris der Lügenpropaganda von Bush. Würde das Buch Krieg an sich glorifizieren, würde es in der heutigen postheroischen Gesellschaft keinen Anklang finden. Um Akzeptanz für Krieg zu erzeugen, ist es am besten, ihn zunächst als fürchterlich zu beklagen, dann als notwendiges Übel zu rechtfertigen und sogar als langfristig segensreich zu propagieren. Genau dies macht Morris geschickt, eloquent und unterhaltsam.

Dass historische Ereignisse letztendlich Folgen haben, die von den zeitgenössischen Akteuren weder gewollt noch vorausgesehen wurden, ist keineswegs außergewöhnlich, auch nicht dass auf Kriege stabile Verhältnisse mit Sicherheit und Wohlstand folgen können.

Indem Morris und die Verlagswerbung provokant immer wieder den Nutzen des Krieges behaupten, ist zu befürchten, dass genau und nur das öffentlich wahrgenommen wird. Doch dies entspricht nicht dem Befund des Buches, denn die kontraproduktiven Kriege gelten als destruktiv. Demnach müsste Morris betonen, dass Kriege unterschiedliche Folgen haben können, meist negative, manchmal positive, und dass es darauf ankomme, wie sich die Nachkriegsverhältnisse entwickeln. Das klänge schon wesentlich weniger kriegsfixiert und wäre zutreffender. Aber dann ließe sich das Buch kaum noch so reißerisch vermarkten.

Gernot Lennert

Am 24.10.2013 in der Tageszeitung »junge Welt« bei den Leserbriefen veröffentlichte Stellungnahme des Verlegers Thomas Carl Schwoerer:

Wir bedauern sehr, wenn es zu dem Eindruck gekommen ist, bei dem neuen Werk von Ian Morris »Krieg. Wozu er gut ist« handele es sich um ein den Krieg als solchen verherrlichendes oder auf sonst eine Weise für den Krieg Propaganda machendes Buch. Bitte erlauben Sie uns hierzu die folgenden Erläuterungen:

Weder der Autor noch sein Verlag verschweigen das riesige Leid, das der Krieg über die Menschheit gebracht hat. Der Text der Einladung unterstreicht diesbezüglich, was im Buch selbst zu lesen ist: Der Krieg ist eines der größten Übel der Menschheit. Doch wie lässt sich dann seine Rolle in einem »Prozess der Zivilisation« (Norbert

Elias) erklären, der unleugbar von Fortschritten gekennzeichnet ist? Ian Morris fragt also nicht als Philosoph nach der Vertretbarkeit des Krieges – es ist dies kein Beitrag zur Debatte um den »gerechten Krieg« –, sondern als Historiker nach der Rolle des Krieges in der Weltgeschichte.

Als Historiker, der auf Grundlage archäologischer Funde und intensiven Quellenstudiums argumentiert, kommt Ian Morris nun zu dem – zugegeben provokanten – Schluss, dass der Krieg die Entwicklung hin zu einer Weltgesellschaft befördert hat, die, allen Konflikten und Ungleichgewichten zum Trotz, auf lange Sicht eine friedlichere, wohlhabendere und langlebigere geworden ist. Freilich weiß Morris: »Die Statistiken dürften kaum all die Millionen trösten, die erschossen, erstochen, erschlagen, gehängt, verbrannt, ausgehungert oder sonst wie zu Tode gebracht wurden«, doch er macht auch die für uns heutige unbequeme Feststellung: »Wir anderen jedoch verdanken unsere Annehmlichkeiten ihrem Verlust.« Hierüber wäre mindestens zu reden.

Ian Morris stellt fest, dass, auf die gesamte Weltgeschichte betrachtet und trotz scheinbar grausamerer Kriege, die Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Todes für heutige Menschen weit aus geringer ist denn je. Heute sind wir aber, und das gehört zu Morris' zentralen Argumenten, an einem historisch beispiellosen Punkt angelangt: Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen ist das Kriegen innewohnende Risiko unermesslich hoch geworden. Es ist also mitnichten in Ian Morris' Sinn, weitere Kriege zu befürworten. Er versteht es aber durchaus als seine Aufgabe als quantitativ arbeitender Historiker, uns mit Blick auf die Vergangenheit auch vor möglicherweise verstörende Rechnungen zu stellen.

Dass der Fortschritt eine Kehrseite hat, gehört aus naheliegenden Gründen zu den Grundannahmen von Philosophie und Kulturkritik, gerade in und seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Doch Ian Morris erinnert uns daran, dass sich dieses Böse nicht säuberlich vom Guten trennen lässt, sondern dass die Geschichte einen komplexen Prozess darstellt, in dem gute Absichten Böses hervorbringen können – und, wie oft im Falle des Krieges, auch umgekehrt. Daraus ist kein Plädoyer für böse Absichten abzuleiten.

Der Campus Verlag hätte dieses Buch nicht verlegt ohne die Überzeugung, dass Ian Morris alles andere als ein Kriegspropagandist ist und seine Thesen hoch relevant für das Verständnis der Weltgeschichte sind. (...)

Thomas Carl Schwoerer, Verleger, Campus Verlag, Frankfurt am Main



Sönke Neitzel, Harald Welzer: Soldaten: Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben. Fi-

Vorgeschichte der Gesprächsprotokolle und Analyserahmen:

Die britischen und US-amerikanischen Geheimdienste hatten während des Zweiten Weltkrieges tausende deutsche Kriegsgefangene systematisch abgehört. Diese nahezu unüberschaubaren Quellen haben die beiden Autoren Neitzel/Welzer nach Freigabe der Archive gesichert und Teile daraus nach wissenschaftlichen Standards ausgewertet. Die besondere Bedeutung der Gesprächsprotokolle bestehe darin, so vermerkt Welzer im Prolog, dass hier Quellen vorlägen, die nicht mit einer bestimmten Absicht erstellt worden seien (wie z.B. bei Autobiografien), sondern dass die Gespräche der Soldaten in den Lagern »absichtslos« »in Echtzeit« geführt wurden, ohne dass die Soldaten wussten, dass sie abgehört wurden und ohne das Wissen darüber, wie der Krieg ausgehen würde. Den Soldaten sei es darum gegangen, »eine Beziehung zu bilden, Gemeinsamkeiten herzustellen und sich zu versichern, dass man an ein und derselben Welt« teilhabe. (S. 12) »Das Töten und die extreme Gewalt gehören zum Alltag der Erzähler und ihrer Zuhörer, sie sind eben nichts Außergewöhnliches.« (S. 12) Die Autoren ordnen die Soldatenäußerungen in »Referenzrahmen« ein, die sie als »vorgefundene Deutungs- und Handlungsspielräume« mit der Funktion, Menschen eine schnelle Orientierung in konkreten Situationen zu ermöglichen und damit Verhaltenssicherheit zu gewährleisten, definieren. Im vorliegenden Buch wird auf zwei der vier möglichen Referenzrahmen zurückgegriffen: Die Welt des Nationalsozialismus und die Situation des Krieges, in dem die Soldaten kämpften. Ziel der Autoren ist es, herauszufinden, »was an diesen Referenzrahmen nationalsozialistisch war« und betonen gleich zu Anfang, dass die Soldaten »keinen Krieg aus Überzeugung führen, sondern weil sie Soldaten sind und Kämpfen ihre Arbeit ist.« (S. 14)

Hier bereits taucht eine zentrale Aussage der Autoren auf: Es wird »kriegerisches Handeln als Arbeit« gesehen. Eine zweite Kernaussage ist, dass jeder Krieg grundsätzlich einen anderen Referenzrahmen als Frieden darstelle und sich damit die Maßstäbe, Deutungs-, Anforderungs-, Reaktions- und Handlungsweisen mit Eintritt in den Krieg verschoben und einer kritischen Reflexion weitgehend entzogen seien. Durch den Übertritt in eine »totale Institution«, z.B. hier das Militär, ergreife diese die »vollständige Verfügung über die Person.« (S. 31) Die Kameradschaftsgruppe würde zur alternativlosen Bezugsgruppe, Handeln auf Befehl, Gehorsam und Hierarchien seien der Rahmen für soldatisches Handeln. Ein Soldat sagt: »Wir sind wie ein MG. Eine Waffe, um Krieg damit zu führen.« (S. 32)

»Krieg ist Krieg« – Krieg als »Arbeit« – Krieg im Rahmen der soldatischen Kameradschaft

Krieg als solcher, so die Autoren, brutalisiere Menschen nicht in besonderer Weise: »Soldaten (sind) von vorneherein extrem gewalttätig« (S. 84). Allenfalls bezöge sich der Zeitraum der Brutalisierung auf wenige Tage. Ein Soldat berichtet z.B. von seiner Aufgabe, Bomben auf Häuser zu werfen. Am zweiten Tag seiner Tätigkeit habe er »keine Freude daran« gehabt. »Am dritten Tag war es mir gleichgültig und am vierten Tag hatte ich meine Lust daran. Es war ein Frühstücksvergnügen, einzelne Soldaten mit Maschinengewehren durch die Felder zu jagen und sie dort mit ein paar Kugeln im Kreuz liegen zu lassen.« (S. 84)

Hier und an vielen anderen Stellen des Buches taucht Unbehagen auf. Dadurch, dass die Autoren die vorgefundenen Materialien in ihr spezielles Interpretationsschema (»Referenzrahmen«) einordnen, findet eine Relativierung statt, die der Brutalität eine »Normalität« zuschreibt, die in Bezug auf das, was die Soldaten getan haben und wie sie darüber reden, unerträglich ist. Dies gilt vor allem in Bezug auf die immer wieder von Soldaten geäußerte Freude am Töten. Sicher gibt es die »Banalität des Bösen« (Hannah Arendt), aber kann die deskriptive Aussage »Gewalteininsatz, Gewaltandrohung, das Töten oder doch Schmerzzufügen ließ sich als Arbeit begreifen und damit als sinnvoll, zumindest als notwendig und unvermeidbar erfahren« (S. 37) so stehen bleiben? Und wenn die Autoren konstatieren, dass der Eintritt in die Kameradschaft die weitgehende Abgabe von Autonomie bedeutet und gleichzeitig »Aufgehoben-sein in einer Gemeinschaft, Verlässlichkeit, Halt, Anerkennung« beinhaltet, dann muss diese Äußerung, dann muss die Kriegssituation, die zu dieser »Kameraderie« führt, dann muss diese Kameraderie und die Aufgabe der Selbstverantwortung als Teil des Krieges entsprechend benannt werden. Hier von einer »solidarischen Praxis im Krieg« zu sprechen, kann nur als Perversion des Solidaritätsbegriffs empfunden werden. Dass die gestellte Aufgabe für viele Soldaten zentraler war als die dieser Aufgabe entgegenstehende moralische Anforderung, mag den Soldaten das Töten »ermöglichen« haben, aber kann dies als zentrale Aussage so stehenbleiben? Wenn die letzten Sätze der Analyse im Buch lauten: »Menschen töten aus den verschiedensten Gründen. Soldaten töten, weil es ihre Aufgabe ist« (S. 422), so kommt diese recht lapidar erscheinende Äußerung einer Rechtfertigung schon recht nah. Oder soll gerade diese »banale« Äußerung uns LeserInnen zu der Schlussfolgerung bringen: Wenn dem so ist, kann die einzige Schlussfolgerung nur sein: Ablehnung des Krieges in jeder Form! Richtig – das ist unser Anliegen – aber müssen wir nicht dennoch von den besonderen »Verbrechen der Wehrmacht« im Zweiten Weltkrieg sprechen« Müssen wir nicht dennoch

darauf hinweisen, dass es immer noch Steigerungen von Gewalt im Krieg gibt? Und wenn gesagt wird »Mit der Teilnahme an der ersten Massenerschießung steigt die Wahrscheinlichkeit, dass man auch an der zweiten, dritten teilnimmt« (S. 45), dann muss doch die ausdrückliche Forderung heißen: Keine erste Massenerschießung! Die Autoren betonen: »Weil genau das nach zeitgenössischen Maßstäben als abweichend gilt und das gegenmenschliche Verhalten als konform, haben wir mit dem ganzen Geschehenszusammenhang des ‚Dritten Reiches‘ und der von ihm ausgehenden Gewalt ein gigantisches Realexperiment, wozu psychisch normale und ihrem Selbstbild nach gute Menschen fähig sind, wenn sie etwas innerhalb ihres Referenzrahmens für geboten, sinnvoll oder richtig hielten.« (S. 46) Diese Feststellung ist wichtig, aber sie sagt doch aus, dass der »Referenzrahmen Nationalsozialismus« sehr wohl mit der extremen Grausamkeit und Brutalität und der Massenermordung von ZivilistInnen durch Soldaten im Zweiten Weltkrieg zu tun hatte – was am Anfang der Ausführungen ausdrücklich verneint wird.

Historische Einordnung:

Die Autoren betonen die teilweise euphorische Stimmung zu Beginn der NS-Zeit, nach den Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und Depression nun »an etwas ganz Neuem, Gewaltigen beteiligt zu sein.« Und vor allem junge Menschen seien besonders aufnahmefähig gewesen für eine Rhetorik, die sie als »arische« Menschen hochstilisierte und ihnen damit auch das Bewusstsein vermittelte, sie seien etwas Besonderes und damit »Menschen (...) kategorial ungleich« (S. 48). Wegen der gleichzeitigen Erfahrung von Kontinuität und »Alltag« – die Bürgerinnen und Bürger wachten »am Morgen des 31. Januar 1933 nicht in einer neuen Welt auf« (S. 51) – auf der einen und der gravierenden politisch und kulturell zugleich erfahrenen Veränderung (S. 55) auf der anderen Seite teilte sich die Gesellschaft in eine »Mehrheit der Zugehörigen und eine Minderheit der Ausgeschlossenen« (S. 56).

In diesem Rahmen sind dann selbst die Massenmorde nicht Ausdruck eines moralischen Verfalls, sondern der »Ausdruck einer *nationalsozialistischen Moral*, die Volk und Volksgemeinschaft als Bezugsgrößen moralischen Handelns definiert« (S. 56). Die Vorstellung, Menschen seien kategorial unterschiedlichen Rassen zugehörig, wurde zum politischen Programm und zum »moralischen« Kriterium, wie Menschen zu behandeln seien. Somit war die Lebenswelt der meisten Menschen in der NS-Zeit eine Gemengelage aus Kontinuität, Repression und Innovation. Der »Rassenkampf« löste den »Klassenkampf« ab, und selbst ArbeiterInnen durften sich der »Volksgemeinschaft arischer Menschen« zugehörig fühlen.

Das »Volksgemeinschaftskonzept« führte vermutlich dazu, dass das Konzept der Vernichtung jüdischer Menschen am Anfang der NS-Zeit ein Bruch mit der geltenden Normalität gewesen wäre, wenige Jahre danach aber nicht mehr. Es entwickelte sich eine »partizipative Diktatur«, bzw. die »Formierung der partizipativen Ausgrenzungsgesellschaft« (S. 65/66).

Die hier referierten Aussagen der Autoren haben viel Überzeugendes, machen aber gleichzeitig genau das deutlich, was zu Beginn des Buches geleugnet wird, dass nämlich das Handeln der Soldaten durchaus sehr stark von nationalsozialistischem Denken geprägt war. Und auch, dass der Referenzrahmen des Krieges historisch lange vorbereitet war, ist überzeugend. Seit den »Einigungskriegen« von 1864 bis 1871, verstärkt durch den Deutsch-Französischen Krieg, verankerten sich militärische Werte in der Gesellschaft. Ein tief in der Gesellschaft verankerter militärischer »Wertekanon« von Ehre, Satisfaktionsfähigkeit, Befehl und Gehorsam und hierarchischem Denken gipfelte in Sozialdarwinismus, Rassismus und Nationalismus. Mit der Vergrößerung des Heeres von 100.000 Mann auf 2,6 Millionen in der Weimarer Republik wurde die Bevölkerung auch geistig kriegsbereit gemacht, die Gesellschaft militarisiert, zu einer »Schicksalsgemeinschaft« geformt und der »Schandfriede« von Versailles systematisch funktionalisiert und auf den nächsten Krieg vorbereitet. »Vaterland«, »Manneszucht« und »Mannesehre« hatten ihren Platz in einem »metaphysisch-abstrakten Kriegskult«, im »Stahlhelm« mit seinem »verklärenden Frontkämpfermythos«, in der DNVP – allerdings auch viel weiter darüber hinaus (S. 69). Die Heeresleitung sprach 1924 von der »nationalen und wehrhaften Erziehung unserer Jugend in Schule und Universität zur Erzeugung von Hass gegen den äußeren Feind und dem staatlich geführten Kampf gegen Internationale, Pazifismus, gegen alles Undeutsche« (S. 71). Der Boden für NS-Vorstellungen war bereit. Die also schon vor 1933 gepflegten »Tugenden« fanden sich nach 1933 in Erklärungen und Anforderungen an das »Soldatentum« wieder: kämpferischer Mut, Härte, Entschlossenheit, Gehorsam, männliche Kraft, Kampfbereitschaft, Kameradschaft und Härte. So sei die Kriegsmarine mit »rücksichtsloser Entschlossenheit, fanatischster Hingabe, härtestem Siegeswillen« zu führen (Großadmiral Dönitz 1943 – zit. S. 74). Zum »Verschmelzen von Offizier und Mannschaft zu einer eingeschworenen Gruppe« gehörte die Praxis der Ordensverleihung. Es ist »festzuhalten, dass die Symbolpolitik der Ordensverleihungen für soziale Anerkennung sorgte und damit auch militärische Werte tief im Referenzrahmen der Soldaten verankerte« (S. 81).

Zusammenfassend kommen Neitzel/Welzer zu dem Schluss, dass die Teilnahme am Krieg der

entscheidende Faktor für das Handeln der Soldaten ist. Krieg formiert einen Geschehens- und Handlungszusammenhang, in dem Menschen tun, was sie unter anderen Umständen niemals tun würden« (S. 349). So hätten Soldaten, die in Friedenszeiten keineswegs antisemitisch eingestellt waren, jüdische Menschen umgebracht – einfach weil es ihre »Aufgabe« war und sie im Rahmen des Krieges »arbeiteten«. »Krieg und das Handeln der Handwerker und Arbeiter des Krieges sind banal« (S. 394). Was Soldatsein und andere Berufe unterscheidet, ist die Tatsache, dass Aufgaben im Krieg mit Gewalt gelöst werden. »Und sie produzieren andere Ergebnisse als zivil Arbeitende: Tote und Zerstörung« (S. 418). Dies mache die Brutalität, gleichzeitig aber auch die »Banalität« des Krieges aus. Verhalten unter heteronomen Bedingungen, im Krieg wie aber auch z.B. im Betrieb oder an der Uni sei immer »banal«, auch wenn der Zweite Weltkrieg ein Ausmaß an Tod, Zerstörung und Gewalt mit sich gebracht habe, das späteren Generationen nahezu unfassbar erscheine. Es sei aber auch wichtig festzustellen, dass Gewalt Bestandteil aller Gesellschaften, auch der modernen, sei. Deshalb müsse »Maß und Modus ihrer Regulierung« (S. 421) gefunden werden. Es sei nutzlos, sich über Gewalt in Kriegen aufzuregen: »Wenn Krieg ist, dann ist das so. Man sollte sich stattdessen besser fragen, ob und unter welchen Bedingungen Menschen vom Töten ablassen können.« (S. 421)

Soweit wesentliche Gedanken der Autoren. Vieles überzeugt, manches bleibt »fragwürdig« – im wörtlichen Sinne.

Da ist zum einen das Unterkapitel »Sex«, das bereits mit dieser lapidaren Überschrift seltsam anmutet. Besser wäre das Kapitel mit »sexuelle Gewalt im Krieg« überschrieben worden. Überschrift und z.T. auch die Darstellung machen sexuelle Gewalt im Krieg zu »klein«, lassen das, was Soldaten taten, zu sehr als ihren sexuellen (normalen) »Bedürfnissen« geschuldet erscheinen. Es ist sicher richtig, dass es einvernehmlichen Sex, vermutlich sogar Liebesbeziehungen gab, aber die Äußerung, »denn Sexualität zählt zu einem der wichtigsten Aspekte des menschlichen Lebens, des männlichen zumal« (S. 217/218), lässt männliche Sexualität als notwendig zu befriedigendes Bedürfnis erscheinen – auch im Krieg. Dass es dabei um Macht, Gewalt, Demütigung und Unterwerfung geht, wird nicht hinreichend deutlich. Äußerungen der Soldaten selbst aus anderen Teilen des Buches und diesem Kapitel sprechen hingegen eine deutliche Sprache: Es ist vom »hacken«, »bürsten«, »ficken« »mitunter bis zur Bewusstlosigkeit des Opfers« (S. 219) die Rede – anschließend erfolgte dann fast immer die Erschießung. Die folgende Begebenheit wird von einem sich vom Erzähler distanzierenden Soldaten erzählt, der angewidert vom »hallenden Gelächter« der Männer-

runde berichtet, eine »Spionin« sei »geschnappt« worden: »und dann haben wir zuerst mit einem Stecken auf die Äpfelchen gehauen, dann haben wir ihr den Hintern verhauen mit dem blanken Seitengewehr. Dann haben wir sie gefickt, dann haben wir sie rausgeschmissen, dann haben wir ihr nachgeschossen, da lag sie auf dem Rücken, da haben wir (mit) Granaten gezielt. Und jedes Mal wenn wir in die Nähe trafen, hat sie aufgeschrien. Zum Schluss ist sie dann verreckt und wir haben die Leiche weggeschmissen« (S. 272). Das hier geschilderte Verhalten hat mit »normaler männlicher Sexualität« (was immer das heißt) nicht das Geringste zu tun.

Insgesamt ist in extrem vielen Soldatenäußerungen vom Vergnügen bei der »Arbeit des Tötens« die Rede: Je grausamer die Szene, desto mehr wurde gelacht – zumindest wenn man den Erzählenden glaubt. »Spaß« und »Mordsspaß« wird als Begleitung von Gewalt und Töten immer wieder genannt: »etwas sehr Schönes« sei es gewesen, in entgegenkommende Autos »immer mit der Kanone reinzuhalten« (S. 106). Die Autoren erklären das Lachen und die »Jokes« als Bestätigung der Männer untereinander, »dass man an derselben Welt teilhat« (S. 105) – auch mag es sich um den Versuch handeln, mit Protzerei und Übersprungsverhalten das Schreckliche gemeinsam zu bewältigen. Aber zeigt genau dies nicht auch, dass die These, Töten und Vergewaltigen seien ein »Beruf wie jeder andere«, nur sehr begrenzt stimmt?

Leider ist auch der Umfang des Buches ein Problem: Das ist z.T. nicht zu ändern, weil eine tiefgehende Darstellung und Analyse eben Raum braucht, vieles an Aussagen wiederholt sich aber mehrfach. Eine Straffung der Aussagen hätte den Aussagen gut getan.

Insgesamt aber bleibt festzuhalten: Die Wiedergabe, Bearbeitung und Analyse der aufgefundenen Soldatenprotokolle kann von uns allen sehr gut genutzt werden, um das Handeln der Soldaten im Krieg zu verstehen und auch damit dem »Kämpfen, Töten und Sterben« ein Ende zu bereiten. Die Autoren sagen, »Wenn Krieg ist, dann ist das so. Man sollte sich stattdessen besser fragen, ob und unter welchen Bedingungen Menschen vom Töten ablassen können.« Das heißt aber noch umfassender ausgedrückt: Unter welchen Bedingungen entstehen Kriege und wie kann unser Wissen um die Bedingungen der »Arbeit des Kämpfens« dazu beitragen, dem »Kämpfen, Töten und Sterben« ein Ende zu bereiten.

Brunnhild Müller-Reiß



Holger Kuße (Hrsg.): Karl Mays Friedenswege. Sein Werk zwischen Völkerstereotyp und Pazifismus. Karl-May-Verlag, Bamberg, Raabeul 2013; 640 Seiten; 24,90 Euro

»Es sei Friede!« Dieser Ausruf Karl Mays aus dem Jahr 1910 könnte programmatisch über dem von Holger Kuße herausgegebenen Aufsatzband »Karl Mays Friedenswege« stehen. Namhafte Autoren widmen sich dem Friedensgedanken bei Karl May, sie berichten von verschiedenen Wegen zum Frieden, die die Helden seiner Werke immer wieder – erfolgreich – beschreiten.

Die Entwicklung der »Friedenswege« wird von den Fortsetzungsromanen und den Erzählungen der Frühzeit bis zum utopischen Symbolismus nach 1900 verfolgt, kritisch analysiert und in den geistesgeschichtlichen Kontext eingeordnet. Deutlich werden Gemeinsamkeiten mit pazifistischen Politik-, Gesellschafts- und Lebensentwürfen um 1900 wie denen Leo Tolstois, Bertha von Suttners oder Albert Schweitzers, jedoch ohne dass sich Karl Mays Ideen einer Strömung voll zuordnen ließen.

Vielmehr sucht May in seinem Werk dauerhaft friedliche Wege aus vermeintlich unlösbaren Konflikten und lässt seine Figur Marah Durimeh im Roman »Ardistan« bedauernd erklären: »Wie man den Krieg führt, das weiß jedermann; wie man den Frieden führt, das weiß kein Mensch. Ihr habt stehende Heere für den Krieg, die jährlich viele Milliarden kosten. Wo habt ihr eure stehenden Heere für den Frieden, die keinen einzigen Para kosten, sondern Millionen einbringen würden?«

Karl May träumt von einer Welt, in der es weder Kriege noch Grenzen gibt, von einer Welt, in der soziale Ungerechtigkeiten aufgelöst wurden, die Geschlechter gleichberechtigt zusammenleben und das »Andere« kritisch geschätzt wird. In der Aussöhnung von Orient und Okzident werden alte Wunden geheilt, der Einzelne entwickelt sich weiter, und gleichzeitig entsteht eine neue Gemeinschaft des Friedens. Damit formulierte Karl May eine Vision, die gerade heute, angesichts zahlreicher interreligiöser und multikultureller Herausforderungen, aktuell ist und vorbildhaft bleibt. *(Anm. d. Red.: Das neu erschienene Buch erreichte die Redaktion erst kurz vor dem Redaktionsschluss, weshalb für eine eigene Besprechung keine Zeit mehr blieb; deshalb wird hier der Text des »Waschzettels« des Verlags veröffentlicht; eine Rezension folgt ggf. in einer späteren Ausgabe.)*



Wolfram Beyer (Hrsg.): Militärseelsorge abschaffen. Humanistische, christliche und pazifistische Argumente. Berlin 2013; 52 Seiten; 4 Euro (zzgl. Versandkosten; ISBN 978-3-00-042920-0; Bestelladresse: Internationale der Kriegsdienstgegner/innen, Postfach 280312, 13443 Berlin; info@idk-berlin.de)

»Der Staat selbst hat an der Militärseelsorge ein echtes Eigeninteresse. Denn der Wert seiner Streitkräfte hängt vom Charakter und seelischen Einstellung der Soldaten nicht weniger ab als vom waffentechnischen Ausbildungsstand. Diese Eigenschaften werden aber bei den meisten Menschen von der religiösen Grundhaltung bestimmt.« So wurde es bereits 1954 vor der Aufstellung der Bundeswehr in der Dienststelle Blank, der Vorläuferorganisation des Bundesministeriums der Verteidigung – formuliert, und dieses Interesse besteht auch noch heute; und es ist zweiseitig – vom Staat und von den Kirchen. Deshalb gibt es bei der Bundeswehr jeweils ca. 100 evangelische und katholische Militärpfarrer, Militärdekane und Militärbischöfe. Die Militärpfarrer, sämtlich Bundesbeamte, sind auch bei allen Auslandseinsätzen dabei. Bezahlt werden sie aus Steuermitteln, zwischen 30 und 40 Millionen Euro pro Jahr gibt die Bundesrepublik für die Militärseelsorge aus.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner/innen (IDK), eine der deutschen Sektionen der War Resisters´ International, die die Militärseelsorge seit jeher kritisiert, hat nun in einer kleinen Borschüre Argumente zusammengetragen.

Im einleitenden Artikel »Zur Situation der Militärseelsorge in Deutschland« stellt der IDK-Vorsitzende und Herausgeber Wolfram Beyer die Ergebnisse einer Parteien-Befragung dar. Im Vorfeld der Bundestagswahl hatte die IDK alle damals im Bundestag vertretenen Parteien zu deren Position zur Militärseelsorge befragt. Der ausführliche Fragenkatalog wurde von allen beantwortet, wobei Beyer feststellt, dass sich die »Antworten von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen kaum und nicht grundsätzlich« unterscheiden. »Diese Parteien wollen nicht die Militärseelsorge abschaffen«. Lediglich »vorsichtige Reformen und Sichtweisen werden von Bündnis 90/Die Grünen angedacht. So sei die Militärseelsorge keine originäre staatliche Aufgabe und eine staatliche Finanzierung sei auch nicht zwingend erforderlich.« Einzig Die Linke fordert die Abschaffung der Militärseelsorge.

Der freie Autor und Publizist Carsten Ferk gibt in seinem Beitrag einen Überblick über »Geschichte, Aufgaben und Finanzierung der Militärseelsorge«. Sein Beitrag wurde für die Borschüre aus dem 2010 erschienen »Violettbuch Kirchenfinanzen. Wie der Staat die Kirchen finanziert« übernommen.

Der frühere Militärpfarrer und heutige Vorsitzende des Versöhnungsbunds Matthias Engelke setzt sich in seinem Beitrag »Der Kriegsdienst der Militärseelsorge« damit auseinander, in welchem Kontext die Militärseelsorger ihre Aufgabe gestalten und ob es dabei auch übergeordnete religiöse Bezüge gibt.

Im ausführlichsten Beitrag der Broschüre stellt Franz Nadler, DFG-VK-Mitglied und aktiv bei Connection e.V., unter der Überschrift »Pazifistische Kritik – Kirche und Staat, Partner für den Krieg« die wesentlichen Argumente aus pazifistischer Sicht zusammen. Er gliedert das in die Abschnitte »Kirchen und Krieg«, »Kriegsdienstverweigerer und Kirche im III. Reich«, »Kirche und Remilitarisierung in der BRD nach 1945«, »Die evangelische Kirche und die Kriegsdienstverweigerung«, »Der Staat und die Militärseelsorge« sowie »Streit um Reform des Militärseelsorgevertrages« und ergänzt seine Ausführungen mit Exkursen zu »Katholische Kirche und Kriegsdienstverweigerung«, »Kirchen und Zivildienst« und »Der Lebenskundliche Unterricht«.

Dem Beitrag ist anzumerken, dass er wohl die Überarbeitung eines Texts zu einem Kongress gegen eine staatlich getragene Militärseelsorge ist, der 1992 in Leipzig stattgefunden hat. Nicht überall ist es gelungen, den Ausgangstext auf den aktuellen Stand zu bringen, der als SPD-Bundestagsabgeordneter zitierte Thomas Krüger ist seit 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung und war nur bis 1998 Parlamentarier. Solche kleineren Fehler ändern aber nichts daran, dass die pazifistische Kritik an der Militärseelsorge und der engen Verbindung von Kirche und Staat im Kern dieselbe geblieben ist – zurecht.

Ganz auf der Höhe der Zeit ist der von Rainer Schmid verfasste Beitrag über die von ihm initiierte Ökumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge. Schmid ist Mitglied in der DFG-VK und im Versöhnungsbund - und evangelischer Pfarrer in Württemberg. Dass er mit seiner militärseelsorge- und generell militärkritischen Position in der konservativen württembergischen Landeskirche Schwierigkeiten hat, ist nicht verwunderlich. Die Initiative richtet sich generell gegen die Zusammenarbeit von Kirche und Militär, national und international - Mitte 2014 soll in Konstanz bei der Jubiläumsveranstaltung des Internationalen Versöhnungsbundes, der vor 100 Jahren gegründet wurde, ein weltweites ökumenisches Netzwerk zur Abschaffung der Militärseelsorge geschaffen werden.

Insgesamt ist die Broschüre eine wichtige Kurzdarstellung für alle, auch und vor allem Kirchenmitglieder, die den Widerspruch von Kriegführung und christlicher Ethik auflösen wollen.

Stefan Philipp



Im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Ermordung des damaligen US-Präsidenten Kennedy ist im August von **Mathias Bröckers** das Buch **JFK. Staatstreich in Amerika** erschienen (Westend Verlag; Frankfurt am Main 2013; 288 Seiten; 19,99 Euro). Darin beschreibt er z.B. im Kapitel

Der Wandel eines kalten Kriegers die friedenspolitische Veränderung Kennedys und führt aus:

So wenig Zweifel daran bestehen, dass Kennedy auch noch als Präsident diese Politik [gemeint ist die »Eindämmung des Kommunismus« – Anm. d. Red.] unterstützte – etwa durch die Vergrößerung der Eingreiftruppen, der Special Forces –, so deutlich hatte er allerdings auch schon zuvor seine eigenen Zweifel an einer Fortsetzung der auf militärischem Eingreifen basierenden klassischen Kolonialpolitik formuliert. Als Abgeordneter hatte ihn eine ausgedehnte Weltreise Anfang der 1950er Jahre in zahlreiche Länder Asiens und Afrikas geführt, in denen die alten Kolonialmächte gegen die nach Unabhängigkeit strebenden Bevölkerungen standen. In einer seiner ersten Reden vor dem Senat 1954 warnte er eindringlich vor der Ansicht, dass der Konflikt Frankreichs mit den revolutionären Truppen Ho Chi Minhs in Vietnam durch eine US-Unterstützung zu gewinnen sei: »Auch mit noch so viel amerikanischer Militärunterstützung in Indochina kann ein Feind nicht besiegt werden, der überall und gleichzeitig nirgendwo ist, ein Feind, der die Sympathie und die verdeckte Unterstützung der Bevölkerung hat.« Worte, die er später als Präsident in ähnlicher Form oft wiederholte, wenn ihn bellizistische Hardliner zur militärischen Intervention in Vietnam drängten. Nachdem er sich 1957 vor dem Senat für die Unabhängigkeit Algeriens und ein Ende der von den USA unterstützten militärischen Aktivitäten Frankreichs in Nordafrika ausgesprochen hatte, brach ein Sturm der Entrüstung über Kennedy los. Nicht nur das Militär im Pentagon und die politischen Gegner im Lager der Republikaner, sondern auch Freunde aus der Demokratischen Partei und die Medien warfen dem Senator »außenpolitische Verantwortungslosigkeit« vor. Ein Vorwurf, der er später als Präsident in ähnlicher Form ebenfalls noch oft zu hören bekam und der auch nach seinem Tod – in der ideologischen Debatte über die Stärken und Schwächen seiner Präsidentschaft – noch häufig zu hören war. Erst in jüngster Zeit haben zwei Autoren – David Talbot und James Douglass – auf Grundlage zahlreicher Interviews mit Beteiligten und anhand erst neuerdings deklassifizierter Dokumente herausgearbeitet, wie unberechtigt dieser Vorwurf außenpolitischer »Schwäche« war, welche durchdachte Doppelstrategie hinter Kennedys Aktivitäten steckte und wie viel Stärke und Standfestigkeit er bewies, seine Ziele durchzusetzen. Diese Entwicklung lässt sich an den drei außenpolitischen Marksteinen seiner Präsidentschaft sehr gut nachvollziehen: seiner Reaktion auf die von der CIA inszenierte Invasion Kubas in der Bahía des Cochinos (Schweinebucht) im Frühjahr 1961, seinem Kompromiss mit dem sowjetischen Präsi-

denen Chruschtschow in der sich anschließenden Krise durch die Stationierung russischer Nuklearraketen auf Kuba 1962 und dem Abkommen über einen nuklearen Teststopp sowie seinem Befehl zum Abzug des ersten Kontingents von US-Militärberatern aus Vietnam im Sommer 1963. Es waren dies die drei entscheidenden Schritte, die den Wandel von John F. Kennedy vom militanten Antikommunismus zu einer ausgleichenden Außenpolitik, vom rigiden Imperialismus zur zivilen Friedensstiftung, von einer Eskalation zu einem Ende des Kalten Krieges bezeugen. Das waren vermeintlich utopische Ziele, die aber nach seiner sicheren Wiederwahl 1964 durchaus erreichbar gewesen wären. Doch die Feinde, die er sich auf dem Weg dorthin gemacht hatte, ließen das nicht zu. John F. Kennedy musste sterben, nicht weil er ein »schwacher« und »unverantwortlicher« Präsident war, sondern weil er begonnen hatte, Stärke und Verantwortung zu zeigen – gegenüber seinem eigenen Kabinett, gegenüber seinen Joint Chiefs of Staff und gegenüber seinen Geheimdiensten.

Als Beleg für den Wandel Kennedys »vom realpolitischen Rhetoriker der Konfrontationslogik zum Visionär der Menschlichkeit und des globalen Friedens« zitiert Bröckers ausführlich aus einer Rede des US-Präsidenten, die dieser am 10. Juni 1963 vor der American University in Washington hielt, zu der Bröckers schreibt: »Was Kennedy unter dem strahlend blauen Himmel dieses Tags verkündete und forderte, war nichts anderes als eine völlige Transformation zur Zivilisierung, ein Ende des Kalten Krieges.«

Da diese bemerkenswerte Rede vielen in der Friedensbewegung, zumal den Jüngeren, nicht bekannt sein dürfte, dokumentieren wir einige Passagen entsprechend des Abdrucks bei Bröckers:

Ich habe diesen Zeitpunkt und diesen Ort gewählt, um ein Thema zu erörtern, über das zu oft Unwissenheit herrscht und bei dem die Wahrheit zu selten gesehen wird – und doch ist es eines der wichtigsten Themen auf Erden: der Weltfrieden.

Welche Art von Frieden meine ich? Nach welcher Art von Frieden streben wir? Nicht nach einer Pax Americana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird. Nicht nach dem Frieden des Grabes oder der Sicherheit des Klaven. Ich spreche hier von dem echten Frieden – jenem Frieden, der das Leben auf Erden lebenswert macht, jenem Frieden, der Menschen und Nationen befähigt, zu wachsen und zu hoffen und ein besseres Leben für ihre Kinder aufzubauen, nicht nur ein Friede für Amerikaner, sondern ein Friede für alle Menschen. Nicht nur Frieden in unserer Generation, sondern Frieden für alle Zeiten.

Ich spreche vom Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht bekommen hat. Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte umfassende und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern zu kapitulieren, ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben. Er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem eine einzige Atomwaffe fast das Zehnfache an Sprengkraft aller Bomben aufweist, das von den gesamten alliierten Luftstreitkräften während des Zweiten Weltkrieges abgeworfen wurden. Und er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem die bei einem Atomkrieg freigesetzten tödlichen Giftstoffe von Wind und Wasser, Boden und Saaten bis in die entferntesten Winkel des Erdballs getragen und sich selbst auf die noch ungeborenen Generationen auswirken würden.

Es ist heute, wenn der Friede gewahrt werden soll, unerlässlich, jedes Jahr Milliarden von Dollar für Waffen auszuwerfen, die lediglich zu dem Zweck geschaffen werden, sicherzustellen, dass wir sie niemals einzusetzen brauchen. Aber zweifellos ist die Anlage solcher unnützer Arsenalen, die nur der Vernichtung und niemals dem Aufbau dienen können, nicht der einzige, geschweige denn der wirksamste Weg zur Gewährleistung des Friedens.

Ich spreche daher vom Frieden als dem zwangsläufig vernünftigen Ziel vernünftiger Menschen. Ich bin mir bewusst, dass das Streben nach Frieden nicht so dramatisch ist wie das Streben nach Krieg – und oft treffen die Worte desjenigen, der nach Frieden strebt, auf taube Ohren. Und doch gibt es keine dringlichere Aufgabe für uns. Manche sagen, es sei zwecklos, von Weltfrieden, internationalem Recht oder internationaler Abrüstung zu sprechen – und alles sei nutzlos, solange die Führer der Sowjetunion keine aufgeschlosseneren Haltung einnehmen. Ich hoffe, sie werden dies tun. Ich glaube, wir können ihnen dabei helfen. Aber ich glaube auch, dass wir unsere eigene Haltung überprüfen müssen – als Einzelperson und als Nation –, denn unsere Einstellung ist genauso wichtig wie die ihre.

Lassen Sie uns zunächst unsere Haltung gegenüber dem Frieden selbst überprüfen. Zu viele von uns halten ihn für unmöglich. Zu viele von uns halten ihn für nicht zu verwirklichen. Aber das ist ein gefährlicher, defätistischer Glaube. Er führt zu der Schlussfolgerung, dass der Krieg unvermeidlich ist, dass die Menschheit zum Untergang verurteilt ist, dass wir uns in der Gewalt von Kräften befinden, die wir nicht kontrollieren können.

Wir brauchen diese Ansicht nicht zu akzeptieren. Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden. Die Größe, die der menschliche Geist erreichen kann, bestimmt der Mensch selbst. Kein

schicksalhaftes Problem der Menschheit liegt außerhalb der Reichweite des Menschen. Die menschliche Vernunft und der menschliche Geist haben oftmals das scheinbar Unlösbare gelöst – und wir glauben, dass sie dies erneut tun können.

Ich spreche jetzt nicht von der absoluten, nicht mehr fassbaren Idee des Weltfriedens und des guten Willens, von der einige Phantasten und Fanatiker immer noch träumen. Ich leugne nicht den Wert von Hoffnungen und Träumen, aber wir würden lediglich der Entmutigung und Ungläubigkeit Tür und Tor öffnen, wenn wir das zu unserem einzigen und unmittelbaren Ziel machen würden. Wir sollten uns statt dessen auf einen praktischeren, erreichbaren Frieden konzentrieren, der nicht auf einer plötzlichen Revolution der menschlichen Natur, sondern auf einer allmählichen Evolution der menschlichen Institutionen basiert – auf einer Reihe von konkreten Maßnahmen und wirksamen Übereinkünften, die im Interesse aller Betroffenen liegen.

Für diesen Frieden gibt es keinen einfachen Schlüssel, keine großartige oder magische Formel, die sich eine oder zwei Mächte aneignen könnten. Der echte Friede muss das Produkt vieler Nationen sein, die Summe vieler Maßnahmen. Er muss dynamisch, darf nicht statisch sein, er muss flexibel sein, um den großen Aufgaben einer jeden Generation zu entsprechen. Denn der Friede ist ein Prozess – ein Weg, Probleme zu lösen.

Lassen Sie uns zweitens unsere Haltung gegenüber der Sowjetunion überprüfen. ... Keine Regierung und kein Gesellschaftssystem sind so schlecht, dass man das unter ihm lebende Volk als bar jeder Tugend ansehen kann. Wir Amerikaner empfinden den Kommunismus als Verneinung der persönlichen Freiheit und Würde im tiefsten abstoßend. Dennoch können wir das russische Volk wegen vieler seiner Leistungen – sei es in der Wissenschaft und Raumfahrt, in der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung, in der Kultur und in seiner mutigen Haltung – rühmen. Unter den vielen Zügen, die den Völkern unserer beiden Länder gemeinsam sind, ist keiner ausgeprägter als unsere beiderseitige Abscheu vor dem Krieg. Unter den großen Weltmächten haben wir – und dies ist beinahe einzigartig – niemals gegeneinander im Krieg gestanden. Wohl kein anderes Volk in der Geschichte hat mehr gelitten als das russische Volk im Verlauf des Zweiten Weltkrieges. Mindestens zwanzig Millionen gaben ihr Leben.

Sollte heute – wie auch immer – ein totaler Krieg ausbrechen, dann würden unsere beiden Länder die Hauptziele darstellen. Es ist eine Ironie, dass die beiden stärksten Mächte zugleich auch die beiden Länder sind, die in der größten Gefahr einer Zerstörung schweben. Alles, was wir aufgebaut haben, alles, wofür wir gearbeitet haben, würde vernichtet werden. Und selbst im Kal-

ten Kriege – der für so viele Länder, unter ihnen die engsten Verbündeten der Vereinigten Staaten, Lasten und Gefahren bringt – tragen unsere beiden Länder die schwersten Lasten. Denn wir werfen beide für gigantische Waffen riesige Beträge aus – Beträge, die besser für den Kampf gegen Unwissenheit, Armut und Krankheit aufgewandt werden sollten. Wir sind beide in einem unheilvollen und gefährlichen Kreislauf gefangen, in dem Argwohn auf der einen Seite Argwohn der anderen Seite auslöst und in dem neue Waffen zu wieder neuen Abwehrwaffen führen.

Kurz gesagt: Beide, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten sowie die Sowjetunion und ihre Verbündeten, haben ein gemeinsames tiefes Interesse an einem gerechten und wirklichen Frieden und einer Einstellung des Wettrüstens. Abkommen, die zu diesem Ziel führen, sind im Interesse der Sowjets wie auch im unsrigen. ...

Wir wollen also gegenüber unseren Differenzen nicht die Augen verschließen – aber wir wollen auch unsere Aufmerksamkeit auf die gemeinsamen Interessen und auf die Mittel richten, durch die diese Differenzen beseitigt werden können. Wenn wir unsere Differenzen auch noch nicht ganz aus der Welt schaffen können, so können wir doch zumindest dazu beitragen, dass die Welt trotz Meinungsverschiedenheiten sicher bleibt. Denn letztlich bildet die Tatsache, dass wir alle Bewohner dieses Planeten sind, doch das uns im tiefsten gemeinsame Band. Wir alle atmen die gleiche Luft, uns allen liegt die Zukunft unserer Kinder am Herzen, und wir alle sind sterblich.

(...) Lassen Sie uns, meine amerikanischen Mitbürger, schließlich unsere Haltung gegenüber dem Frieden und der Freiheit hier im eigenen Lande überprüfen. Der Wert und der Geist unserer eigenen Gesellschaft müssen unsere Anstrengungen im Ausland rechtfertigen und sie unterstützen. ... Aber wo immer wir sind, müssen wir alle in unserem täglichen Leben dem jahrhundertalten Glauben gerecht werden, dass Frieden und Freiheit Hand in Hand gehen. In vielen unserer Städte ist der Friede heutzutage nicht gesichert, weil die Freiheit unvollkommen ist.

So wie wir uns um den Schutz unserer nationalen Interessen bemühen, so wollen wir auch die menschlichen Interessen schützen. Die Beseitigung des Krieges und der Waffen liegt eindeutig im Interesse des einen wie des anderen. Kein Vertrag, so sehr er auch zum Vorteile aller sein mag und so genau er auch formuliert sein mag, kann absolute Sicherheit gegen die Gefahren der Täuschung und der Umgebung bieten. Aber er kann – wenn er in seiner Durchführung nur wirksam genug ist und nur weitgehend genug im Interesse seiner Unterzeichner liegt – weitaus mehr Sicherheit bieten und weniger Risiken bergen als ein unvermindertes, unkontrolliertes und unberechenbares Wettrüsten.

Reinhard Gaier

Trauerrede auf Helmut Simon*

(Red.) Am 26. September 2013 starb im Alter von 91 Jahren der frühere Bundesverfassungsrichter Helmut Simon. Von 1970 bis 1987 war er als Verfassungsrichter Mitglied im Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts und maßgeblich z.B. an der „Brokdorf-Entscheidung“ beteiligt, mit der das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit deutlich gestärkt und abgesichert wurden. Daneben war er über Jahrzehnte gesellschaftspolitisch engagiert, so seit den 1950er Jahren gegen die Remilitarisierung und die Gefahr eines Atomkriegs und für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. In Forum Pazifismus 37 (I/2013, S. 50 ff.) haben wir die 2011 erschienene Biografie von *Almut und Wolf Röse: Helmut Simon. Recht bändig Gewalt* rezensiert. Nach dem Trauergottesdienst am 4. Oktober in Ettlingen (bei Karlsruhe) fand eine Trauerfeier statt, bei der der Verfassungsrichter Reinhard Gaier eine Rede zur Würdigung Helmut Simons hielt, die wir hier dokumentieren.

58

Liebe Frau Simon-Ostmann, liebe Familie Simon, liebe Familie Ostmann, werte Trauergemeinde, mit Helmut Simon ist eine große Persönlichkeit, aber auch ein bedeutender Verfassungsrichter von uns gegangen.

Er hätte es verdient, dass an dieser Stelle der Präsident oder der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts zu Ihnen spricht. Leider sind beide, der Präsident und der Vizepräsident meines Gerichts, heute verhindert. Ich bitte Sie daher, es nicht als Missachtung des Verstorbenen zu werten, wenn heute nur ich Worte zur Würdigung und zum Andenken an Helmut Simon spreche.

Es ist für mich weniger eine Pflicht, als eine große Ehre, den Verfassungsrichter Helmut Simon zu würdigen – der Anlass freilich ist traurig und niederschmetternd. Der Tod hat uns einen großartigen Menschen genommen, dessen Verdienste für das Recht, für die Menschen und für dieses Land kaum zu übertreffen sind.

Die Festschrift, die Helmut Simon zum Ende seines Richteramtes dargebracht wurde, trägt den wunderbaren Titel: »Ein Richter, ein Bürger, ein Christ.« Für mich ist es kein Zufall, dass der Beruf von Helmut Simon als Richter mit seiner Berufung als Christ durch das in der Mitte stehende Wort »Bürger« verbunden wird: Helmut Simon war Richter und Bürger und er war Bürger und Christ.

Ich kann und will an dieser Stelle Helmut Simon allein in der erstgenannten Verbindung würdigen – und ich will dies auch in sehr persönlichen Worten tun; denn ich bin einer seiner Nachfolger im Amt des Verfassungsrichters, verantwortete inzwischen sein früheres Dezernat.

Helmut Simon gehört zur Generation meiner Eltern, seine Arbeiten als Verfassungsrichter liegen bereits mehr als 25 Jahre zurück. Trotzdem verbinden das Bundesverfassungsgericht und mich persönlich mit ihm viele Aspekte. Ungeachtet der langen Zeit findet sich mehr Gemeinsamkeit als Trennendes. Vielleicht brauchen Verfassungsrichter keine Vorbilder, vielleicht verlangt ihr Beruf, verlangen ihre Aufgaben eher nach Individualität und Selbstverantwortung. Trotzdem: Eine Richterpersönlichkeit wie Helmut Simon kann und darf für das eigene richterliche Schaffen nicht ohne Folgen bleiben.

Ich fand oft und finde noch immer bei meiner Arbeit als Verfassungsrichter Spuren von Helmut Simon, tief eingegraben in das Verständnis von Verfassungsrecht und tief eingegraben in den Blick auf die Menschen. Entscheidend aber ist, dass diese tiefen Spuren stets in die richtige Richtung führen. Ein Richter, der sich an den Entscheidungen und an den Anschauungen von Helmut Simon orientiert, wird nicht in die Irre geleitet.

Es gibt viele Zitate von Helmut Simon, viele Bemerkungen und Äußerungen, die einem Richter Hinweise für verantwortliches und menschliches Handeln geben können. Mich selbst hat der Satz tief berührt, der über der Pforte zu jedem Gericht stehen müsste: »Wer wenig im Leben hat, soll viel im Recht haben.« Diese wunderbare Formulierung belegt, dass Helmut Simon es verstanden hat, in beeindruckender Weise Elemente zu verbinden, die auf den ersten Blick getrennt erscheinen, aber trotzdem zusammengehören: Richter und Bürger, Amt und Verantwortung, Pflicht und Courage.

Helmut Simon hat seine Tätigkeit als Verfassungsrichter niemals als bloße Rechtsanwendung, nie als kalte Technik und seelenlose Profession verstanden. Für ihn ging es immer darum, den Menschen durch das Recht das zu geben, was ihnen das Leben verweigert hat; für ihn galt, dass ein ungnädiges Schicksal oder eine falsche Herkunft einen Menschen niemals um Lebenschancen betrügen dürfen. Hier war für ihn das Recht gefordert, um zu korrigieren und zu helfen. Natürlich war Helmut Simon kein Träumer, er wusste um die Unzulänglichkeiten einer Rechtsordnung, die von Menschen geschaffen wurde und von Menschen verwirklicht werden muss. Aber für

* Der Verfasser dankt Herrn Assessor Johannes Gerberding und Herrn Richter am Oberlandesgericht Bernd Odörfer für die Unterstützung bei Abfassung der Trauerrede.

ihn war die Annäherung an Gerechtigkeit eine ständige Aufgabe, ein vielleicht nie erreichbares Ziel, von dem er sich gleichwohl niemals abbringen ließ.

Helmut Simon war deshalb zu keiner Zeit nur Richter, er war stets auch ein politisch denkender und handelnder Mensch, ein Mensch, der sich seiner Verantwortung gegenüber den anderen Menschen und der Gesellschaft immer bewusst war. Er wusste deshalb, dass ohne Mut, ohne Überzeugung und ohne Beharrlichkeit wenig zu erreichen war. Dies musste dazu führen, dass er die Grenzen zwischen Recht und Gesellschaftsordnung häufig berührte, bisweilen vielleicht sogar überschritt. Denn Helmut Simon war Verfassungsrichter in unruhigen Zeiten. Es war die Phase, in der sich die alte Bundesrepublik von einem behäbigen Wirtschaftswunderland in eine lebendige Demokratie mit einer selbstbewussten Bevölkerung wandelte: Den Menschen war der materielle Wohlstand der Nachkriegsjahre nicht mehr genug, sie wollten – wie Willy Brandt es so treffend formulierte – »mehr Demokratie wagen«.

Dass sich Helmut Simon damals als Richter nicht von Politik und Gesellschaft isolieren wollte, brachte ihm Kritik ein – scharfe, verletzende Kritik, in einer Zeit, als politische Gegnerschaft noch größer und gewichtiger, fundamentaler war als heute. Er hat die damit verbundenen persönlichen Angriffe souverän ertragen. Mit einer Gelassenheit, die beeindruckt und noch heute Respekt verlangt.

Bei seiner Tätigkeit als Verfassungsrichter sah sich Helmut Simon in besonderer Weise dem freiheitlichen, aber auch dem sozialstaatlichen Ansatz unserer Verfassung verpflichtet. Dies zeigt sich an einer Vielzahl von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die er als Berichterstatter vorbereitet und inhaltlich maßgeblich bestimmt hat. Als ein Beispiel kann die wegweisende »Brokdorf-Entscheidung« des Bundesverfassungsgerichts dienen. In diesem Beschluss aus dem Jahr 1985 erhält das Grundrecht der Versammlungsfreiheit die wichtige Bedeutung, die ihm in einer Demokratie zukommen muss. Es wird ein stabiles Fundament für die Wirksamkeit dieses Grundrechts geschaffen. Demokratie, das hob die »Brokdorf-Entscheidung« in das allgemeine Bewusstsein, erschöpft sich nicht in der parlamentarischen Repräsentation; sie ist vielmehr eine Gesellschaftsform, die auch in gewaltfreien Demonstrationen der Bürgerinnen und Bürger kraftvollen Ausdruck findet. Die Staatsgewalt hat daher der demonstrierenden Bevölkerung schonend zu begegnen; Demonstrationen sind kein Ärgernis, sondern ein schützenswertes Gut.

Helmut Simon war Sozialdemokrat – aus fester Überzeugung, geprägt von den beispiellosen Verbrechen der Nazi-Diktatur, geprägt von den Schrecken des Krieges. Dieser tiefe Fall ins Unmenschli-

che durfte sich nicht wiederholen. Daher stand Helmut Simon für eine gerechtere, freie Gesellschaft. Er stand für Freiheit in Gleichheit – und er machte seine zutiefst soziale Überzeugung zur Grundlage seiner richterlichen Entscheidungen, wo immer ihm die Rechtsordnung dies erlaubte.

Er nahm die Forderungen ernst, die aus dem Sozialstaatsgebot unserer Verfassung für die Gestaltung des Staates und für die Gestaltung der Gesellschaft folgen. Ganz besonders deutlich wird dies im »Numerus-Clausus-Urteil« aus dem Jahre 1977. Das Urteil definiert die Grundrechte neu, eben weil ein Sozialstaat sich nicht nur auf die Abwehr staatlicher Eingriffe in die Freiheit der Bürger reduzieren darf. Grundrechte werden seither nicht mehr nur als Abwehrrechte verstanden, sondern geben den Menschen Leistungsrechte, verpflichten den Staat etwa, alle gleichermaßen an seinen Bildungsangeboten teilhaben zu lassen.

Heute genießt das Bundesverfassungsgericht den Ruf, die Belange der Schwachen, der Minderheiten, der Ausgegrenzten besonders ernst zu nehmen. Dafür die Grundlage geschaffen zu haben, ist das Verdienst von Helmut Simon. Soziale Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Ignoranz haben ihn geschmerzt. Die Würde des Menschen, die im Zentrum unserer Verfassung steht, war für ihn immer auch die Würde »des Menschen in sei-

Forum Pazifismus

Ja, ich möchte das Forum Pazifismus-Abo.
Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt beim Normalabo 20 € zzgl. 2 € für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30.11. schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Förderabo I (30 €) Förderabo II (40 €)
 Förderabo III* (50 €) Normalabo (20 €)

Ich möchte das ermäßigte Abo für DFG-VK-Mitglieder (18 €)
Meine Mitgliedsnummer lautet: _____

Ich möchte das ermäßigte Abo für BSV-Mitglieder (18 €)
Zu den genannten Abopreisen kommen jeweils 2 € für Porto und Verpackung hinzu.
*Das Förderabo III beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende.

(Organisation) _____
Vorname _____
Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum/Unterschrift _____

Ich bezahle bequem per Bankeinzug Konto _____
Bank _____ BLZ _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei Forum Pazifismus, PF 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum Unterschrift

ABOKARTE

ner Unzulänglichkeit, Fehlbarkeit, Gebrochenheit und Erlösungsbedürftigkeit«.

Nachdem er die Rücksichten, die ihm das Amt als Verfassungsrichter abverlangt hatte, bei Seite lassen durfte, hat Helmut Simon mutig die Chance genutzt, wortgewaltig die Exzesse einer Wirtschaftsordnung zu geißeln, die jedes Maß verloren hat. Mich persönlich hat dies tief beeindruckt – ich bin noch immer begeistert von dem wachen, kritischen Geist, der ihm selbst im hohen Alter nicht abhanden gekommen ist. Noch vor weniger als einem Jahr hat er mit seinen Freunden und mir interessiert und engagiert über die Plenarentscheidung des Bundesverfassungsgerichts diskutiert, die Kampfeinsätze der Bundeswehr nunmehr auch im Inland für zulässig halten will. Dies werde ich nie vergessen.

Verfassungsrichter mögen keine Vorbilder brauchen – aber sie gehen auf Wegen, die ihre Vorgänger bereitet haben, sie profitieren von Erkenntnissen, um die ihre Vorgänger gekämpft und gerungen haben. Für die richtigen Wege und die richtigen Entscheidungen schuldet das Bundesverfassungsgericht Helmut Simon bleibenden Dank – und stellvertretend für unser Gericht verneige ich mich vor diesem großen Mann.

Prof. Dr. Reinhard Gaier ist seit 2004 Bundesverfassungsrichter. Zu dem Beschluss des Plenums des Bundesverfassungsgerichts vom 3. August 2012 (2 PBvU 1/11; unter dem Titel »Ja zum Bundeswehr-Einsatz im Innern« dokumentiert in Forum Pazifismus 34/35/36 – II-IV/2012, S. 7 ff.) hat er – als einziger Richter – ein beeindruckendes Minderheitenvotum abgegeben (FP 34/35/36, S. 13 ff.). Seine hier dokumentierte Rede hat er bei der Trauerfeier für Helmut Simon am 4. Oktober 2013 in Ettlingen gehalten.

Anzeige

Politik, Industrie,
Banken –
wer profitiert
vom Krieg?



624 Seiten, Klappenbroschur
€ 14,99 (D) - ISBN 978-3-453-60237-3
Auch als E-Book erhältlich
Leseprobe auf heyne.de

Unsere Politiker beschwören den Frieden und betreiben den Krieg: Deutschland ist der weltweit drittgrößte Waffenexporteur – und schreckt vor Lieferungen an verbrecherische Regime nicht zurück. Jürgen Grässlin deckt auf, wer die Profiteure sind, er nennt Industrieunternehmen beim Namen, er zeigt, wer in der Politik die Exporte genehmigt und wie die Banken das alles finanzieren. Hochbrisante Fakten, profund recherchiert – ein Augenöffner, wie tief unser Land in die globale Tötungsmaschinerie verstrickt ist.

HEYNE <

Bitte mit
0,45 €
frankieren

POSTKARTE

An
Forum Pazifismus
Am Angelweiher 6
77974 Meißenheim

ABOKARTE